



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

AUSGABE 3/2012

6. Jahrgang

ISSN 1869-1684

ZERO-DAY-EXPLOITS

**Das Geschäft mit
der Lücke**

ATOMSTREIT IN NAHOST

**Rationalität
des Irrationalen**

SCHWERPUNKT

Krieger_Innen

EDITORIAL

Auch wenn sich seit der kompletten Öffnung der Bundeswehr für Frauen 2001 einiges getan hat – beim Thema »Frauen, Sicherheit und Militär« liegen Forschung und Vorurteil immer noch so nahe beieinander wie bei keinem zweiten. Die Wissenschaft dient dann oft nur dazu, vorgefertigte Meinungen zu bestätigen; die Emotionen kochen schnell hoch, wenn es um grundlegende Fragen geht: Was ist eigentlich männlich, was weiblich? Welche Unterscheide sind angeboren, welche anerzogen? Können, ja, dürfen Frauen Kriegerinnen sein? Fragen, mit denen sich Karolien Michiels (**Seite 45**) und Susann Offenmüller (**Seite 55**) beschäftigen.

ADLAS will Sachlichkeit in die Debatte bringen und Berührungsängste abbauen. Ein Thema, das die Hälfte der Menschheit betrifft, darf nicht einfach unter den Tisch fallen. Das hat auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit seiner Resolution 1325 erkannt, wie Katharina Behmer und Elise Kopper erklären (**Seite 11**). Henri Myrntinen und Nicola Popovic zeigen dagegen, wie leicht solche hehren Ansätze aber zur bloßen Quotenfrage verkommen können (**Seite 16**). Und im Gespräch mit *ADLAS* erklären Expertinnen wie die Genderforscherin Jennifer Mathers (**Seite 41**) oder die Netzwerkerinnen Constanze Stelzenmüller und Maria Rotter (**Seite 64**), warum Soldatinnen und Sicherheitspolitikerinnen immer noch nichts selbstverständliches sind.

In unserer Reihe berichten wir, in welchem Ausmaße dank »zero day exploits« der digitale Waffenhandel blüht – nicht zuletzt weil auch Staaten diese Sicherheitslücken nutzen wollen (**Seite 71**). Dass gerade im Atomstreit mit dem Iran Irrationalität sogar Kalkül sein kann, demonstriert Andreas Bock anschaulich (**Seite 79**).

Daneben wartet diese Ausgabe mit einer Neuerung auf: Mit ihrem Bericht »vom blutigen Campus« aus Kolumbiens Universitätsstadt Baranquilla liefert Katharina Sophia Zimmer eine erste *ADLAS*-Reportage (**Seite 84**). <<<<



HERAUSGEBER

Der Unterschied zwischen Mars und Minerva ist weit mehr als eine Frage der Quote.

SCHWERPUNKT: KRIEGER_INNEN

- 7 EMPOWERMENT: **Frauen. Frieden. Sicherheit.**
Warum die Gender-Problematik für eine erweiterte Perspektive auf Sicherheitspolitik relevant ist.
- 11 VEREINTE NATIONEN: **Gegen die Opferrolle**
Die UN-Beschlüsse zu Frauen, Frieden und Sicherheit umzusetzen, fällt vielerorts noch schwer – auch in Deutschland.
- 16 GENDERMAINSTREAMING: **Mehr Mut zur Bescheidenheit**
Sicherheitssektorreformen in Krisengebieten, um Gleichstellung der Geschlechter und Stabilität zu fördern, scheitern viel zu oft.
- 25 KRIEGSBERICHTERSTATTUNG: **»Die Soldatinnen, die ich kenne, würden nie eine Sonderbehandlung erwarten«**
Fotojournalistin Lalage Snow über Alltag in Afghanistan und Irak
- 31 SPEZIALEINHEITEN: **Das Ende eines Männerclubs?**
Seit letztem Jahr ermutigen US-Armee und Bundeswehr Frauen, sich für Spezialeinheiten zu bewerben. Was ist passiert?
- 36 MILIZSYSTEM: **Nordische Vorbilder**
Schweden macht vor, wie »postnationale« Streitkräfte die veränderten Geschlechterrollen umsetzen.
- 41 FORSCHUNG: **»Armeen öffnen sich für Frauen aus schierer Not und Nachwuchssorgen«**
Genderforscherin Jennifer Mathers hinterfragt, was ein Soldat und was eine Frau zu sein haben.
- 45 DEBATTE: **Ein feministisches Dilemma**
Die Frage, ob Frauen gleichberechtigte Aufnahme in die Streitkräfte anstreben sollten, entzweit das akademische Lager.

Unbescheidenheit

Seite 16



Weiblichkeit

Seite 25

INHALT

- 50 NOTIZ / KAMPFEINSATZ: **Feuertaufe**
- 52 ARBEITSUMFELD: **Unterdimensionierte Übergriffe**
Sexuelle Belästigung – in der Bundeswehr kein Einzelfall?
Eine brisante Studie blieb zu lange unveröffentlicht.
- 55 ROLLENBILDER: **Mann. Macht. Krieg.**
Wie Sicherheitspolitik durch stereotype Rollenverteilungen
zwischen den Geschlechtern legitimiert wird.
- 60 FÜHRUNGSPERSONAL: **Die besseren Staatsmänner?**
Das Geschlecht von Entscheidungsträgern spielt
keine Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik.
- 64 KARRIERE: **»Der Job ist getan, wenn unser
Verein sich auflösen kann«**
Constanze Stelzenmüller, Vorsitzende des Fördernetzwerks
»Women in International Security Deutschland«, und
ihre Schatzmeisterin Maria Elisabeth Rotter im Gespräch
- 69 KOMMENTARE / SPRACHGEBRAUCH: **Die Gretchenfrage**
Wie ein »I« die Geister scheidet.

REIHE: CYBER-SECURITY

- 71 WAFFENHANDEL: **Das Geschäft mit der Lücke**
Neue Waffen – neue Märkte. Das Business mit Cyberwaffen boomt,
und die staatlichen Akteure mischen kräftig mit.
- 76 STRUKTUREN: **Genesis einer Teilstreitkraft**
Auf das digitale Schlachtfeld marschiert mit ihren ersten
Schritten eine neuartige Streitmacht.



DIE WELT UND DEUTSCHLAND

- 79 ATOMSTREIT IN NAHOST: **Rationalität des Irrationalen**
Irans und Israels scheinbar übertriebenes Streben nach Sicherheit besitzt merkwürdige Parallelen zur Brinkmanship des Kalten Krieges.
- 84 STUDIENRISIKO: **Blutiger Campus**
Kolumbiens Bürgerkrieg durchsetzt auch die Universitäten des Landes mit alltäglicher Gewalt. Eine Reportage
- 89 NOTIZ / GESUNDHEIT: **Kommando: Gameboy!**
- 90 RÜSTUNGSPOLITIK: **Soldaten contra Staatsschulden**
Warum Griechenland auch in Zeiten höchster finanzieller Sorgen seinen Verteidigungshaushalt schont.

2 EDITORIAL

3 INHALT

35 WELTADLAS

94 LITERATUR

99 IMPRESSUM UND AUSBLICK

Kalkulation

Seite 79



BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren:

Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen <<<< oder einen Autorennamen. Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!



Jahrhundertlang schien die Rollenverteilung klar: Mann führt Krieg, Frau ist Opfer. Doch die Erfolge des Feminismus in Sachen Gleichberechtigung sowie immer mehr internationale Friedensmissionen, die auch zivile Fähigkeiten verlangen, wandeln das Verhältnis der Geschlechter zueinander in Streitkräften und bei Konfliktlösungen grundlegend.
Eine Zwischenbilanz



Lässt Sicherheit sich gendern?

Bodenpersonal der französischen Luftwaffe im Afghanistan-Einsatz

Foto: US Air Force / Clay Lancaster

Frauen. Sichern. Frieden.

von Vanessa Kaufmann

Die Genderperspektive – ökonomische und politische Gleichberechtigung inklusive – verspricht nachhaltigere Konfliktlösungen in Krisenregionen weltweit. Sie schließt Dimensionen der Sicherheit ein, die aus der Vergeschlechtlichung der Akteure resultieren, und will deshalb Frauen umfassend an Friedensmissionen und -verhandlungen beteiligen. Dies umzusetzen, scheitert jedoch noch oft am fehlenden politischen Willen.



Frauen als Verhandlungsführer: eine schwedische militärische Beraterin in einem lokalen Treffen in Mazar-e-Sharif, Afghanistan

Foto: US Air Force / Logan Tuttle

>> Eine Frau fasst ihr Kind an der Hand und zieht es vorwärts. Hinter ihnen steigen Rauchwolken in den Himmel und zeugen von der Gewalt, vor der sie sich in Sicherheit bringen. Entwurzelt, verängstigt und manchmal nur mit dem, was sie am Leib tragen, strömen sie in die Flüchtlingslager internationaler Hilfsorganisationen. Solche oder so ähnliche Bilder zeigen Nachrichtenmagazine, Tageszeitungen und Fernsehen nahezu täglich aus den Krisengebieten der Welt. Egal welchen Ursprungs: Die Aufnahmen ähneln sich markant, zeigen sie doch oft Frauen und Kinder, die durch

Waffeneinsatz und wirtschaftlichen Konfliktfolgen negativ betroffen sind. Vor allem die Transformation gewaltsamer Auseinandersetzungen bis hin zu asymmetrischen Kriegen tragen Tod, Vertreibung und Verwundung unter die Zivilbevölkerung. Wohnquartiere werden zu Gewaltschauplätzen, Kombattanten sind als solche nicht mehr zweifelsfrei zu identifizieren.

Es wäre jedoch verkürzt, Frauen lediglich in der Opferrolle zu sehen. Die Berichte über das irakische Gefängnis Abu-Ghuraib, wo 2003/2004 amerikanische Soldatinnen Insassen quälten, >>

EMPOWERMENT

oder über ruandische Frauen, die ideologisch aufgehetzt am Völkermord 1994 teilnahmen, weisen die Grenzen festgefügtster Stereotypen auf.

Bislang werden weibliche Täter tabuisiert und weibliche Opfer instrumentalisiert. Gemein haben sie, dass Frauen auf allen Ebenen der Konfliktbearbeitung noch kaum eine Rolle spielen. So waren nur vier Prozent von UN-Polizeikräften und drei Prozent von UN-Soldaten bei den bisherigen Blauhelm-Missionen Frauen, in diesen 54 internationalen Einsätzen gab es außerdem nur vier weibliche Sonderrepräsentanten des UN-Generalsekretärs. Die Bemühungen feministischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zielen nun darauf ab, die vernachlässigte Gender-Perspektive zu stärken und in das Bewusstsein zu rücken. Welche Relevanz hat eine solche Sichtweise auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Das Wort »Gender«, das keine adäquate Übersetzung ins Deutsche besitzt, bezeichnet sozial geprägte Geschlechterkonzepte und die damit verknüpften Normen und Rollenerwartungen. Solche gesellschaftliche Konstruktionen werden in Familie, Wirtschaft und Politik institutionalisiert. Sie sind für eine androzentrische, eine auf die männliche Perspektive beschränkte, Sicherheitspolitik verantwortlich, in der Gender und die damit verwickelten Macht- und Herrschaftsbeziehungen als Problemlagen bestenfalls keine Berücksichtigung finden, oder schlimmstenfalls sogar Politik- und Konfliktakteure sie zum Zwecke von Gewaltausübung instrumentalisieren. Potenziale, um die gewaltsamen Konflikte in den Krisenregionen der Welt zu bearbeiten, bleiben deshalb ungenutzt.

Ein Beispiel: Die frühere US-Regierung unter George W. Bush hat Frauenrechte zur Legitimation des amerikanischen und des internationalen Einsatzes in Afghanistan genutzt. Mit Hilfe der traditionellen islamischen Burka und der »Entschleierung« der Frau inszenierte speziell die Bush-Administration symbolisch eine »Befreiung« der Afghaninnen als Ziel neben der Terrorismusbekämpfung: »Because of our recent military gains in much of Afghanistan, women are no longer imprisoned in their homes. They can listen to music and teach their daughters without fear of punishment«, proklamierte First Lady Laura Bush

minierung, aus Sicht von Aktivisten und Hilfsorganisationen, weder nachhaltig noch zielführend.

Frauen werden oft als Bewahrerinnen des nationalen Stolzes und Kulturgutes stilisiert – wie die amerikanische Freiheitsstatue, die französische Marianne, »Germania« oder »Mütterchen Russland«. Sie erhalten durch ihre Rolle in der Reproduktion nationaler Identität strategisches Gewicht. Damit werden Frauen gleichsam aber auch zum Ziel für Gewalt, da durch Übergriffe auf sie somit zugleich die Integrität der Kultur und der männlichen Kämpfer gedemütigt und geschädigt werden können.

Initiationsrituale und »Feminisierung« des Feindes sind nur zwei Wege, um Geschlechtsdualismus zu verfestigen.

es etwa in einer Radioansprache am 17. November 2001. »The fight against terrorism is also a fight for the rights and dignity of women.«

Die Einbettung feministischer Diskurse in die politische Begründung von militärischen Interventionen scheint eine Reaktion darauf, dass ein bewaffnetes Einschreiten sich in westlichen Demokratien meist nur noch in Verbindung humanitärer Notlagen vermitteln lässt. Die Durchsetzung von Frauenrechten mit kriegerischen Mitteln ist ohne begleitenden politischen Willen zur Ausräumung der Wurzeln von Gewalt und Diskri-

Noch immer besteht eine starke Verbindung zwischen Männlichkeit und Militär. Initiationsrituale und »Feminisierung« des Feindes sind nur zwei Wege, um Rollenbilder und Geschlechtsdualismus zu verfestigen. Auch nach dem Ende von Konflikten wirken Gewalt und Trauma im Privaten weiter und können Friedensprozesse behindern und verlangsamen. Bisher waren die oben geschilderten genderbasierten Gewaltursachen nicht Teil des Vokabulars der Friedens- und Konfliktforschung – darum ist es das Ziel feministischen Forscherinnen und Forscher eine effektive >>

EMPOWERMENT

Konfliktregulierung durch die Ergänzung und Erweiterung bestehender Theoriegebäude zu ermöglichen, indem sie die Wirkungsweisen geschlechtlicher Rollen verdeutlichen.

Die Wissenschaftler, die diesem Ansatz folgen, sind Fürsprecher der Nutzung eines weiten Sicherheitsbegriffs – vergleichbar mit dem »Human Security«-Ansatz des UN-Entwicklungsprogramms – der nicht nur den Schutz der körperlichen und staatlichen Unversehrtheit thematisiert, und damit aus Sicht von Feministinnen und Feministen männlich besetzt ist, sondern auch strukturelle Friedensgefährdungen wie Gewaltökonomien, Ethnien und auch private Gewalt aufgreift. Dabei sollen Frauen und Männer nicht einer Opfer- oder Tätergruppe zugeordnet werden, sondern die Forscher wollen die latente »Gewalt im Geschlechterverhältnis« verdeutlichen.

Die Umsetzung einer geschlechtergerechten Politik scheitert an eben jenen Herrschaftsstrukturen, die die Genderperspektive augenscheinlich macht.

Auch die Vereinten Nationen, auch auf Druck von Frauenorganisationen hin, erkennen mittlerweile an, dass die Integration von Frauen in Friedensprozessen sowohl einen positiven Effekt auf die Dialognatur, als auch auf die Nachhaltigkeit von Friedensabkommen haben kann, was wissenschaftliche Studien bereits nachweisen konnten –

darunter der Expertenbericht »Women, War and Peace«, den im Oktober 2002 die ehemalige finnische Verteidigungsministerin Elisabeth Rehn und die heutige Präsidentin Liberias, Friedensnobelpreisträgerin Ellen Johnson Sirleaf, der UN-Frauenorganisation UNIFEM vorgelegt haben.

In den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats zum Thema, den Resolutionen 1325, 1820 und anderen, haben sich die Ratsmitglieder seit Ende 2000 für die Ahndung sexualisierter Gewalt und deren Klassifikation als Sicherheitsproblem ausgesprochen sowie die vermehrte Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Konfliktbearbeitung befürwortet.

Ein weiteres Indiz für die praxisnahe Realisierung der Resolutionen ist die Ernennung von Gender-Beauftragten der UN, die die Geschlechterdimension von Konflikten untersuchen sollen. Margot Wallström, ehemalige schwedische EU-

Kommissarin, etwa war nach Ernennung durch Generalsekretär Ban Ki-moon 2010 die erste »Special Representative of the Secretary-General on Sexual Violence in Conflict«. Zusätzlich richtete im Februar 2001 das »Inter-agency Network on Women and Gender Equality« der UN eine eigene »Task Force on Women, and Peace, and >>

DIE VEREINTEN NATIONEN UND DIE GESCHLECHTERROLLEN

- 1975:** 1. UN-Weltfrauenkonferenz in Mexiko-Stadt zum »Internationalen Jahr der Frau«
- 1976:** Gründung des United Nations Development Fund for Women (UNIFEM)
- 1980:** 2. Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen unter dem Motto »Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden«
- 1985:** 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi, Umsetzung der Ziele der UN-Dekade für Frauen
- 1995:** 4. Weltfrauenkonferenz in Peking unter dem Slogan »Handeln für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden«
- 2000:** UN-Sicherheitsratsresolution 1325 »Frauen, Frieden und Sicherheit« (UNSCR 1325) stellt rechtliche und politische Vorgaben zur Integration von Frauen in entscheidungsrelevante Prozesse in der Friedens- und Sicherheitspolitik und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt auf.
- 2008:** UNSCR 1820, mit dem Titel »Gewalt gegen Frauen in Konflikten als Kriegsverbrechen und als Hindernis bei der Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit«, stellt fest, dass Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt ein Kriegsverbrechen beziehungsweise ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, und ver-

EMPOWERMENT

Security« eingerichtet, die den Fortschritt der Resolutionsumsetzung verfolgt, und in den Gremien der UN als beratendes Element fungiert. Im Juli 2011 wurde die Task Force in ein ständiges Komitee umgewandelt, um die Kohärenz der Anstrengungen zwischen den zuständigen Agenturen und Arbeitsgruppen zu gewährleisten. Nicht zuletzt sollen nationale und globale Aktionspläne die Umsetzung der Resolutionen gewährleisten und eine regelmäßige Berichterstattung helfen, Verbesserungsmöglichkeiten anzuzeigen. So hat etwa der Rat der Europäischen Union im Dezember 2008 über Wege zur Implementation der Resolutionen in EU-geführte Missionen diskutiert.

Die Umsetzung dieser hehren Ziele jedoch ist sehr problematisch. Sie scheitert seit mehr als zehn Jahren, so scheint es, an eben jenen herrschaftsstrukturellen Verhältnissen, die die Genderperspektive augenscheinlich macht. Politikerinnen sind mit Masse noch immer in den »low politics«, wie etwa Sozial- und Familienpolitik, aktiv und auch in den parlamentarischen Kammern meist unterrepräsentiert, so dass nur wenige politische Impulse zur ernstgemeinten Realisierung des Genderansatzes vernommen werden können.

Noch immer nehmen Verantwortungsträger die Rufe nach einer gendersensitiven Politik wenig ernst, es fehlt eine Verstetigung der Perspektive, weiterhin werden finanzielle und materielle Ressourcen zur langwierigen Herstellung letztendlich instabiler Nachkonfliktordnungen verschwendet. Als Nachweis für das geringe Interesse ist auch die anscheinende Weigerung der deutschen Bundesregierung zu werten, mit Hinweis auf das Gender-Mainstreaming-Programm und

Projekte gegen häusliche Gewalt, einen nationalen Aktionsplan zur sukzessiven Umsetzung zu formulieren. Bisher beschränken sich die in den jährlich deutschen Berichten aufgeführten Umsetzungsschritte auf Projekte in Drittländern im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, die den Kern der Resolutionen, nämlich eine systematische Berücksichtigung einer gendersensitiven Perspektive, nicht berührt. Ohne den politischen Willen und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure aber bleibt das durchaus wichtige Instrument ungenutzt. <<<<

Vanessa Kaufmann ist seit 2008 Soldatin der Bundeswehr und studiert an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg Politikwissenschaften.

Quellen und Links:

[Handbuch »Women, Peace, and Security Handbook« des »PeaceWomen Project«, New York 2010](#)

[Elisabeth Rehn und Ellen Johnson Sirleaf: »Women, War and Peace. The Independent Experts' Assessment on the Impact of Armed Conflict on Women and Women's Role in Peace-building«, New York 2002](#)

[Rede der amerikanischen First Lady Barbara Bush vom 17. November 2001](#)

pflichtet die Nationalstaaten zur strafrechtlichen Verfolgung.

- 2009:** UNSCR 1888 »Gefährdung des Weltfriedens durch den Einsatz »sexueller Gewalt« als Kriegstaktik« institutionalisiert UN-Sonderbeauftragte für Gewalt gegen Frauen und Kindern in Konflikten und fordert jährliche Berichte zur Umsetzung der Resolution 1820 ein.
- 2009:** UNSCR 1889, zur Umsetzung der Ziele von Resolution 1325, unterstreicht die Wichtigkeit, Frauen an Friedensverhandlungen zu beteiligen, und fordert die Mitgliedsstaaten auf, Indikatoren für die Überprüfung der Umsetzung der Resolutionen zu entwickeln.
- 2010:** UNSCR 1960, zu einer geschlechtergerechten Perspektive in der Friedenspolitik, stellt fest, dass sexualisierte Gewalt als Strategie konfliktverlängernd wirken kann, und fordert alle Staaten zur vollständigen Umsetzung der bereits beschlossenen Resolutionen auf.
- 2011:** UN Women wird als Nachfolgeorganisation mehrerer Organisationen (UNIFEM und andere) gegründet, die bisher getrennt auf UN-Ebene an Frauenfragen gearbeitet hatten
- 2015** (voraussichtlich): 5. Weltfrauenkonferenz zur Implementierung der Aktionsplattform von Peking aus dem Jahr 1995

Gegen die Opferrolle

von Katharina Behmer und Elise Kopper

Ob als Widerstandskämpferinnen, Demonstrantinnen oder Menschenrechtsaktivistinnen, ob in Ägypten, Afghanistan oder Liberia – überall auf der Welt engagieren sich Frauen aktiv für Frieden, Freiheit und Sicherheit. In Kriegen und Konflikten werden sie dennoch häufig nur als Randfiguren wahrgenommen.

Die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 ist ein Meilenstein auf dem Weg zu dem Ziel, diese Marginalisierung zu beenden und beide Geschlechter Friedensprozesse gestalten zu lassen.



Friedensmarsch am »Weltfrauentag« 2007 in Liberias Hauptstadt Monrovia

Foto: UN / Eric Kanalstein

>> »100 Tote bei Massaker in Syrien – Frauen und Kinder unter den Opfern« titelte das Nachrichtenportal *n-tv.de* im Juni dieses Jahres. Schlagzeilen wie diese prägen unser Bild von Frauen in bewaffneten Konflikten: Sie werden überwiegend als unschuldige Opfer wahrgenommen, als Namenlose, eigentlich Unbeteiligte. Ihre Ermordung gilt als besonders unmoralisch. Und obwohl Männer genauso unter den physischen und psychischen Kriegsfolgen leiden, sind sie in unserer Vorstellung meist Soldaten, Kriegsherren, Diplomaten oder Friedensstifter, auf jeden Fall aber aktive Ma-

cher und keine passiven Opfer. Diese Rollenbilder, gefestigt in Jahrhunderten und ausgebaut durch Filmindustrie und traditionelle Medienberichterstattung, halten sich bis heute in unseren Köpfen.

Getragen durch die Frauenbewegung der 1970er und 1980er Jahre bekehrten Friedensaktivistinnen in aller Welt gegen diese einseitigen Rollenverteilungen auf: Frauen sollten zwar als Opfer von Gewalt anerkannt, nicht aber auf diese Rolle reduziert werden. Sie sollten vielmehr aktiv an politischen Entscheidungen rund um Krieg, Frieden und Sicherheit beteiligt werden. >>

1995, mit der vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking, gelang den Aktivistinnen schließlich der Durchbruch. Die Massengewaltvergewaltigungen in den Kriegen in Ruanda und Bosnien hatten die Weltöffentlichkeit auf das Thema sexualisierte Gewalt aufmerksam gemacht. Gleichzeitig wurde die häufig unsichtbare Rolle vieler Frauen in Friedensprozessen, insbesondere auf lokaler Ebene, stärker wahrgenommen. Noch nie zuvor stand das Thema »Frauen in bewaffneten Konflikten« so im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Die Konferenz formulierte eindrucksvolle Absichtserklärungen, in denen sich die unterzeichnenden Staaten zu Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und zu deren stärkerer Beteiligung an der Lösung von Konflikten verpflichteten.

Doch den Aktivistinnen war bewusst: Erst, wenn auch der UN-Sicherheitsrat das Thema ernst nehmen und in einer völkerrechtlich bindenden Resolution niederlegen würde, würde sich konkret etwas ändern können. Also bildeten Menschen- und Frauenrechtsgruppen wie Amnesty International, International Alert und die bereits seit 1915 aktive »Women's International League for Peace and Freedom« eine international vernetzte Arbeitsgruppe mit dem Ziel, Frauen-Fragen auf die Agenda der höchsten sicherheitspolitischen Institution dieser Welt zu bringen. Neben der Unterstützung einzelner Staaten, wie zum Beispiel Kanada, war es vor allem die kontinuierliche Basisarbeit lokaler Frauengruppen aus Afrika, Asien und Südamerika, die schließlich zum Erfolg führte.

Am 31. Oktober 2000 verabschiedete der Welt-sicherheitsrat einstimmig Resolution 1325 zu »Frauen, Frieden und Sicherheit«, die viele der im

Nachgang von Peking formulierten Forderungen und Empfehlungen der Zivilgesellschaft enthielt. Der damalige Präsident des Sicherheitsrates, Bangladeschs UN-Botschafter Anwarul Karim Chowdhury, hatte den Stein mit seiner Rede zum Weltfrauentag am 8. März 2000 ins Rollen gebracht: »[Members of the Security Council] affirm that the equal access and full participation of women in power structures and their full involvement in all efforts for the prevention and resolution of conflicts are essential for the maintenance and promotion of peace and security.« Die aktive Rolle, die Frauen in Friedensprozessen spielen, ja, spielen müssen, wurde damit von höchster Stelle anerkannt.

Die aktive Rolle, die Frauen in Friedensprozessen spielen müssen, wurde mit der Resolution 1325 von höchster Stelle anerkannt.

Inhaltlich lässt sich die Resolution 1325 in den so genannten »drei Ps« zusammenfassen: »Partizipation«, »Protektion« und »Prävention« – also Teilhabe, Schutz und Vorbeugung:

Partizipation, weil der Sicherheitsrat mit der Resolution anerkannt hat, dass ein dauerhafter Frieden nur möglich ist, wenn auch Frauen an seiner Schaffung und Wahrung beteiligt und nicht wie bisher faktisch ausgeschlossen werden. Die Resolution fordert, mehr Frauen zu Sonderbeauftrag-

ten und Sonderbeobachterinnen der UN zu ernennen sowie mehr Militärbeobachterinnen, Zivilpolitistinnen, Menschenrechtlerinnen und humanitäre Helferinnen einzusetzen. Außerdem sollen UN-Institutionen und UN-Mitgliedsstaaten Frauen auf allen politischen Entscheidungsebenen beteiligen, wenn es um Fragen von Frieden und Sicherheit geht, insbesondere bei Friedensverhandlungen und beim Wiederaufbau von Nachkriegsgesellschaften.

Protektion, weil Frauen und Mädchen im Krieg in besonderer Weise von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind. Sie werden sexuell missbraucht, vergewaltigt, als Kriegsbeute ver-

schleppt, als Sexsklavinnen gehalten, zu Schwangerschaften gezwungen oder zwangssterilisiert. Diese besonderen Bedrohungen erfordern besondere Schutzmaßnahmen und sind daher ein zentraler Bestandteil der Resolution.

Und schließlich **Prävention**, weil die Verhütung von Gewalt immer noch die wirksamste Methode ist, Menschen vor Leid zu bewahren. Dazu zählt auch die konsequente Bestrafung von Täterinnen und Tätern. Gerade sexualisierte Gewalt, die in >>

vielen Gesellschaften immer noch tabuisiert oder sogar unausgesprochen gesellschaftlich akzeptiert wird, soll gezielter strafrechtlich geahndet werden.

Die Resolution 1325 ist damit ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Perspektive auf Friedens- und Sicherheitspolitik und gleichzeitig eine kontinuierliche Herausforderung. Der Tenor der Resolution ist klar: Egal, ob Friedensverhandlungen, Wieder-

Resolution 1325 ist schon längst keine reine Frauensache mehr.

aufbau, Minenräumung, Flüchtlingsbetreuung, Sicherheitssektorreform, Polizeiausbildung oder Blauhelmeinsatz – all diese Maßnahmen können nur erfolgreich sein, wenn männliche *und* weibliche Bedürfnisse, Perspektiven und Lebenssituationen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Wenn in der Resolution dennoch fast ausschließlich von Frauen die Rede ist, so offenbart dies ein entscheidendes Defizit des Dokuments: Die vielfältigen Rollen von Männern und Jungen in Konflikten, insbesondere auch brisante Themen wie die Militarisierung von Männlichkeitsvorstellungen oder sexualisierte Gewalt gegenüber Männern, werden nicht problematisiert. Aber auch wenn die Resolution Männer und Männlichkeit noch nicht als Thema aufgreift, so hat sie doch das Fundament dafür gelegt, dass die

Kategorie Geschlecht überhaupt prominent auf die sicherheitspolitische Agenda kam. Und davon profitieren wiederum beide Geschlechter: Mittlerweile entwickelt sich in Theorie und Praxis der Konfliktbearbeitung ein Bewusstsein dafür, dass in Kriegs- und Friedenszeiten die spezifischen Bedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigt werden müssen, neben denen der Frauen und Mädchen auch die der Männer und Jungen. Genauso können die Ursachen von Krieg und Gewalt nur

ergründet werden, wenn die dahinter liegenden weiblichen *und* männlichen Lebenswelten und Rollenbilder transparent gemacht und hinterfragt werden, denn beide bedingen sich gegenseitig. Wenn Frauen und Mädchen dennoch weiterhin meist im Fokus stehen, wenn es um Gender in Krieg und Frieden geht, dann liegt das daran, dass für sie in puncto Partizipation, Protektion und Prävention noch immer der größere Nachholbedarf besteht. Die Beschäftigung mit der männlichen Rolle in Konflikten darf dabei jedoch nicht vernachlässigt werden.

Durch verschiedene Folgeresolutionen hat sich das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit in den vergangenen Jahren auf der politischen Agenda des UN-Sicherheitsrates etabliert. Eingang in die Mainstream-Medien hat es jedoch kaum gefunden.

Eine prominente Fürsprecherin des Themas ist Hillary Clinton, Außenministerin der USA und eine der wenigen Frauen, die bisher in die männlich dominierte Phalanx der Sicherheitspolitiker vorgezogen ist. Sie schrieb im März dieses Jahres in der deutschen Fachzeitschrift *Internationale Politik*: »Frauen bringen in Friedensverhandlungen Themen zur Sprache, die zur Aussöhnung, zum Wiederaufbau und zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens beitragen.« In bestimmten Konflikten seien Frauen in der Lage, beispiellose Ergebnisse zu erzielen, weil sie als ehrliche Makler in Friedensprozessen betrachtet würden. Ein Bericht des United Nations Development Fund for Women (UNIFEM), der sich auf umfassende Interviews mit Unterhändlern in den Friedensprozessen in Burundi, Südafrika und Nordirland stützt, habe gezeigt, dass »die Fähigkeit von Frauen zu kommunizieren, sich in andere hineinzuversetzen, Vertrauen aufzubauen, alle Seiten einzubeziehen und Streitigkeiten beizulegen, Verhandlungen und Kompromisse vorangebracht hat. Viele haben darüber hinaus berichtet, dass sich Männer in Friedensgesprächen weniger aggressiv verhalten, wenn Frauen anwesend sind, was zu einem besseren Dialog und besserer Kommunikation führt.«

Diese Erkenntnisse bestätigt auch das »Bündnis 1325«, ein Zusammenschluss von mehrheitlich Frauen- und Friedensorganisationen, der in Deutschland seit einigen Jahren Lobbyarbeit für die Umsetzung der Resolution betreibt. In einem Eckpunktepapier vom April 2011 zur Umsetzung der Resolution 1325 betont das Bündnis: »Frauen sind nicht die besseren oder friedlicheren Menschen, aber sie haben aufgrund ihrer sozialen >>

VEREINTE NATIONEN

Rollen eine größere Distanz zu Militär, Krieg, Macht und Gewalt. Diese Distanz gilt es als positive und wertvolle Ressource zu nutzen.« Doch wer heute der medialen Berichterstattung über die Konferenzen der so genannten »Freunde Syriens« oder über die kürzlich wieder aufgenommenen Friedensverhandlungen zwischen den FARC-Rebellen und der kolumbianischen Regierung folgt, der wird kaum einen weiblichen Namen unter den Verhandlungspartnern finden, kaum eine Frau auf den offiziellen Fotos entdecken. Frauen bleiben weiterhin eine Seltenheit an den Verhandlungstischen. Dies mag unterschiedlichste politische, kulturelle, gesellschaftliche Gründe haben – zielführend und friedensförderlich ist es aber mit Sicherheit nicht.

Auch wenn Resolution 1325 auf die Initiative von Frauengruppen zurückgeht und ohne diese sicherlich nie verabschiedet worden wäre, so ist sie doch längst keine reine Frauensache mehr. Neben Chowdhury, dem »Vater der Resolution«, haben sich auch die UN-Generalsekretäre Kofi Annan und Ban Ki-Moon mehrfach für eine konsequente Umsetzung des Dokuments durch die Mitgliedsstaaten, aber auch durch UN, EU, Nato und andere regionale Organisationen ausgesprochen. So betonte Ban anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Verabschiedung der Resolution im September 2010: »Women's issues are not an ›add-on‹. They must be an integral part of all our thinking on peace and security«, und forderte sämtliche UN-Mitglieder auf, nationale Aktionspläne zur Umsetzung von Resolution 1325 zu erarbeiten.

37 Staaten sind dieser Aufforderung bisher gefolgt, darunter Spanien, Frankreich, Großbritan-

nien, Liberia, Bosnien-Herzegowina, Kanada und Nepal. Deutschland gehört noch nicht dazu. Zwar sind sich sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien einig über den Wert der Resolution, doch herrschen bis heute unterschiedliche Meinungen in Bezug auf ihre Umsetzung. Während SPD, Grüne und Linke schon lange gefordert haben, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft einen nationalen Aktionsplan zu erarbeiten und damit den Vorgaben der UN nachzukommen, sieht insbesondere die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion in einem solchen Plan »keinen entscheidenden Mehrwert«.

So formulierten die CDU-Abgeordneten Sibylle Pfeiffer und Jürgen Klimke in ihren Stellungnahmen zu verschiedenen Anträgen der Opposition auf Verabschiedung eines nationalen Aktionsplans im Mai dieses beziehungsweise letzten Jahres, dass ein solches Dokument allenfalls von symbolischem Wert sei. Die Bundesregierung nehme die Ziele

und Verpflichtungen aus der Resolution 1325 sehr ernst und setze sie auf vielfältige Weise um – es sei allerdings nicht erkennbar, wie ein nationaler Aktionsplan und eine Rechenschaftspflicht die Umsetzung der Resolution weiter vorantreiben könnten.

Dem hielten Oppositionsparteien und involvierte Gruppierungen der Zivilgesellschaft entgegen,

dass nur ein nationaler Aktionsplan die notwendigen finanziellen Mittel freisetzen und eine angemessene Evaluierung, internationale Vergleichbarkeit und Transparenz der Umsetzungsmaßnahmen ermöglichen könne. Nur mit einem solchen verbindlichen Dokument sei sichergestellt, dass sich die Bundesrepublik langfristig zur Umsetzung der Resolution verpflichtet.

Diese Kritik scheint nun, zwölf Jahre nach Verabschiedung der Resolution, etwas bewirkt zu haben: Entgegen ihrer bisherigen Position scheinen sich die Regierungsparteien – wie seit kurzem auf politischen Tagungen zu hören ist – nun doch zu einem nationalen Aktionsplan entschlossen zu haben. Die Erarbeitung hat federführend das Entwicklungshilfeministerium übernommen. Wann und in welcher Form dieser Aktionsplan veröffentlicht werden soll, steht allerdings noch nicht fest.

Die CDU/CSU-Fraktion sprach einem Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 bisher den »Mehrwert« ab.

Doch nicht nur auf nationaler Ebene, auch im Rahmen der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik setzt sich Deutschland mit der Resolution 1325 auseinander. Mit einer gemeinsamen Erklärung aus dem Jahr 2008 hat der Rat der Europäischen Union Maßstäbe gesetzt. Darin bekennen sich die Regierungen der Mit- >>

VEREINTE NATIONEN

gliedsstaaten nicht nur vollumfänglich zur Umsetzung der Resolution 1325 und ihrer Nachfolgeresolution 1820, sondern kündigen auch an, Drittstaaten bei der Umsetzung unterstützen zu wollen.

Ob und inwiefern diese Willensbekundungen nachhaltige friedenspolitische Resultate im Sinne der Resolution 1325 hervorbringen werden, kann an dieser Stelle (noch) nicht beurteilt werden. Fest steht jedoch, dass auch die weitere Umsetzung der bestehenden Resolutionen zu Frauen, Frieden und Sicherheit sowie deren kontinuierliche Weiterentwicklung vor allem vom permanenten Druck der Öffentlichkeit auf die politischen Entscheidungsträger und von einer kritischen Beobachtung und Begleitung durch die Zivilgesellschaft abhängt. Dafür steht in Deutschland, unter anderem mit dem »Bündnis 1325«, eine ganze Reihe von Frauen-, Menschenrechts- und Friedensorganisationen mit reichhaltiger Expertise bereit. Aber auch die Wissenschaft ist hier gefragt: Gender-Perspektiven sollten noch stärker in Forschung und Lehre zur Friedens- und Sicherheitspolitik integriert und dort weiterentwickelt werden. Denn je fundierter und überzeugender die wissenschaftlichen Argumente sind, desto eher wird sich das Thema Gender auch in der politischen Praxis wiederfinden.

Dies wurde zum Beispiel auch auf der internationalen Konferenz Gender, Frieden und Sicherheit 2010 in München, die unter anderem vom Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Universität der Bundeswehr München ausgerichtet wurde, unterstrichen. Die Politikwissenschaftlerin Susanne Zwingel erläuterte in ihrem Beitrag, dass eine geschlechtssensible Perspektive wichtig

zum Verständnis, zur Analyse und auch zur Prävention von Konflikten beziehungsweise zur Herstellung von nachhaltig befriedeten Gesellschaften sei. Die Kategorie Geschlecht sei eine zentrale Dimension von Konflikten und Kriegen, sie werde aber bisher noch zu oft ausgeblendet, während zum Beispiel wirtschaftliche Interessen oder bestimmte kollektive Identitäten als Konfliktursachen untersucht würden. Geschlecht sei nicht die einzig relevante Dimension, aber eine, die bisher erstaunlich missachtet worden sei.

Dieses Defizit hat auch die Resolution 1325 nicht vollständig beheben können. Aber sie hat entscheidend dazu beigetragen, dass Frauen- und Genderfragen in Forschung, Politik und Praxis zu Krieg, Frieden und Sicherheit überhaupt Gehör gefunden haben. Langsam aber sicher setzt sich die Erkenntnis durch: Wer zukünftige sicherheitspolitische Herausforderungen wie Terrorismus, Bürgerkriege, Migration oder Klimakatastrophen meistern und nachhaltig Frieden, Sicherheit und Stabilität schaffen will, der muss Männer *und* Frauen beteiligen. Denn, so Valerie Norville vom United States Institute for Peace, »half of the world's population cannot make a whole peace.« <<<<

Katharina Behmer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) der Ruhr-Universität Bochum.

Elise Kopper promoviert am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Beide Autorinnen sind Mitglied der AG Gender und Frieden des Bundes für soziale Verteidigung.

Quellen und Links:

[Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 2000, kurz UNSCR 1325 \(2000\)](#)

[Themenseite des Auswärtigen Amtes zu Frauen, Frieden und Sicherheit](#)

[Webpräsenz des »Bündnis 1325«](#)

[Themenseite des »Gunda-Werner-Instituts« der Heinrich-Böll-Stiftung zu den UN-Resolutionen für eine geschlechtergerechte Sicherheitspolitik](#)

[Kommentar von Hillary Clinton in der Internationalen Politik vom 1. März 2012](#)

[Forschungspapier »Ten Years of Women, Peace and Security. Gaps and Challenges in Implementing Resolution 1325« des Instituts für Entwicklung und Frieden aus dem Jahr 2010](#)

[Forschungspapier »Frauen, Frieden und Sicherheit? Die VN-Sicherheitsratsresolution 1325 wird 10 Jahre alt« der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung aus dem Jahr 2010](#)

[Erklärung des Rates der Europäischen Union vom 1. Dezember 2008 zum umfassenden Ansatz zur Umsetzung von UNSCR 1325 \(2000\) und UNSCR 1820 \(2008\) in der EU](#)

KRIEGER_INNEN: GENDERMAINSTREAMING

Mehr Mut zur Bescheidenheit

von Henri Myrntinen und Nicola Popovic



Haiti 2010: Polizisten der Vereinten Nationen suchen nach illegalen Waffen.

Foto: UN / Marco Domino

>>

Reformen im Sicherheitssektor

sollen dazu dienen, in Krisengebieten lokale Institutionen aufzubauen, die den Sicherheitsbedürfnissen der beiden Geschlechter gerecht werden. Bei diesen Prozessen wird theoretisch eine lokale »ownership« großgeschrieben.

Es sind aber meist die Vorstellungen der intervenierenden Staaten und Organisationen, die mehr Gewicht haben. Die komplexen Beziehungen zwischen Gebern und Empfängern tragen dann, unter anderem, dazu bei, dass die Umbauprozesse oft scheitern.

>> Eigentlich sollte seit gut einem Jahrzehnt alles anders sein. Um die komplexen gesellschaftlichen und politischen Probleme von Krisengebieten wie zum Beispiel Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo, Haiti oder Osttimor bewältigen zu können, setzt die internationale Gemeinschaft zunehmend auf »Sicherheitssektorreformen« (SSR). Sie beinhalten, laut Definition von International Alert, Saferworld und dem Clingendael-Institut aus dem Jahr 2002: »the transformation of security institutions so that they play an effective, legitimate and democratically accountable role in providing external and internal security«.

Durch diese Reformprozesse sollen die lokalen Sicherheitskräfte und andere Institutionen demokratischer, transparenter und effizienter gestaltet und vor allem den verschiedenen Sicherheitsbedürfnissen von Frauen und Männern gerechter werden. Die Miteinbeziehung von Genderperspektiven im Rahmen dieser Prozesse sollte seit der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 von 2000 Pflicht sein. Dies geht auch explizit aus einer Stellungnahme des Präsidenten des UN-Sicherheitsrates vom 21. Februar 2001 hervor, die besagt, »the Security Council recognises the inter-linkages between security sector reform and other important factors of stabilisation and reconstruction, such as (...) gender equality, children and armed conflict and human rights issues.«

Die Berücksichtigung und Einbeziehung der verschiedenen Bedürfnisse von Frauen und Män-

nern, von Mädchen und Jungen in allen Phasen von internationalen Hilfsprogrammen wird im Jargon der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) meist »Gendermainstreaming« genannt, und laut Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen ECOSOC definiert als »process of assessing the implications for women and men of any planned action, including legislation, policies or programmes, in any area and at all levels«. Es sei eine Strategie, um die Belange und Erfahrungen sowohl von Frauen als auch von Männern zur integralen Dimension von Design, Implementierung, Monitoring und Auswertung von Vorgehensweisen und Programmen in alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sphären zu machen – »so that inequality between men and women is not perpetuated«.

Hat Deutschland im Afghanistaneinsatz »kompletten Mist« gebaut?

Deutschland hat sich im Bereich SSR vor allem bei der Polizeireform profiliert, so zum Beispiel in Afghanistan. Leider fällt die Bilanz alles andere als positiv aus. Laut *Wikileaks* soll etwa US-Vize->>

GENDERMAINSTREAMING

präsident Joe Biden gegenüber dem damaligen britischen Premierminister Gordon Brown gesagt haben, Deutschland habe beim Training von Polizisten »kompletten Mist gebaut«. Kritik kommt aber auch von der deutschen Polizeigewerkschaft. Sie bemängelte die ambitionierten Pläne der Bundesregierung für den Hindukusch bereits 2010 als »utopisch«. Auch in vielen anderen Nachkriegsgebieten, wie zum Beispiel Liberia oder dem Kosovo ist das Intervenieren und Vorantreiben von SSR-Prozessen und das damit verbundene »Gendermainstreaming« nur – wenn überhaupt – stockend vorangekommen. Woran scheitern internationale Initiativen, die ein Sicherheitskonzept unterstützen wollen, dass Frauen, Männer, Mädchen und Jungen gleichermaßen schützen soll?

Konzepte wie die SSR oder Gendergerechtigkeit basieren auf impliziten politischen Normen der Geberländer, die sich in Konferenzblättern, Projektvorschlägen, Fördermittelbewilligungen oder konkreten Projekte und deren Evaluierung niederschlagen. Besonders in Post-Konfliktländern sind Sicherheitsinterventionen und Entwicklungsprojekte oft von außen gesteuert und basieren auf unausgesprochenen normativen Richtlinien, die oft nicht unbedingt mit der Realität vor Ort vereinbar sind. Zudem sollen diese Richtlinien meist durch überambitionierte und unterfinanzierte Zeitpläne in die Praxis umgesetzt werden. Reformen und Wandlungsprozesse sozialer und kultureller Paradigmen bedürfen



Haiti 2010: Ein rein weibliches UN-Polizeikontingent aus Bangladesch kommt in Port-au-Prince an.

Foto: UN / Marco Domino

aber Zeit und eines tiefen Verständnisses für die Situation der Zielgesellschaft.

Trotz der oft in den einschlägigen Policy-Papieren immer wieder hervorgehobenen Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren, macht sich in der Praxis oft eine Kluft zwischen den vermeintlichen »Nutznießern« der Intervention und den »Intervenierenden« auf. Letzteres sind die verschiedenen Vertreter der internationalen Gemeinschaft, welche meist die Agenda und den Zeitrahmen der SSR-Prozesse bestimmen sowie das Geld beisteuern. Es han-

delt sich hierbei um eine breite Palette von Akteuren: unter anderem UN-Institutionen, bilaterale Geberländer, Entwicklungshilfeorganisationen, staatliche oder private Sicherheitsdienstleister, akademische Institutionen und Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Diese verschiedenen Intervenierenden können sich selten die Zeit nehmen, um die lokale Kultur, Gesellschaft, Geschichte des »Gastlandes« oder auch nur die institutionelle Kultur des zu reformierenden Sicherheitssektors kennenzulernen. Die Adressaten der Interventionen bleiben oft nur >>

Zuschauer der Implementierungsversuche. Dennoch erwarten die Geldgeber- von den Empfängerländern, dass ihr Sicherheitssektor sich innerhalb weniger Monate oder Jahre oft von der Nicht-Existenz bis zur Mustergültigkeit entwickeln soll,

Osttimor 2010: Kukuana Toga Fiu, Chefin des dreiköpfigen samoanischen Teams für die UN-Polizeimission, im Interview

Foto: UN / Martine Perret

für deren Erreichen im Westen selbst oft Jahrzehnte gebraucht wurden. Prozesse, die einen häufig tiefgreifenden sozialen und kulturellen Wandel zum Ziel haben, können jedoch weder von freiwilligen Helfern in den Semesterferien,

noch von Entwicklungszusammenarbeitsexperten in teils nur sechs bewilligten Monaten Beratungsprojekt erreicht werden. Schnelle Resultate, kurzfristig durchgeführte Leistungen und das Ausgrenzen konfliktiver Verhandlungspartner führen zu konträren Effekten in den Empfängerländern – zu Ablehnung statt Konsens.

Über die letzten zehn bis fünfzehn Jahre haben sich sowohl die akademischen als auch die politi-

Externe Entwicklungsprojekte sind oft unvereinbar mit der Realität am Einsatzort.

schen Debatten um die Entwicklungen von Richtlinien in den Bereichen Frieden und Sicherheit sowie Entwicklungspolitik weit entwickelt. Sei es bei einer wesentlich nuancierteren Auslegung sowohl des Sicherheits- als auch des Geschlechterbegriffes oder bei detaillierteren Richtlinien für das Gendermainstreaming in der Praxis. Der Sicherheitsbegriff, auf dem Interventionen basieren, hat sich während der letzten paar Jahrzehnte sogar grundlegend verändert. Ging es während des Kalten Krieges noch hauptsächlich um staatliche Sicherheit, so hat sich in den 1990er und 2000er Jah- >>



ren der 1994 vom UN-Entwicklungsprogramm vorgebrachte, umfangreichere Begriff der »human security« durchgesetzt. Auch dies trug mitunter sogar zum Bedeutungsverlust des bisherigen »Heiligen Grals« der internationalen Politik bei, nämlich der nationalen Souveränität.

Diese Erweiterung des Sicherheitsbegriffes hat auch den Charakter von Friedensmissionen nachhaltig verändert, mit Auswirkungen sowohl für die

re des Sicherheitssektors auf internationaler Seite, das heißt ausländische sowie inländische Polizisten, Soldaten und Bürokraten, müssen sich hierbei auch mit gender-relevanten Fragen vor Ort auseinandersetzen, wie etwa der Verbreitung von HIV/Aids, mit Menschenhandel, sexualisierter und häuslicher Gewalt oder Prostitution.

Über das Instrument der SSR versuchen Geberländer und Entwicklungsorganisationen in den

aufgebaut werden. Es sind unter anderem Organisationen wie die UN, die OECD und die EU, die SSR-Prozesse explizit in den entwicklungspolitischen Rahmen importieren. Sie versuchen, diese in nationale Reformprozesse zu integrieren, welche der Entwicklung, der Stabilität und der guten Regierungsführung im jeweiligen Land dienen sollen.

Mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffes geht auch ein erweitertes Verständnis des Sicherheitssektors einher, welches inzwischen neben den »traditionellen« Akteuren, den Streitkräften und der Polizei, auch die Justiz, den Strafvollzug, Zoll und Grenzschutz, private Sicherheitsdienste und ebenso parlamentarische und zivilgesellschaftliche Kontrollgremien einbezieht. Die SSR ist parallel dazu inzwischen zu einem unabdinglichen Bestandteil internationaler militärischer, aber auch entwicklungspolitischer Interventionen geworden. Um in puncto menschlicher Sicherheit den verschiedenen Bedürfnissen von Männern und Frauen Rechnung zu tragen, ist die Berücksichtigung von Genderperspektiven unerlässlich.

Im Sicherheitssektor ist Gender als Begriff inzwischen ein fester Bestandteil der EZ geworden. Trotz seiner weiten Verbreitung wird der Begriff jedoch oft missverstanden. Gender und Gendermainstreaming werden von EZ-politischen Akteuren, wie zum Beispiel UN-Institutionen oder Geberländern, immer noch oft mit Frauenförderung gleichgestellt. Der Genderbegriff an sich ist aber ein wesentlich umfassenderer, welcher die wech- >>

Tiefgreifende Wandlungsprozesse können nicht von freiwilligen Helfern in den Semesterferien initiiert werden.

Intervenierenden als auch die Empfänger der humanitären Hilfe, der Entwicklungsprojekte oder Friedensmissionen. In Kriegsgebieten wie der Demokratischen Republik Kongo, dem Sudan, Osttimor oder Haiti wird nicht nur, wie früher üblich, das Einhalten von Waffenstillständen oder Friedensverträgen überwacht. Zusätzlich versuchen die Intervenierenden, sowohl die physischen als auch die gesellschaftlichen Strukturen des Landes wieder aufzubauen. Dadurch wird der Kontakt mit der lokalen Zivilgesellschaft zunehmend enger und bedarf deshalb auch einer anderen Art der Vorbereitung als noch vor zehn Jahren. Die Akteu-

Zielgesellschaften Institutionen zu schaffen, die den komplexen Herausforderungen von Post-Konflikt-Gesellschaften gerecht werden. Ziel solcher Prozesse ist, dem jeweiligen Sicherheitssektor zu mehr Transparenz, demokratischer Kontrolle und Effizienz bei der Erbringung seiner Dienstleistungen – in diesem Falle das Garantieren von (menschlicher) Sicherheit – zu verhelfen. In vielen Fällen waren Institutionen des Sicherheitssektors während vorausgegangener Konfliktzeiten eher Teil des Problems als der Lösung, und so muss über die Reformprozesse auch neues gesellschaftliches Vertrauen in staatliche Sicherheitskräfte



Osttimor 2011: gemeinsame Fußpatrouille von lokalen und UN-Ordnungshütern auf dem Markt von Pune

Foto: UN / Martine Perret

selnden und teilweise verschiedenen Rollen und Bedürfnisse von sowohl Männern als auch Frauen, von sexuellen Minderheiten wie auch Kindern und Jugendlichen einbezieht. Dennoch verkommt das Gendermainstreaming bei SSR-Prozessen leicht zu einem simplen Einfordern einer Frauenquote bei Polizei und Streitkräften, statt zum Beispiel die Chance zu nutzen, tiefergehende Analysen und gesellschaftliche Debatten über Geschlechterrollen innerhalb dieser Institutionen anzuregen.

Neben dem Prinzip der Förderung der Gleichberechtigung hat die Integration von Genderper-

spektiven in SSR-Prozesse auch praktische und konkrete Auswirkungen auf die Arbeit der Sicherheitskräfte der Zielgesellschaft. Je besser diese die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln, desto höher ist ihre Akzeptanz. Überlebende sexueller Gewalt, erzwungener Prostitution oder Menschenhandels kann besser geholfen werden, wenn sie zu dem Beamten oder der Beamtin, die ihren Fall behandelt, Vertrauen aufbauen können. Dies erfolgt oft geschlechterspezifisch: So kommen zum Beispiel Polizeibeamtinnen eher als Vertrauenspersonen für weibliche Überleben-

de solcher Art von Gewalt in Frage als ihre männlichen Kollegen.

Wie anfangs bereits erwähnt, bereitet die Umsetzung der guten Absichten der Weltgemeinschaft bei der SSR in der Praxis häufig schwere Probleme. Zum einem sind das systemimmanente praktische Schwierigkeiten: So stehen zum Beispiel oft nicht genügend qualifizierte Ausbildungskräfte zur Verfügung, unzureichende Finanzmittel werden suboptimal eingesetzt, die Intervenierenden kennen weder die lokalen Sprachen noch die kulturellen Normen des Einsatzlandes.

Auch den Prozessen, die Sicherheitssektorreformen voran treiben sollen, wie etwa Trainingsprogramme, – mangelt es zumeist an Nachhaltigkeit. Lokale Wertvorstellungen oder informelle Strukturen werden von den Intervenierenden oft ignoriert, belächelt oder aber aktiv bekämpft, da sie diese als nicht mit westlichen Normen kompatibel erachten. Dies gilt insbesondere bei Fragen geschlechtlicher Gleichberechtigung, wo man häufig alles Traditionelle als *a priori* frauenfeindlich bewertet. Der Versuch, die Schnittmenge zwischen traditionellen und importierten Wertvorstellungen zu suchen, bleibt dabei aus. Auch mangelt es oft an Kooperationsvermögen zwischen verschiedenen Organisationen sowie Geber- und Empfängerländern. Die am Prozess beteiligten Akteure erkennen externe und interne Kritik leider selten als eine Chance zum Lernen. Stattdessen wird diese lieber abgeschmettert oder ignoriert. >>

Neben den praktischen Problemen, die in der SSR denen anderer Bereiche der EZ ähneln, gibt es aber auch tiefergehende konzeptionelle Probleme. Das Paradoxe an vielen SSR-Prozessen in Krisengebieten ist, dass das Endziel auf einem inklusiven Sicherheitsbegriff basiert. Für diesen ist auch das Einbeziehen lokaler Bedürfnisse und Gegebenheiten zentral, während die Reformvorhaben jedoch nahezu ausschließlich von Außenstehenden geplant, finanziert und evaluiert werden. Die externen Akteure halten oft mehr an ihren mitgebrachten Normen fest, als lokalen Blickwinkeln Platz einzuräumen. Häufig scheint es die Einstellung der Intervenierenden zu sein, dass die Empfänger – wenn nötig – zu ihrem Glück gezwungen werden müssten. Oder aber sie beschönigen Abschlussberichte: Diese erwecken den Eindruck, die externen Sicherheitsvorstellungen wären tatsächlich verwirklicht worden. Hier sind zum Beispiel die Polizeireformen in Osttimor zu nennen oder, in einem noch größeren Umfang, die SSR-Prozesse in Afghanistan, wo die Geldgeber die wenigen handfesten Ergebnisse schönreden.

Durch die Grunddynamik zwischen den Gebern beziehungsweise den Intervenierenden einerseits und den Empfängerländern andererseits kann es schnell zu einem Machtungleichgewicht kommen, in dem der Eine Bedingungen stellt, die der Andere annehmen muss. Hierbei wird die Geberseite von den Empfängern oft als dominant, oder sogar imperialistisch beziehungsweise neo-

kolonialistisch aufgefasst; anders herum bemängeln die Intervenierenden hingegen oft Widerborstigkeit und abwehrende Haltung der vermeintlichen »Nutznießer«.

Zur oft angespannten Stimmung zwischen Gebern und Empfängern trägt auch bei, dass erstere zwar oft und gerne letzteren Vorgaben machen und sie anmahnen. Selbst halten sie sich aber oftmals nicht an die eigenen Bestimmungen. Beispielsweise wird in Osttimor die Gleichberechtigung von Frauen und Männern innerhalb der Sicherheitskräfte zwar eingefordert, aber von der Geberseite selbst nicht verwirklicht: Während die osttimoresische Polizei rund ein Drittel weibliche Beamten beschäftigt, sind es bei der derzeitigen

Einsatz in Osttimor stammt das Polizeikontingent mit der höchsten Frauenquote beispielsweise aus Thailand. Auch die Blauhelmkontingente, die weltweit erstmals ausschließlich aus weiblichen Beamten bestanden, kamen aus Bangladesch, Samoa und Indien. Das Kontingent aus Bangladesch war in Haiti (2010 bis 2012), das indische Kontingent in Liberia (2007 bis 2010) und das samoanische in Osttimor (2010 bis 2011) im Einsatz.

Die Mischung aus Ignoranz und Arroganz gegenüber lokalen Werten, die mangelnde Übereinstimmung zwischen Worten und Taten und leider auch ebenso häufig die unzureichende Kompetenz der Intervenierenden führen bei den Empfängern zu einer gewissen Desillusionie-

Ein neues Verständnis von »Sicherheit« stellt Friedensmissionen vor zunehmend anspruchsvollere Aufgaben.

UN-Mission konstant unter fünf Prozent. Auch innerhalb der UN-Truppen kann man klar sehen, dass die Länder, welche die Kapazitäten zur Verfügung stellen und das Gendermainstreaming konsequent verwirklichen, meist nicht zu den Geldgebern gehören. Oft sind es nicht-westliche Länder, die hier eine Vorreiterrolle spielen. Beim UN-

rung, einem »donor fatigue«. Andererseits sind die Intervenierenden oft von ihren lokalen Partnern frustriert, da diese die Vorgaben nur mangelhaft und schleppend umsetzen oder sogar völlig offen ihrem Unwillen Ausdruck verleihen. Diese Antagonismen der beiden Seiten lähmen die Umsetzung von SSR-Prozessen und lassen >>

GENDERMAINSTREAMING

schlimmstenfalls alle guten Vorsätze zu leeren Worthülsen verkommen.

Reibungsverluste entstehen jedoch nicht nur wegen der mangelhaften Zusammenarbeit zwischen den Lokalen und den »Internationals«, sondern auch wegen fehlender Koordinierung und Planung zwischen den verschiedenen externen Akteuren. »International donors initially set aside a comprehensive security sector reform program-

»Gendermainstreaming«
verkommt oft zum
simplen Einfordern einer
Frauenquote.

me in favour of a »lead nation« framework, with one lead nation assigned to each of four security sector pillars«, konstatierte beispielsweise Robert Perito von der United States Institute of Peace für Afghanistan 2009. »Assignments were made with little attention to expertise, experience, or resources, and there was no mechanism to ensure a coordinated approach. Once engaged, international donors regressed into train-and-equip programmes that focused on rapidly improving operational effectiveness but that largely ignored management and governance structures.«

Die Einbeziehung einer Genderperspektive in die Prozesse der Sicherheitssektorreform ist nicht nur ein Teil menschenrechtlicher Prinzipien, sondern auch ein Werkzeug, welches zu mehr Effizienz der Sicherheitsakteure führen kann. Nicht

nur aus demokratischen Gesichtspunkten ist es wichtig, Frauen in die Sicherheitskräfte zu integrieren, sondern auch, weil auf unterschiedliche Arten von Gewalt in Krisengebieten unterschiedlich reagiert werden muss. Geschlechterspezifisch

>>

Liberia 2009: Graduierungszeremonie für die, unter Aufsicht der UN reformierte, Nationale Polizei

Foto: UN / Christopher Herwig / UNMIL



sche Gewalt hat viele Gesichter und bedarf dementsprechend verschiedener Antworten – besondere Fähigkeiten und spezialisierende Ausbildungen auch von Frauen sind gefragt, um auf sie adäquat zu reagieren.

Interventionen in komplexen Kontexten, wie eben in Krisengebieten, bedürfen in erster Linie der Sensibilität und der Bereitschaft, Zuhören zu können. Konzepte, die extern entwickelt worden sind, können nicht beliebig anderen Gesellschaftsstrukturen nach dem Prinzip »one size fits all« übergestülpt werden, sondern müssen intern und zusammen mit allen beteiligten Akteuren entwickelt werden, die zu Sicherheit und Unsicherheit in einem Land führen können. Betroffene müssen nicht nur aktiv mit einbezogen werden, sondern bestimmen, wie Geschlechtergerechtigkeit und Sicherheitskonzepte im eigenen Land auszusehen haben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Grundregeln der internationalen Staatengemeinschaft, wie der Schutz der Menschenrechte, die Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit, nicht weiterhin Grundbedingung für eine Unterstützung und Finanzierung solcher Initiativen sein sollten.

Eine effektive Zusammenarbeit und das nachhaltige Aufbauen von Institutionen im Sicherheitssektor, welches Internationale erfüllen, in dem sich aber auch die lokalen Gesellschaften wiedererkennen, sind Voraussetzung dafür, dass sich Geber- und Empfängerorganisationen auf Augenhöhe treffen. Die Intervenierer können lo-

kale Strukturen unterstützen und auf Mindeststandards achten, müssen aber auch ihre eigenen Grenzen erkennen. Es sollte den lokalen Partnern überlassen werden, die geschaffenen Strukturen und Prozesse mit Inhalt zu füllen. Intervenierende sollten das Endprodukt begrüßen, auch wenn es nicht zu hundert Prozent so aussieht, wie man es sich im Westen vorstellen würde. <<<<

Henri Myrntinen wurde an der University of KwaZulu-Natal im Feld »Conflict Resolution and Peace Studies« promoviert und forscht derzeit am Nordic Institute of Asian Studies in Kopenhagen.

Nicola Popovic hat ihren Master of Law in »International Peace Support Operations« am Irish Centre for Human Rights in Galway erworben. Sie arbeitet seit mehreren Jahren im Bereich Gender, Frieden und Sicherheit für UN Women.

Quellen und Links:

[Website des »Gender and Security Sector Reform Toolkit«, eingerichtet von der OSZE, der UN und dem »Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces« \(DCAF\)](#)

[Albrecht Schnabel und Vanessa Farr: »Back to the Roots: Security Sector Reform and Development«.](#) Herausgegeben vom DCAF, 2012

[Hintergrundbericht »From Global to Local: How UN Agencies Build Capacity to Implement the Women, Peace and Security Resolutions at the National Level« von Nicola Popovic und Corey Barr.](#) Herausgegeben von kanadischen NGO-Netzwerk Peacebuild, 2011.

[Lagebericht des UN-Entwicklungsprogramm vom Juni 2008 über den Sicherheitssektor in Osttimor](#)

[Bericht des UN-Generalsekretärs »Securing Peace and Development: the Role of the United Nations in Supporting Security Sector Reform« vom 23. Januar 2008](#)

[Timothy Donais: »Local Ownership and Security Sector Reform«.](#) Herausgegeben vom DCAF, 2008

[Handbuch »Security Sector Reform« des Entwicklungsunterstützungskomitees der OECD aus dem Jahr 2007](#)



»Die Soldatinnen, die ich kenne, würden nie eine Sonderbehandlung erwarten«

Interview: Katharina Höne ■ Fotos: Lalage Snow

Eine US-Marineinfanteristin eines »Female Engagement Teams« im afghanischen Sangin, Provinz Helmand, im Jahr 2011

Die englische Fotojournalistin **Lalage Snow** hat amerikanische und britische Soldatinnen im Einsatz begleitet und durfte als erste die weiblichen Rekruten der afghanischen Armee fotografieren. Im Irak und in Afghanistan hat sie das Leben und den Alltag der Frauen in Uniform dokumentiert.

Gegenüber *ADLAS* berichtet sie von ihren Erfahrungen mit der Genderfrage als Reporterin an und hinter der Front. Mit ihrer Arbeit, glaubt sie, kann sie nur noch in Einzelfällen etwas verändern.

ADLAS: Viele Ihrer Fotos sind in Afghanistan entstanden und portraituren das militärische wie zivile Leben dort. Was hat Sie motiviert, den Schwerpunkt Ihrer Arbeit hierauf zu legen?

Lalage Snow: Alles fing damit an, dass ich 2007 mit dem Militär nach Afghanistan gegangen bin. Ich war hier während meines Masterstudiums als eingebettete Journalistin unterwegs. 2010 war ich in Kabul, um eine Fotoserie aufzunehmen, und mir wurde klar, dass dies eigentlich ein guter Ort ist, um als freie Journalistin tätig zu sein. Es ist längst nicht so Angst einflößend, wie es oft in den Massenmedien dargestellt wird. Es gibt für mich als Fotografin und Journalistin viel zu tun; ich treffe hier interessante Menschen und auf eine komische Weise habe ich hier ein gutes soziales Umfeld gefunden. Je länger du an einem Ort lebst, desto besser lernst du ihn kennen und die Menschen verstehen. Es war aber definitiv keine bewusste Entscheidung, nach Afghanistan zu gehen und hier zu bleiben.

Neben dem Schwerpunkt auf Afghanistan ist es auch auffällig, dass bei vielen Ihrer Fotoserien Frauen im Mittelpunkt stehen. War das Absicht oder hat es sich mit der Zeit entwickelt?

Auch das ist etwas, was mit der Zeit entstanden ist. Mein eigenes Geschlecht ist dabei ein entscheidender Faktor gewesen. In einiger Hinsicht ist es einfacher, eine Frau zu sein, wenn man als Fotografin in Afghanistan unterwegs ist. Ich kann zum Beispiel Frauen fotografieren, was für männliche Fotografen nicht möglich ist.

Wie reagieren denn Afghanen und insbesondere Afghaninnen, wenn man sie fotografieren will?

Die wichtigste Regel ist, zuerst zu fragen. Versucht man, die Menschen ohne deren Einwilligung zu fotografieren, läuft man Gefahr, die Menschen zu verärgern. Und das sollte man unbedingt vermeiden, insbesondere in Afghanistan.

Daneben gibt es einige generelle Probleme. Einige Afghanen denken, fotografiert zu werden wäre das Gleiche, wie im Fernsehen aufzutreten – und das wird als beschämend empfunden. Daneben hat man es manchmal mit der im Islam verwurzelten Idee eines Bildverbots jenseits des Reichs Gottes zu tun. Beides kann das Fotografieren enorm erschweren. Vor allem in den ländlichen Gebieten kann es vorkommen, dass die Bedeutung von und die Idee hinter der Fotografie nicht verstanden wird. Wenn du das erklärst, dann hast du oft schon den schönen Moment, den du eigentlich einfangen wolltest, verändert oder gar zerstört.

Welche Erfahrungen haben Sie beim Fotografieren der westlichen Soldatinnen und Soldaten gemacht? Gibt es da ähnliche Schwierigkeiten?

Das ist etwas völlig anderes. Zu einem gewissen Grad haben alle Soldaten den Umgang mit Medien und Medienvertretern gelernt. Ist man *embedded journalist*, dann lebt man das Leben der Soldaten, und das kann einen ganz eigenen Effekt auf die Wahrnehmung haben. Während meiner Arbeit versuche ich immer, eine Beziehung mit den Menschen aufzubauen. So ist meine Anwesenheit und meine Tätigkeit weniger auffällig, >>

»Ich war nicht bemüht, ein bestimmtes Bild von den Soldatinnen zu zeichnen.«

Gefreite Helen Stead, 20, und Gefreite Katrina McGowan, 21, Mechanikerinnen der »Royal Electrical and Mechanical Engineers« während einer Arbeitspause in Basra im Jahr 2008.

und sie merken teilweise gar nicht mehr, wenn sie fotografiert werden. Mit den britischen Soldaten, zum Beispiel, teile ich Herkunft. Ich konnte also immer voraussetzen, dass die Sprache der Fotografie verstanden wird. Afghanen zu fotografieren, ist in dieser Hinsicht sehr schwierig, außer sie haben entsprechende Erfahrungen oder Vorbildung oder bemerken es nicht.

Glauben Sie, es gibt eine besondere Gefahr, in Stereotype zu verfallen, wenn man Bilder von Afghanen und von Soldaten macht?



Ganz bestimmt. Es gibt die typischen Szenen, die wir alle schon gesehen haben: die Frau in der Burka, das drogenabhängige Kind, ein wütender Mann auf der Straße. Ich glaube, man muss sehr vorsichtig sein, was man fotografiert. Ähnliches gilt für die Soldaten. Wir alle haben ähnliche Bilder im Kopf, Bilder, die immer und immer wieder veröffentlicht werden: müde, verängstigte oder wütende Soldaten die schlafen, Soldaten die essen. Eines meiner Hauptziele war es, nicht in diese Falle mit meinen eigenen Fotos zu geraten. Das war zum Beispiel der Grund, warum ich eine

Porträtserie gemacht habe. Dabei habe ich Soldaten vor, während und nach ihrem Einsatz in Afghanistan aufgenommen. Was ich dort abgebildet habe, hat nichts mit dem Alltag der Soldaten zu tun. In diesem Projekt ging es darum, fotografisch festzuhalten, wie sie aussahen und wie sie sich verändert haben.

Sie haben auch Fotos von britischen Soldatinnen im Einsatz im Irak und in Afghanistan gemacht. Wie ist das zustande gekommen, und war es schwierig, Kontakt zu ihnen aufzubauen? >>

LALAGE SNOW

hat 2007 am London College of Communication einen Master in Fotojournalismus und Dokumentarfotografie erworben. Als eingebettete Journalistin war sie anschließend mit der britischen und der US-Armee in Afghanistan und im Irak unterwegs. Eine Portraitserie von ihr über das erste Bataillon des »Royal Regiment of Scotland« wurde unter anderem im britischen *Telegraph* veröffentlicht. Presseaufmerksamkeit bescherten ihr ebenso Bilder der ersten weiblichen Rekruten der afghanischen Armee. Ihre Fotos sind außerdem in *Granta*, *The Guardian*, *Glamour*, *Look*, *La Repubblica*, *Le Monde* und *The Sydney Morning Herald* erschienen. Derzeit lebt sie als freie Journalistin in Kabul.



Foto: privat

Ich hatte eigentlich nicht geplant, dieses Projekt zu machen. Zu dem Zeitpunkt war ich mit einem anderen Journalisten unterwegs und wir haben an einer ganz anderen Geschichte gearbeitet. Als Frau bekomme ich jedoch dieselben Unterkünfte wie die Soldatinnen. Da ergibt es sich ganz natürlich, dass man ins Gespräch kommt und sich kennenlernt. Irgendwann habe ich sie dann gefragt, ob sie etwas dagegen hätten, wenn ich Fotos von ihnen machen würde. Das war keine Auftragsarbeit und ich war auch nicht bemüht, ein bestimmtes Bild von den Soldatinnen zu zeichnen. Es war einfach Glück, dass ich dieselben Unterkünfte bekommen hatte und im selben Raum schlief.

Als »eingebettete« Journalistin haben Sie mit männlichen und weiblichen Soldaten zusammengearbeitet. Sind Ihnen Unterschiede aufgefallen?

Nein, eigentlich nicht, um ehrlich zu sein. Ich glaube, dass es keine gravierenden Unterschiede gibt. Vielleicht bin ich schon so sehr an das System oder diese Art von Leben gewöhnt, dass ich die Unterschiede nicht mehr bemerke. Ich denke, das ist ganz ähnlich, wie wenn ich gefragt werde, wie es denn ist, als Frau in Afghanistan und Irak unterwegs zu sein und meinen Beruf auszuüben. Ich finde es dann immer sehr schwierig zu antworten. Letztlich ist dies ein Job und die Hauptsache ist, die Arbeit gut zu machen.

Und auch wenn es nicht so viele Soldatinnen gibt, steigt ihre Zahl doch stetig. Natürlich haben sie oft andere Aufgaben. Sie unterscheiden sich auch physisch von den Männern und haben nicht die gleiche Kraft – etwas anderes kann man gar

nicht behaupten. Ich glaube, manchmal machen es die männlichen Kollegen den Frauen schon schwer. Aber die Soldatinnen, die ich kennengelernt habe, würden nie eine Sonderbehandlung aufgrund ihres Geschlechts erwarten. Sie machen das, was von ihnen verlangt wird, und sie möchten sich beweisen. Und wenn einer der Männer abfällig bemerkt: »aber Du bist ja nur ein Mädchen«, dann treibt sie das umso mehr an, so gut wie nur möglich in ihrem Job zu sein.

»In einiger Hinsicht ist es einfacher, eine Frau zu sein, wenn man als Fotografin in Afghanistan unterwegs ist.«

Ein Interview mit Ihnen ist im Magazin Vice unter dem Titel »Army girls can be girly girls« erschienen. Ich finde nicht, dass sich das in Ihren Bildern tatsächlich widerspiegelt. Was denken Sie darüber?

Ich mochte diese Ausdrucksweise auch nicht. Aber man muss schon sagen, dass Soldatinnen durchaus Dinge tun, die stark mit Weiblichkeit assoziiert sind. Wie fast alle Frauen auf der Welt, selbst die in der afghanischen Armee, machen sie sich zum Beispiel Sorgen um ihre Haut und darum, sie vor der Sonne zu schützen. Im Grunde geht es darum, Weiblichkeit zu pflegen. >>

»Es geht darum,
Weiblichkeit zu pflegen.«

Eine der ersten 29 Rekrutinnen der afghanischen Armee im Ausbildungslager in Kabul im Jahr 2010



Als ich zum Beispiel zusammen mit den Soldatinnen der britischen Armee gelebt habe, fiel eine Frau besonders auf: Man kann sie eigentlich als »tomboy« beschreiben, also als ziemlich jungenhaft. Aber alles was sie besaß, das nicht mit der Armee zu tun hatte, war pink: ihre Hülle für den iPod, ihre Waschtasche, ihr Bettzeug. Ich habe eine andere Soldatin gefragt, was sie tut, um ihre Weiblichkeit zu betonen. Und sie sagte: »Ich wasche mir einmal die Woche meine Haare in einem Eimer – das gibt mir ein tolles Gefühl. Und ich achte darauf, dass meine Fingernägel wirklich

sauber sind.« Das sind einige der Dinge, die man beobachten kann. Soldatinnen sind natürlich nicht alle mädchenhaft, aber genauso wenig sind sie alle »Mannsweiber«. Es ist viel komplexer.

Sie haben bereits erwähnt, dass es durchaus ein Vorteil sein kann, eine Frau zu sein, um als Fotograf in Afghanistan zu arbeiten. Sie können im Gegensatz zu männlichen Kollegen auch Frauen aufnehmen. Gibt es weitere Vorteile aus Ihrer Sicht?

Ich glaube, ein weiterer Vorteil ist, dass man we-

niger bedrohlicher wirkt. Ich bin aber nicht sicher, ob das ein Vorteil bei der Arbeit mit dem Militär ist. Vielleicht bin ich jedoch in der Lage, persönlichere Fragen zu stellen. Ich kann einen Soldaten nach seiner Familie, seinem Privatleben und seinem persönlichen Hintergrund fragen, ohne dabei beunruhigend oder zu aufdringlich zu wirken. Und ich versuche, nicht besonders stark oder draufgängerisch zu wirken, wenn ich mit dem Militär arbeite. Im Gegensatz zu einigen männlichen Fotografenkollegen habe ich nicht den Drang zu beweisen, dass ich genauso macho- >>

KRIEGSBERICHTERSTATTUNG

haft und abgehärtet wie die Soldaten bin. Ich bin eigentlich gar nicht *tough*.

Und wie steht es mit Nachteilen und Sorgen um Ihre eigene Sicherheit?

Als westliche Frau in Afghanistan ist man so etwas wie das dritte Geschlecht. Die Menschen nehmen an, dass man sowieso etwas sonderbar ist, als Europäer. Und in vieler Hinsicht gelten andere Regeln für westliche Frauen als für Afghaninnen. Natürlich triffst du einige Sicherheitsvorkehrungen und passt dich an. Du trägst ein Kopftuch und unauffällige Kleidung. Während des Ramadan trinkt man beispielsweise nicht einmal Wasser auf der Straße und raucht auch nicht in der Öffentlichkeit. Insgesamt versuchst du, so unauffällig und harmlos wie möglich zu wirken, um zu zeigen, dass es nichts zu gewinnen gäbe, wenn man dich angreift. Natürlich gehst du immer ein Risiko ein, aber du machst das für eine bestimmte Geschichte oder einen Artikel. Das Risiko gehört dazu.

Kabul ist eine große, lebhaft, kosmopolitische Stadt mit vielen Problemen. Ja, Übergriffe und Überfälle können passieren. Manchmal gerät man in schwierige Situationen. Und manchmal herrscht insgesamt eine unberechenbare Atmosphäre, wie zum Beispiel nach der Koran-Verbrennung im Februar. Damals war das ganze Land in heller Aufruhr. Natürlich ist man als jemand aus einem westlichen Land in größerer Gefahr. Ich werde oft gefragt, wie die Situation vor Ort sei, aber es fällt mir immer schwerer zu erklären, weil viele Dinge für mich irgendwie zur Normalität geworden sind.

Glauben Sie, dass sich durch Ihre Bilder etwas für die Menschen in Afghanistan verändern kann, dass Sie selbst etwas bewirken können?

Nein, das denke ich eigentlich nicht. Ich bin in gewisser Weise sehr zynisch geworden, was die Medien und mein Gewerbe insgesamt angeht. Mit den Bildern der britischen Soldatinnen zum Beispiel war es nicht mein Ziel, etwas zu verändern oder Meinungen zu beeinflussen. Das sind keine politischen Aufnahmen. Sie sind vielleicht aus einer soziologischen Perspektive interessant. Die Strecke »Sisters in Arms: Women in the Afghan National Army« ist, seltsamerweise, zu einem Erkennungsmerkmal für meine Arbeit geworden, weil ich die erste Journalistin war, die Fotos von den ersten Rekrutinnen der afghanischen Armee gemacht hat. Ich habe auch einen Dokumentarfilm über sie gedreht, auch wenn der einen etwas leichteren Ton hat. Ob sich hierdurch etwas ändern wird, das kann ich nicht sagen. Ich glaube, dass das eine Bild von mir, das wirklich etwas bewirkt hat, aus einem afghanischen Frauengefängnis kam.

Die Portraitserie »We Are The Not Dead« könnte wohl etwas bewegt haben, weil sie einen einzigartigen Einblick in das Leben in der Armee gewährt hat. Ich bin den Soldaten sehr nahe gekommen und war in der Lage, ihre persönlichen Geschichten zu erfahren. Aber ich bin mir nicht sicher, ob diese Bilder tatsächlich etwas ändern. Wir leben in einer Zeit – zumindest kann ich hier für Großbritannien sprechen – in der man sich fragen muss, ob die Menschen überhaupt noch aufnahmefähig genug sind, damit Fotos etwas bewirken können. <<<<

»Wir leben in einer Zeit, in der man sich fragen muss, ob die Menschen überhaupt noch aufnahmefähig genug sind, damit Fotos etwas bewirken können.«

Quellen und Links:

[Website von Lalage Snow](#)

[Interview mit Lalage Snow im kanadisch-amerikanischen Szene-Magazin *Vice* am 9. Mai 2012](#)

[Bericht über afghanische Frauengefängnisse von Human Rights Watch vom 29. März 2012](#)

[Fotostrecke »We Are The Not Dead« im *Telegraph* vom 13. Januar 2012](#)

Das Ende eines Männerclubs?

von Wiebke Söhrens



Auswahlkurs am John F. Kennedy Special Warfare Center der US-Armee in Fort Bragg, North Carolina für die Kandidatinnen des »cultural support program«

Foto: US Army / Russell Lee Klika

Theoretisch können sich Frauen seit 2001 für alle Laufbahnen der Bundeswehr bewerben. Realistischer betrachtet war dies jedoch erst zehn Jahre später der Fall: Seither steht ihnen die Tür zum »Kommando Spezialkräfte« durch erleichterte Aufnahmebedingungen offen.

Aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA und anderswo bleiben Soldatinnen de facto weiter von den Kernaufgaben der Spezialeinheiten ausgeschlossen.

>>

SPEZIALEINHEITEN

>> Spezialeinheiten sind die Elite von Streitkräften weltweit. Sie sind das, so scheint es, was man unter »Militär« insgesamt vor der Integration von Frauen verstand: ein exklusiver Männerclub. Egal ob »Kommando Spezialkräfte«, »US Army Special Forces«, »Spetsnaz« oder »Sayeret Matkal«, alle scheinen dem unausgesprochenen Motto »Nichts ist unmöglich« zu folgen. Sie sind bekannt für ihre

besonders harten Aufnahmeverfahren, die Maskulinität überbetonen. Der Gedanke, Frauen in eine Spezialeinheit zu integrieren, wirkt ungewöhnlich, wenn man die traditionelle Zusammensetzung dieser besonderen Organisationen bedenkt.

Eine der wohl bekanntesten solcher Truppen ist der britische »Special Air Service« (SAS). Ge gründet im Zweiten Weltkrieg gehören zu dieser

Ziel des Auswahlverfahrens sei es laut US Army, einen Personalpool von Soldatinnen aufzubauen, die ganz darauf »erpicht sind, mit Spezialeinheiten des Heeres zu dienen«.

Foto: US Army / Russell Lee Klika



Einheit heute rund 500 Mann. Jeder der Elite-Soldaten ihrer meist sechsköpfigen Einsatzteams besitzt nicht nur spezielle Fähigkeiten wie ausgezeichnete Fremdsprachenkenntnisse, medizinisches Notfallwissen oder andere Zusatzqualifikationen und Expertenwissen, sondern unterscheidet sich von den übrigen 107.000 regulären britischen Armeeingehörigen zudem auch noch in

Soldatinnen werden ihr Image als Friedenstaube nur schwer abschütteln können ...

seiner herausragenden physischen und psychischen Verfassung.

Der britische Einsatz gegen malaysische Aufständische zwischen 1948 und 1960 zum Beispiel war für die Soldaten des SAS körperlich sehr herausfordernd – zum einen aufgrund der Lage des Kampfgebietes mitten im tropischen Urwald, zum anderen wegen des langen Zeitraums, in dem sie ihre Missionen erfüllen sollten. Mit anderen Worten: Eliteeinheiten wie der SAS sind regelmäßigen Bedingungen ausgesetzt, die sie körperlich äußerst fordern, während sie gleichzeitig über keine gesicherte Versorgungskette verfügen. Extremsituationen für Geist und Körper, die die bereits erwähnten anspruchsvollen physischen Aufnahmestests rechtfertigen.

>>

SPEZIALEINHEITEN

Betrachtet man generelle Argumente gegen Frauen in Streitkräften, wird deutlich, weshalb ihnen der Zugang besonders zu Spezialeinheiten bislang verweigert wurde. Der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld gilt als vehementer Gegner von Frauen im Militär und widmete diesem Thema sein kontroverses Buch »Men, Women and War«. Er führt vor allem die im Durchschnitt geringere körperliche Leistungsfähigkeit von Frauen an und behauptet zudem, dass Männer dazu neigen würden, in einer Kampfsituation ihre eigene Sicherheit zu vernachlässigen, um ihre weiblichen Kameraden zu schützen. Van Creveld reduziert die Rolle von Soldatinnen auf Aufklärung, Sanitätsdienst und Logistik.

Die amerikanische Politologin und Feministin Laura Sjoberg, Autorin von »Mothers, Monsters, Whores«, sieht in solchen Stereotypisierungen von Frauen im militärischen Dienst ein grundlegendes Problem. Vor allem ihre natürliche Rolle als Mutter, so Sjoberg, sei verantwortlich für die Marginalisierung von Frauen in Streitkräften und in weiten Bereichen der Sicherheitspolitik. Sie gälten gemeinhin als friedvoll und »unschuldig«, weshalb es für die Kritiker von Gleichberechtigung im Militär unmöglich sei, Frauen als Teilnehmerinnen an gewaltvollen Handlungen zu sehen – was im Kontrast zu deren Image als »Lebensspenderinnen« stehe.

Trotz dieser vorbelasteten Traditionen und verkrusteten Grundeinstellungen scheint nun selbst dieses letzte Überbleibsel von männlicher Exklusivität zu verschwinden: Seit verganginem Jahr trainieren die »Special Forces« der US-Armee auch Frauen für die eigenen Reihen, und das



Der Selektionskurs des »cultural support program« soll ein kombinierter physischer und psychischer Test sein, der die Kandidatinnen bewusst mit ambivalenten Aufgaben konfrontiert.

Foto: US Army / Russell Lee Klika

»Kommando Spezialkräfte« (KSK) der Bundeswehr will ebenso Soldatinnen für seine Sonderaufgaben rekrutieren. Gerade das Porträtieren der Frau als »Friedenstaube« ermöglicht die Einbeziehung der Frau in die Spezialeinheiten.

Die Erklärung für den Meinungsumschwung in Pentagon und Bendlerblock liegt im zermürbenden Krieg am Hindukusch. Unter Ausschluss von Frauen im Militär ist es nahezu unmöglich, diesen

Einsatz durchzuführen. Für einen männlichen Soldaten ist es, gerade in einem muslimischen Land, unangebracht, eine Frau zu berühren; Personenkontrollen, wie etwa bei Razzien oder gezielten Zugriffen, werden erschwert, beziehungsweise es ist nahezu unmöglich, sie friedlich von statten gehen zu lassen. Zudem kann die »Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe« die Sympathie der Bevölkerung nicht gewinnen, wenn sie nur mit >>

SPEZIALEINHEITEN

der Hälfte der Bevölkerung effektiv interagieren kann – wie schon der australische »Counterinsurgency«-Berater David Kilcullen in Bezug auf den Irakkrieg festgestellt hatte.

Zu dieser Erkenntnis gelangte inzwischen das Bundesverteidigungsministerium und bildet deshalb in diesem Jahr erstmals Frauen für das KSK

Elite stürmt das Gebäude, während die weibliche Elite zu den Frauen eilt und deeskaliert.

Werden Frauen über dieses »Afghanistan-Modell« hinaus, also etwa auch nach einem eventuellen Ende des ISAF-Einsatzes, in Spezialeinheiten bleiben können? Werden sie sich ebenso etablieren wie in den übrigen Laufbahnen? Wenn

... aber gerade das Porträtieren der Frau als »Friedenstaube« ermöglicht ihre Einbeziehung in die Spezialkräfte.

aus. Ihre Aufnahme in die Truppe beruht hauptsächlich auf der Annahme ihrer quasi »naturgegebenen« deeskalierenden Wirkung. Sie werden für ein spezielles Ziel trainiert, nämlich einen wichtigen Anteil am »Gewinnen der Herzen und Köpfe« der weiblichen Bevölkerung in Afghanistan zu haben. Folgt man dieser Logik, heißt dies konkret: Findet nun eine Razzia in Afghanistan statt, wird diese weniger konfliktiv ablaufen als bisher, da Soldatinnen sich um die Zivilistinnen kümmern.

Die Frage ist, ob sich dieser Ansatz, der aus den beschriebenen Vorurteilen entstanden ist, in der Praxis bewähren wird. Die US-Armee bleibt jedenfalls bei ihrer »combat exclusion policy«: Die weiblichen Friedensspezialistinnen begleiten nur während Zugriffen die »echten« Spezialeinheiten, wie Special Forces oder Rangers. Die männliche

Frauen einzig und allein aufgrund ihres Deeskalationspotentials aufgenommen werden, gibt es höchstwahrscheinlich keine Zukunft für Frauen in Spezialeinheiten nach Abschluss des Einsatzes am Hindukusch.

Solange Frauen lediglich aufgrund ihrer angenommenen deeskalierenden Wirkung in Spezialeinheiten aufgenommen werden und nicht aufgrund ihrer Leistungen, haben sie weder als Soldatin in der Truppe noch in den Elitetruppen einen gleichgestellten Platz. Erschwerend kommt hinzu, dass Soldatinnen nur dank erleichterter Aufnahmebedingungen in die militärische Elite aufgenommen werden. In den männerbündischen Organisationen werden sie vermutlich kaum als ebenbürtig angesehen.

Im »Afghanistan-Modell« qualifiziert sich die Elitesoldatin aufgrund ihres Geschlechts und

nicht aufgrund ihrer persönlichen Fähigkeiten. Es scheint paradox: Auf der einen Seite wollen die Entscheidungsträger in Bundeswehr und US-Armee den Frauen entgegen kommen, indem man ihre physiologische »Unterlegenheit« in Betracht zieht und für sie die sportlichen Aufnahmebedingungen der Spezialeinheiten lockert. Auf der anderen Seite ist aus eben diesem Grund die Gleichstellung der Frau im Militär wohl niemals zu erreichen. <<<<

Wiebke Söhrens hat »Intelligence & Strategic Studies« an der Universität Aberystwyth studiert und ist Mitbegründerin der »Platform on Gender in International Security«.

Quellen und Links:

Anna C. Coll: »Evaluating Female Engagement Team Effectiveness in Afghanistan«. Honor Thesis des Wellesley College vom April 2012

Bericht des Spiegel vom 12. November 2011

Reportage der Washington Post vom 27. Oktober 2011

Fotoreportage der Washington Post vom 24. Oktober 2011

Bericht der Welt vom 20. Mai 2008

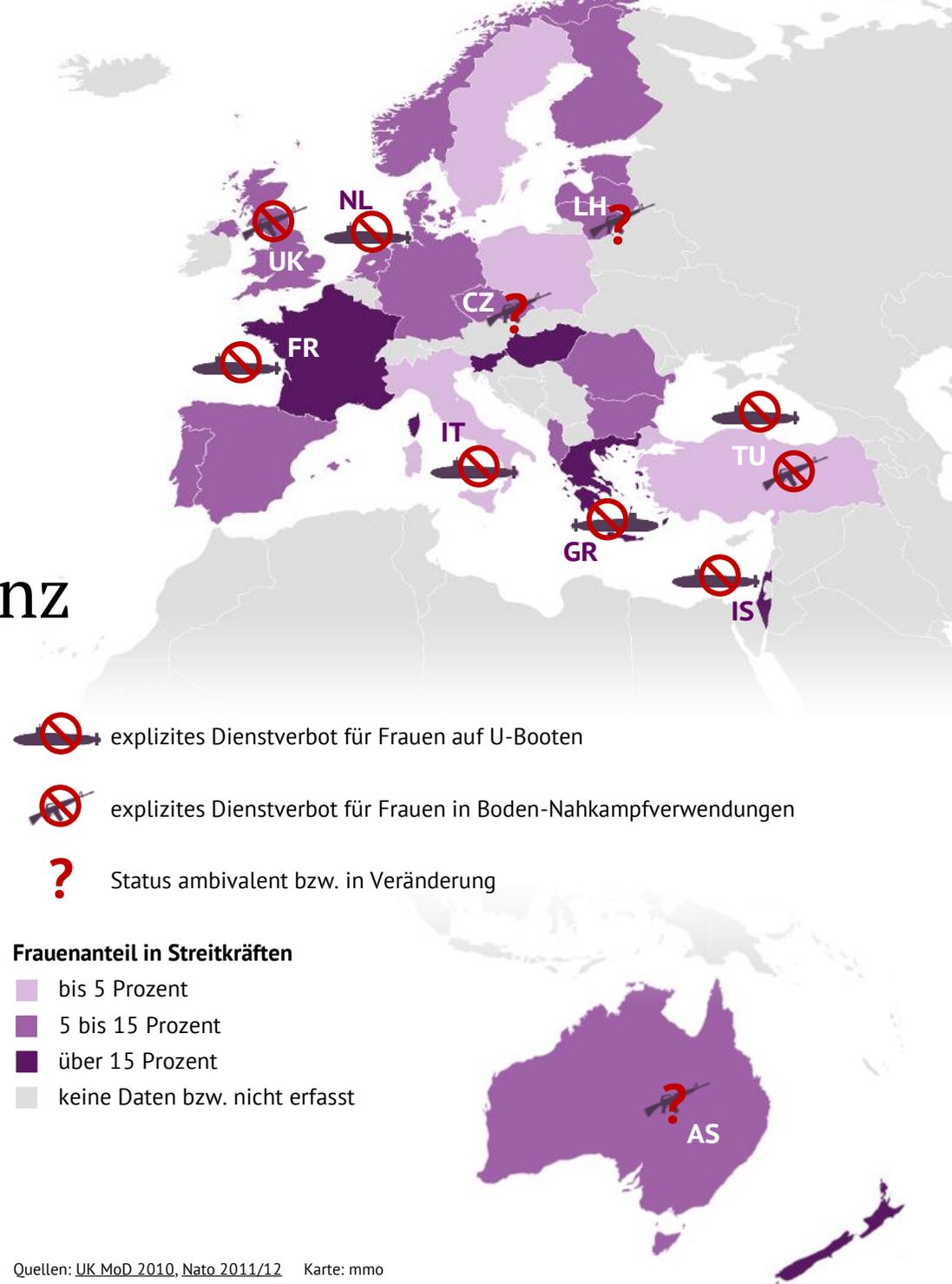


Eine immer gerechtere Allianz

Dem »Komitee für Genderperspektiven« der Nato berichten die meisten Mitgliedsstaaten jährlich über den Fortschritt der Gleichberechtigung der Geschlechter in ihren Streitkräften. Ganz wenige äußern sich so deutlich wie Litauen: Es gebe »kulturelle Hürden«, die den Eintritt von Frauen in die Marine oder die Spezialkräfte verhindern würden. Die Tendenz aber ist eindeutig: Bei den meisten Partnern stehen Frauen nominell 100 Prozent der militärischen Verwendungen offen – wenn sie die physischen Einstellungskriterien der jeweiligen Truppengattung erfüllen. Das sorgt dafür, dass etwa Frankreichs Militär einen Frauenanteil von 15 Prozent hat, unter der leichten Infanterie sich aber nur 3,5 Prozent Infanteristinnen befinden. In der Allianz hat Ungarn den höchsten Anteil Soldatinnen: 20 Prozent. Schlusslicht ist die Türkei mit 0,3 Prozent.

Das britische Verteidigungsministerium ließ 2010 einen Vergleich mit Partnern in und außerhalb der Nato anfertigen, um seine Entscheidungsfindung zur Gleichberechtigung zu unterstützen. Bis heute dürfen sich Frauen nur auf 70 Prozent der Verwendungen im britischen Heer bewerben. Aber seit diesem Jahr entfällt einer der auffälligsten Indikatoren für Gleichberechtigung auch bei der Royal Navy: das Verbot für Frauen auf U-Booten zu dienen.

mmo



Nordische Vorbilder

von Oliver Teige

In Schweden und Finnland spielten Frauen zur Landesverteidigung im 20. Jahrhundert eine elementare strategische, aber auf Fürsorge und Unterstützung beschränkte Rolle. Das hat sich mit dem Ende des Kalten Krieges geändert: Ein neues Sicherheitsverständnis und die Konsequenzen, die daraus für westliche Interventionsstreitkräfte resultieren, scheinen weibliche Soldaten über ihre bisherigen »Etappenfunktionen« hinaus auch für operative Einsätze unabdingbar zu machen.

Das trifft gerade auf Schweden zu, dass sich seit langem stark an internationalen Friedensmissionen beteiligt. Dabei ist die »Lottabewegung« die Vorhut für die Gleichstellung in der schwedischen Verteidigungspolitik.

>>

Militärische Grundausbildung in der schwedischen Frauen-Verteidigungsorganisation.

Foto: Svenska Lotta Kären / Stefan Ed



>> **Astrid Lindgrens** »Pippi Langstrumpf«, 1945 erschienen, ist gewiss eines der bekanntesten emanzipatorischen Werke Skandinaviens. Namensgeber für eine Organisation, die Frauen gleichberechtigt in Militär und Kriegsgeschehen einbindet sowie traditionelle Rollenverteilungen in Streitkräften anfechtet, war aber eine viel ältere nordische Erzählung. In Johan Ludvig Runebergs finnisch-schwedischem Nationalepos »Fänrik Ståls Sägner – Die Erzählungen des Fähnrichs Stål Sägner« aus dem Jahr 1848 zieht die Finnin Lotta Svärd zusammen mit ihrem Mann in den russisch-schwedischen Krieg von 1808/09. Nachdem ihr Gatte gefallen ist, entscheidet sich Svärd dazu, auf dem Schlachtfeld zu bleiben und sich um die Verwundeten des Krieges zu kümmern.

In Anlehnung an die Taten der fiktiven Lotta Svärds entstand nach der Unabhängigkeitserklärung Finnlands von Russland 1917 auf Betreiben des Staatschefs Marschall Carl Mannerheim eine gleichnamige Organisation, die rasch an Popularität gewann. Bis 1944 waren 242.000 Finninnen Mitglied in dieser Freiwilligenorganisation. Sie übernahmen während des Winterkrieges 1939/1940 und des »Fortsetzungskrieges« 1941-1944 gegen die Sowjetunion Aufgaben, die von den einberufenen Männern nicht mehr übernommen werden konnten; sie arbeiteten in Lazaretten, als Luftschutzhelferinnen und in anderen Unterstützungstätigkeiten. Sechs Jahre nach der finnischen

Gruppe gründete sich 1924 auch in Schweden der »Riksförbundet Sveriges Lottakårer – Reichsverband der schwedischen Lotta-Vereinigungen«.

Kurz auch »Lottarörelsen« (»Lottabewegung«) genannt, ist die Gruppierung heute eine von achtzehn auf freiwilliger Teilnahme basierenden

tungen für die Streitkräfte. Neben Tätigkeiten wie Stabsarbeit oder Feldküchendienste, durch welche männliche Soldaten für kämpfende Verbände freigestellt werden sollten, wurden unter anderem auch 53.000 finnische Flüchtlingskinder von Lottas betreut. Gegen Ende des Krieges waren über

Eine fiktive Heldin wurde Vorbild für hunderttausende Finninnen und Schwedinnen.

Verteidigungsorganisationen der schwedischen Heimwehr, der »Hemvärnet«. Im Verteidigungsfall soll sie den Schutz wichtiger Infrastruktur übernehmen, wie zum Beispiel den Objektschutz von Flughäfen, Raffinerien oder Brücken. Seit dem 19. Jahrhundert und auf Grundlage der strikten Neutralitätspolitik basiert ein Teil der schwedischen Verteidigungsstrategie auf diesem Milizsystem nach Schweizer Vorbild.

Die Lottabewegung hatte ihre Hochzeit während des Zweiten Weltkrieges. Das Schicksal der beiden skandinavischen Nachbarn Dänemark und Norwegen vor Augen befürchteten auch die Schweden eine Invasion durch die deutsche Wehrmacht. Die »Lottas« übernahmen in dieser Zeit ähnlich wie in Finnland Unterstützungsleis-

110.000 Schwedinnen freiwillige Mitglieder der Lottabewegung. Jedoch führte ihr starkes Engagements für die Landesverteidigung nicht dazu dass sich die traditionelle Rollenverteilung änderte. Ein Einsatz der Frauen in kämpfenden Verbänden war weiterhin nicht vorgesehen.

Während des Kalten Krieges begann die Blütezeit der Sozialdemokratie in Schweden und damit einhergehend auch verstärkte Gleichstellungsbestrebungen in der Gesellschaft. Als Frauenorganisation trugen die Lottas nun auch dazu bei, traditionelle Frauenrollen, insbesondere im Militär, aufzubrechen: Während der 1960er und 1970er Jahre forderten sie, alle militärischen Laufbahnen auch für Frauen zu öffnen. Ein erstes Etappenziel wurde 1979 erreicht, als die Luftwaffe erstmals >>

Frauen zur Offizierslaufbahn zuließ, wobei es jedoch bis 2011 dauern sollte bis die erste Frau zur Kampfpilotin ausgebildet wurde. Die Durchlässigkeit der anderen Teilstreitkräfte wurde schrittweise erweitert, bis Frauen 1989 schließlich alle Laufbahnmöglichkeiten in allen Teilstreitkräften offen standen. In der deutschen Bundeswehr indes wurden Laufbahnen außerhalb des Sanitätsdienstes erst 2001 für Frauen geöffnet.

Wie sehr die Lottabewegung, neben anderen Frauenorganisationen, in der Landesverteidigung auch die Rolle von Frauen in den schwedischen Streitkräften beeinflussen, untersucht die Politikwissenschaftlerin Annica Kronsell von der Universität Lund. In ihrer jüngst erschienenen Studie »Gender, Sex, and the Postnational Defense« zeichnet sie am Beispiel ihres Heimatlandes das langsame Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen in den Streitkräften im Zuge eines veränderten Sicherheitsbegriffs nach Ende des Kalten Krieges nach.

Sie beginnt mit dem 2008 verstorbenen, amerikanischen Soziologen und Historiker Charles Tilly: Klassische Wehrpflichtarmeen, wie sie in Europa lange Zeit Bestand hatten, seien ihm zufolge ein Ergebnis des Nationenbildungsprozesses vergangener Jahrhunderte. Es handele sich um ein »Tauschgeschäft«, bei dem Männer ihre Kampfkraft zur Verfügung stellen, um die »Nation«, das heißt die kulturelle Gemeinschaft,

Zivile Ausbildung für die »Lottas«: Die Organisation unterrichtet auch Schwedens Peacekeeperinnen.

Foto: Svenska Lotta Kåren / Andreas Dybeck

zu verteidigen, und dafür politische Partizipationsrechte erhalten. Für Frauen war die Rolle des »Beschützers« nicht vorgesehen, vielmehr sollte das »schwache«, das »schöne« Geschlecht die Rolle des Zu-Beschützenden einnehmen und die Reproduktion der Nation sicherstellen.

Die Feministin Kronsell argumentiert nun, dass diese männliche Codierung des Militärs den Zugang von Frauen zum Dienst an der Waffe verhindere. Die Norm sei bislang, dass sich Militär ausschließlich aus heterosexuellen Männern zusammensetze. Dies werde damit begründet, dass Frauen oder Homosexuelle sich negativ auf die Kampfkraft auswirken könnten. Kampfkraft wiederum werde unter anderem durch den Willen zum Kämpfen, die Motivation, bestimmt.

Untersuchungen wie schon »Cohesion and Disintegration in the Wehrmacht in World War II« von Edward Shils und Morris Janowitz aus dem Jahr 1948 belegen, dass eine der Hauptmotivationen zur Teilnahme am Kampf im Zusammenhalt der sogenannten »kleinen Kampfgemeinschaft« ruht. Nach ihren Motivationen für das fortgesetzte Kämpfen in den letzten Jahren des Krieges, in denen die Niederlage bereits absehbar war, gefragt, antworteten viele Wehrmachtssoldaten sinngemäß, dass sie nicht für den nationalsozialistischen ideologischen Überbau gekämpft hätten, sondern allein um das Leben ihrer Kameraden zu schützen.



>>

Dieser Zusammenhalt, die Kameradschaft, wird im Militär gefördert und gepflegt, um die Motivation zum Kämpfen aufrecht zu erhalten. Die Befürchtung, dass Frauen oder beispielsweise homosexuelle Männer diese Kampfgemeinschaft »aufbrechen« könnten, war für lange Zeit ein Grund, sie vom Militärdienst auszuschließen.

Wie jedoch spätestens eine Studie von Lieutenant Colonel Henderson Baker vom US Army War College 2006 zeigte, entbehrt diese Annahme jeglicher Grundlage. Im Gegenteil: Frauen können in Streitkräften einen positiven Einfluss haben, wie Kronsell argumentiert. Ihr zufolge

die »humanitäre Sicherheit«, wie etwa im UN-Konzept der »Responsibility to Protect« verankert – international eine höhere Priorität erhalten.

Insbesondere die Streitkräfte solcher Mittel-mächte wie Kanada, Niederlande oder die nordischen Staaten leiten ihre Daseinsberechtigung mittlerweile vornehmlich aus Peacekeeping-Missionen ab. Es hat sich gezeigt, dass weibliche Peacekeeper durch das Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen maßgeblich zum Erfolg von Operationen, insbesondere in patriarchalisch geprägten Einsatzländern beitragen. Das schwedische ISAF-Kontingente setzte 2006 das Military

dazu beitragen können, dass ISAF weitere Teile der afghanischen Gesellschaft erreicht; es habe sich auch erwiesen, dass weibliche Peacekeeper in Gesprächen mit männlichen Afghanen zu einer offenen Gesprächsatmosphäre beitragen. Das, obwohl ein besonders traditionelles Geschlechterbild vieler afghanischer Männer auch dazu führen kann, dass weibliche Peacekeeper von einheimischen Männern nicht in gleichem Maße akzeptiert werden könnten wie ihre männlichen Pendanten. Dennoch tragen weibliche Soldaten in Einsatzkontingenten dazu bei, nicht nur weibliche Stereotype innerhalb der eigenen Streitkräfte aufzubrechen, sondern auch die weibliche Bevölkerung der Einsatzländer für den Erfolg von Missionen zu integrieren.

Diese gewünschte Integration von Frauen in friedensschaffende und friedenserhaltende Missionen soll die vom UN-Sicherheitsrat im Jahr 2000 verabschiedete Resolution 1325 fördern. Schweden hat mit Charlotte Isaksson eine eigene Gender-Beraterin im Generalstab, die mit der Umsetzung der Resolution in den schwedischen Streitkräften beauftragt ist. Die Offizierin der Artillerietruppe studierte Sozialwissenschaften mit einem Schwerpunkt Gender-Beziehungen und wurde später eine der Mitverfasserinnen des EU-Projekts »GenderForce«, das die Implementation der Sicherheitsratsresolution 1325 in Operationen im Ausland vorantreiben soll. >>

Schwedische Soldatinnen sind deutschen um dreizehn Jahre voraus.

träten Streitkräfte vieler westlicher Länder in eine post-nationale, »kosmopolitische« Phase ein, in der ihr Hauptauftrag nicht länger in der territorialen Verteidigung der »Nation« liege, sondern sie ihre Legitimation durch Aufträge im Rahmen eines erweiterten Sicherheitsbegriffes erhielten. Durch den Wegfall der, angenommenen oder realen, territorialen Bedrohung seit Ende des Kalten Krieges hat der Schutz von Menschenrechten –

Observer Team (MOT) »Juliette« ein, das ausschließlich aus Soldatinnen bestand. Es hatte den Auftrag, Kontakt zur weiblichen afghanischen Bevölkerung aufzubauen – denn die traditionellen Geschlechterrollen in Afghanistan verbieten es einheimischen Frauen, mit fremden Männern zu reden.

Wie ein Bericht der schwedischen Verteidigungsakademie zeigt, habe »Juliette« nicht nur

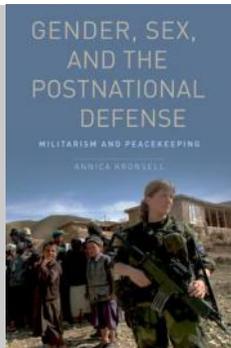
Auch Isaksson hält die Rolle der Lottas bei der Herstellung eines ausgewogeneren Geschlechterverhältnisses in den schwedischen Streitkräften für bedeutend. Und unterstreicht im Verbandsmagazin *Lottanytt*: »Viele Soldatinnen wurden durch ihre Mitgliedschaft bei den Lottas und Erfahrungen, die sie dort gewonnen haben, erst zum Dienen in den Streitkräften ermutigt.«

Die Lottas indes sind im Jahr 2012 nicht länger nur wie in ihren Gründungsjahren mit dem Kochen von Erbsensuppe in Feldküchen oder dem

Stricken von Winterkleidung beschäftigt. Heute können Schwedinnen in der Organisation eine vormilitärische Ausbildung erhalten, die nun auch Waffenausbildung beinhaltet, und nach Wunsch im Anschluss in die Wehrüberwachung der schwedischen Streitkräfte übernommen werden. Zudem bildet die Vereinigung im Rahmen von »GenderForce« auch die Frauen aus, die an Peacekeeping-Missionen teilnehmen, und leitet das Projekt »Ögat« (»das Auge«), mit dem sexuelle Gewalt als Mittel der Kriegführung bekämpft

werden soll. Die Lottas betrachten sich selbst als erfolgreiches Beispiel für eine zivilgesellschaftliche Freiwilligenorganisation, die dazu beiträgt, die traditionellen Rollenbilder aufzubrechen und neue Impulse für Streitkräfte des 21. Jahrhunderts zu liefern. <<<<

Oliver Teige *studiert im Masterstudiengang »Politics and International Studies« an der Universität Uppsala, Schweden.*



Annica Kronsell

»Gender, Sex, and the Postnational Defense. Militarism and Peacekeeping«

Oxford (Oxford University Press) 2012, 192 Seiten, 45,00 GBP

Die Universitätsprofessorin aus Lund beleuchtet die Rolle von Geschlechterverhältnissen in Streitkräften – vor dem Hintergrund des veränderten Sicherheitsverständnisses und vermehrten internationalen Friedenseinsätzen nach Ende des Kalten Krieges; mithin unter Bedingungen einer Verteidigungspolitik, die sie als »postnational« beschreibt. Schweden und sein Militär dienen der Politologin als Beispiel, wie die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 umgesetzt werden kann. Dabei vertritt Kronsell entgegen gängiger feministischer Lesart den Ansatz, dass eher Gender-Bewusstsein anstatt -Parität in Streitkräften anzustreben sei. Auch bezweifelt sie, dass »Feminismus« stets mit Anti-Militarismus gleichgesetzt werden müsse.

Quellen und Links:

Sophia Ivarsson und Lina Edmark: »Utlandsstyrkans internationella insatser ur ett genusperspektiv« (»Internationale Operationen aus Genderperspektive«). Bericht an der schwedischen Verteidigungsakademie vom 31. Dezember 2007 (Dokument auf Schwedisch)

Henderson Baker: »Women in Combat – a cultural issue?« Masterarbeit am US Army War College vom 15. März 2006

Webpräsenz der »Svenska Lottakåren« (englische Fassung)

»Armeen öffnen sich für Frauen aus schierer Not und Nachwuchssorgen«

Interview: Katharina Höne und Michael Seibold

Für Genderforscherin **Jennifer Mathers** sind Verweise auf die Leistungen von Soldatinnen oft nur Lippenbekenntnisse. Auch die Erhöhung des Frauenanteils in den Streitkräften sei kein Zeichen für ein Umdenken der Militärs oder des Glaubens, dass Frauen und Männer gleichwertige Soldaten sind. Oft fehlt es einfach an ausreichend männlichen Bewerbern. Mathers will hinterfragen, was ein Soldat und was eine Frau zu sein haben. Die Antwort könne die Sicht auf die Welt grundlegend ändern.

ADLAS: Frau Mathers, einer Ihrer akademischen Arbeitsschwerpunkte ist das Thema Frauen im Militär und im Krieg. Worin liegt für Sie die Bedeutung dieser Forschung?

Jennifer Mathers: Es ist, als ob Sie durch ein Mikroskop schauen und auf einmal sehen, dass ein vermeintlich klarer Tropfen Wasser voller Leben steckt. Dann denken Sie: Wow, das ist mir ja noch nie aufgefallen! Bei Gender ist es genauso; sobald Sie anfangen, danach Ausschau zu halten, dann fallen Ihnen Dinge auf, die Sie vorher gar nicht wahrgenommen haben weil es uns normal schien, beim Wort Soldaten an Männer zu denken und nicht an Frauen. Wenn Sie Ihr Blickfeld aber um die Genderperspektive erweitern, dann ändert es die Art, wie sie die Welt insgesamt wahrnehmen, genauso wie eine Betrachtung des Militärs unter Gesichtspunkten wie soziale Klasse oder Ethnizität das tut.

Ihnen fehlt ganz einfach ein erheblicher Teil, wenn Sie Frauen bei der Betrachtung von Kriegen

und des Militärischen außen vor lassen. Es ist, als ob Sie Scheuklappen tragen und damit verpassen, was außerhalb Ihres engen Sichtfeldes vorgeht. Die amerikanische Forscherin Cynthia Enloe hat die klassische Frage gestellt: »Wo bleiben die Frauen?« Wenn wir diese Frage bei der Betrachtung von Kriegen und Militärs stellen, dann können wir viel lernen. Nicht nur über Frauen – was sie sind und was sie nicht sind –, sondern auch darüber, was Männer machen und über verschiedene Rollenmuster im Krieg und Militär: die ruhmhaften und diejenigen, die wir allzu schnell vergessen.

Sie haben die Reden von US-Präsident George W. Bush von den Anschlägen des 11. September bis zum Ende seiner Amtszeit aus der Sicht der Frauen- und Geschlechterforschung, analysiert. Was haben Sie daraus gelernt?

George Bush hat sich in all seinen Reden immer eines sehr klischeehaften Rollenverständnisses von Männern und Frauen bedient. So hat er zu- >>

FORSCHUNG

nächst die afghanischen – und später dann auch die irakischen – Frauen als Opfer dargestellt. Opfer, die von tapferen US-Soldaten gerettet werden mussten. Bush hat dabei niemals etwa den Widerstand gewürdigt, den Afghaninnen gegenüber den Taliban lange Jahre geleistet hatten. Für ihn war es eine einfache Sache: die afghanischen Frauen waren so lange versklavt, bis sie die amerikanischen Soldaten befreiten.

Wie ist Bush dabei aber auf weibliche Soldaten eingegangen?

Viele seiner Reden hat Präsident Bush an militärische Publikum gerichtet. Beispielsweise bei den traditionellen Reden an die Abschlussklassen der Militärakademie Westpoint, oder bei Truppenbe-

schichte eines Soldaten zu erzählen, um daraus Schlüsse auf das große Ganze zu ziehen – sein liebstes rhetorisches Werkzeug –, dann war dieser beispielhafte Soldat immer ein Mann.

Wie hat Präsident Bush diejenigen Soldatinnen dargestellt, auf die er tatsächlich in seinen Reden eingegangen ist?

Es ist sehr klar, dass für Bush das, was einen richtigen Soldaten ausmacht, männlich ist. Als Kriegerinnen hat Bush weibliche Soldaten nie erwähnt; wenn überhaupt, dann in Zusammenhang mit Aufgaben, die nicht soldatisch sind, beispielsweise, wenn er lobte wie sie unter den afghanischen Kindern Süßigkeiten verteilten und sich generell mit Kindern beschäftigten.

»Es ist klar, dass für George W. Bush das, was einen richtigen Soldaten ausmacht, männlich ist.«

suchen in Afghanistan. Auf den offiziellen Fotos zu diesen Reden, ist der Präsident oft umringt von weiblichen Soldaten – Sie finden sie noch heute auf der Webseite des Weißen Hauses. In den eigentlichen Reden hat er aber dann kaum mehr als Lippenbekenntnisse gegenüber »our men and women in uniform« gemacht. Oft war das der einzige Teil in der Rede, in der er sich auf weibliche Soldaten bezog. Wenn es Bush darum ging, die Ge-

Und wie sah er die Rolle von Frauen im »War on Terror«?

In seinen Reden gibt es den typischen, maskulinen Held: der männliche amerikanische Soldat, der nach Afghanistan und in den Irak geht, um dort die Freiheit zu verteidigen und seine Landsleute daheim zu beschützen. Es gibt dazu einen femininen Gegenpart: der Held oder die Heldin an >>



Foto: Aberystwyth University

JENNIFER MATHERS

hat in den USA und in England studiert und wurde an der Oxford-Universität promoviert, ihre Dissertation befasst sich mit sowjetischer und russischer Raketenabwehr von Josef Stalin bis Boris Jelzin. Seit 1992 arbeitet sie an der Universität Aberystwyth in Wales, wo sie heute Senior Lecturer am Fachbereich Internationale Politik ist. Ihre Arbeit konzentriert sich auf Geschlechterfragen und Sicherheitspolitik, Frauen und Kriegführung, sowie Russlands Politik und Sicherheitspolitik.

der Heimatfront. Diese Helden bleiben zu Hause, sie bringen Kindern lesen bei, oder helfen Kranken und Alten. Diese Helden sind in Bushs Reden zwar nicht immer Frauen, aber Bush beschreibt damit eine für ihn sehr feminine Rolle und oft redet er dabei tatsächlich von einer Heldin. In den Reden gibt es eine klare Trennung zwischen den Geschlechterrollen. Auf der einen Seite der starke Mann, der hinaustritt in die weite Welt und die Schwachen beschützt; auf der anderen Seite die Frau, die zu Hause bleibt und häusliche Sachen macht, die kocht und auf die Kinder aufpasst.

Was ist auf der anderen Seiten mit den »Bösewichten«? Wie ist Bush mit Frauen umgegangen wie zum Beispiel Lynndie England, die mit den Folterfotos aus dem irakischen US-Militärgefängnis Abu Ghraib traurige Berühmtheit erlangte?

Das ist das Gegenstück der positiven Weiblichkeit in Bushs Verständnis; für ihn scheinen Frauen gar nicht genug Handlungsfähigkeit zu besitzen, um richtig böse zu sein. Manchmal erwähnt er die Selbstmordattentäterinnen. In diesen Fällen nimmt Bush fast eine väterliche Rolle ein: die Frauen waren jung und ließen sich verführen, sie wussten gar nicht, was sie taten; sie hatten gar nicht die Fähigkeit, aus sich heraus böse zu sein, aber ihnen blieb keine Wahl. Was Abu Ghraib angeht, so tauchen die Vorfälle nur ein- oder zweimal in den Reden auf, und dann auch nur in groben Zügen. Auf jeden Fall hat Bush nie das Tabu gebrochen, über Frauen als Täterinnen zu reden, die Schmerzen verursachen und andere erniedrigen.

Hat sich die Rhetorik des Weißen Hauses mit dem Amtsantritt Barack Obamas geändert?

Ich hätte erwartet, dass sich die Rhetorik von Obama in der Tat von Bush unterscheidet, aber ich habe erstaunliche Kontinuitäten gefunden. Zwar erwähnt Obama weibliche Soldaten wesentlich öfter, er konzentriert sich aber fast genauso

wie Bush auf deren persönliches Leben, nicht auf deren Beruf. Zum Beispiel betont er die Gründe, warum junge Frauen ins Militär eintreten: um Geld für die Familie zu verdienen und um ihren Kindern ein Vorbild zu sein. Wenn er ähnliche Geschichten über Männer erzählt, dann stellt auch Obama deren heroische Pflichten in den Vordergrund.

Auch Obamas Umgang mit Verwundeten ist ähnlich. Spricht er von Frauen, dann nutzt er oft den Passiv: Ihr Hubschrauber wurde abgeschossen. Bei männlichen Verwundeten hingegen ist seine Sprache im Aktiv: Der verwundete Soldat hat dann etwa »den Angriff gegen die feindlichen Stellungen tapfer angeführt«. Im Vergleich zu Bushs Reden sind das zwar subtile Unterschiede, ich finde sie aber sehr aufschlussreich.

Sie haben auch das russische Militär und dessen Umgang mit den Problemen nach dem Ende der Sowjetunion betrachtet. Inwiefern spielen Frauen dabei eine Rolle?

Der Zerfall des Wehrpflichtsystems am Ende der Ära Gorbatschow zwang das russische Militär, neue Rekrutierungswege zu beschreiten, etwa in

dem es neue Freiwilligendienste einführte. Die Führung zielte dabei keineswegs auf Frauen, zu ihrer großen Überraschung bewarben sich aber bald sehr viele. Heute hat die russische Armee einen Frauenanteil von gut zehn Prozent. Ihr Anteil ist gewachsen je mehr die Streitkräfte insgesamt aufgrund des maroden Wehrdienstsystems schrumpften. So sehr sich die Armeeführung auch bemühte: Sie konnte die jungen Männer kaum noch motivieren zu dienen. Nicht zur Wehrpflicht und schon gar nicht zum freiwilligen Dienst.

Frauen sind also ins Militär gekommen, weil es nicht genug Männer gab. Sehen Sie die Situation auch in anderen Ländern? Würden US- oder europäische Streitkräfte auf Frauen verzichten, gäbe es genug qualifizierte männliche Bewerber? >>

»Sogar Israel – für viele ein Leuchtturm der Gleichheit im Kommiss – setzt Frauen in Kampfgebieten nur in wenigen Rollen ein.«

FORSCHUNG

Eine gute Frage! Ich glaube, das würde zu einem großen Teil zutreffen. Wenn Sie überlegen, warum sich Armeen für Frauen öffnen, dann ist das oft aus schierer Not und Nachwuchssorgen. Es gibt Länder, die sich stark zur Gleichheit der Geschlechter bekennen und Soldatinnen aus Prinzip zulassen. In den meisten Fällen sind es aber praktische Zwänge, weil die Armeen einfach nicht

die selbst betroffenen sich als erste mit einem Thema auseinandersetzen. Männer auf diesem Gebiet sind also ungewöhnlich – es gibt sie aber. Wenn es um Sicherheitspolitik geht, dann werden weibliche Forscher manchmal dafür kritisiert, dass sie keine eigene praktische Erfahrung mit dem Militär haben. Das Argument zieht aber nicht. Als Außenseiter sehen Sie oft Dinge, die

»Als Außenseiter sehen Sie oft Dinge, die andere nicht sehen, Ihnen fehlt die Betriebsblindheit.«

genug Männer anwerben können. Wenn beispielsweise das US-Militär seinen Rekrutierungsbedarf auf einmal nur mit Männern decken könnte, dann dürfte es sehr schwer werden, Frauen im Militär zu lassen. Das war schon immer schwer. Es geht ja darum, die Idee zu hinterfragen, was ein Soldat und was eine Frau zu sein haben. Sogar Israel – für viele ein Leuchtturm der Gleichheit im Kommiss – setzt Frauen in Kampfgebieten nur in wenigen Rollen ein.

Wie ist es mit Gender als Forschungsgebiet – spielen Männer darin überhaupt eine Rolle?

Es sind in der Tat meistens Frauen, die sich mit Gender und Security Studies, feministischen Security Studies, Frauen im Krieg oder Frauen im Militär auseinandersetzen. Es ist ja oft so, dass

andere nicht sehen, Ihnen fehlt die Betriebsblindheit. Es kann durchaus gewinnbringend sein, beide Perspektiven zu haben. Die Innensicht derjenigen, die selber gedient haben, und die Außensicht der Ungedienten.

Sie lehren die Fächer Gender and Security und Frauen und Krieg. Gibt es da ähnliche Spannungen?

Die Studierenden sind im Allgemeinen wirklich interessiert am Thema und regelrecht neugierig, mehr über die Erfahrungen von Frauen im Militär in verschiedenen Epochen zu erfahren. Ein erheblicher Teil hat Mütter oder Großmütter, die eigene Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg gemacht haben. Die evakuiert worden sind, Luftschutzhelferinnen waren oder eine andere Funktion wahrgenommen haben.

Eine Beobachtung über die Körpersprache der Studierenden: Während der Vorlesung drückt die Körpersprache der Studentinnen oft Zustimmung aus: »Ja, genau, das kann ich verstehen, das sagt mir etwas ...« Ihre männlichen Kommilitonen hingegen verkrampfen ein wenig. Sie verschränken die Arme, als wollten sie sagen: »Das glaube ich nicht!« Das im großen Auditorium zu sehen, war ein ganz schöner Aha-Effekt für mich. Um aber auf Ihre Frage nach dem Sinn meiner Forschung zurückzukommen: Diese Veranstaltung war die einzige, nach der Studierende zu mir kamen und mir sagten, ihre Sicht auf die Welt habe sich geändert. Kann es einen besseren Grund geben, das Fach zu studieren?! <<<<

Quellen und Links:

[Jennifer Mathers Profil bei der Universität Aberystwyth](#)

[Archivwebsite des Weißen Hauses der Amtszeit von Präsident George W. Bush](#)

[ausgewählte Reden von Präsident George W. Bush 2001 bis 2008](#)

Ein feministisches Dilemma

von Karolien Michiels



Jacques-Louis David: »Le combat de Mars contre Minerve«. 1771

Die laufende Diskussion über die Frage, ob Frauen zu Kampfeinsätzen und Kampfeinheiten zugelassen sein dürfen oder sollten, ist viel mehr als ein Streit zwischen militärisch orientierten »Strategen« und genderbewussten »Feministen«.

Die Argumente derer, die gegen die Teilhabe von Frauen halten, beruhen nicht unbedingt auf handfesten militärischen Überlegungen. Und obwohl auch »Feministen« sich untereinander alles andere als einig sind – es kann durchaus im Interesse von Frauen liegen, die Erlaubnis zu erhalten, zu töten und getötet zu werden. >>

>> **Über die Eignung** von Frauen für die Teilnahme an Kampfeinsätzen wurde viel geschrieben. Die Debatte, ob auf akademischer oder politischer Ebene, wird oft als Auseinandersetzung zwischen militärisch-strategischen Interessen auf der einen Seite und feministischen Interessen auf der anderen Seite dargestellt. Da diese Frage sowohl das Militär auf der einen Seite, wie auch Frauen als Gruppe auf der anderen Seite betrifft, werden beide Seiten oft (und verständlicherweise) nicht nur als zwei Seiten derselben Medaille beschrieben, sondern auch als zwei Lager mit unüberwindlichen Gegensätzen.

Zur Vereinfachung nenne ich diejenigen, die die Debatte aus einer militärisch-strategischen Sicht betrachten, »Strategen« und diejenigen, die die Perspektive der Geschlechterforschung einnehmen, »Feministen«. In dieser vereinfachten Darstellung sind die »Strategen« oft diejenigen, die sich mit dem Militär auskennen und sich auf die jeweils zu bewältigende militärische Aufgabe fokussieren. Nach ihrer Schlussfolgerung sind Frauen für dieses Aufgabe nicht geeignet und sie insistieren, dass Kampf und das Militär von Natur aus maskulin sind.

Die »Feministen« befürworten im Gegensatz dazu die Teilnahme von Frauen an Kampfeinsätzen – obgleich die Gründe hierfür verschieden sein können. Manche Feministen etwa glauben, dass Frauen genauso hart im Nehmen wie Män-

ner sein können und gehen von der Gleichheit der Geschlechter aus, andere nehmen an, dass Frauen »weicher« als Männer seien, ihre Fähigkeit zur Empathie auf heutigen Kriegsschauplätzen von Vorteil sein kann. Was diese Feministen allerdings vereint, ist ihre Befürwortung der Auf-

nahme von Frauen in die kämpfende Truppe – aus »feministischen« Gründen, also um Frauen voranzubringen.

Es liegt ein Funken Wahrheit in dieser vereinfachten Darstellung. Soldaten und das Militär als Organisation haben oft tiefsitzende Bedenken gegen die Teilhabe von Frauen – wie Autorinnen wie Melissa Herbert von der amerikanischen Hamline University, Laura Sjoberg von der University of Florida und Caron Gentry von der schottischen University of St Andrews mehrfach belegt haben. Persönlich Berichte wie die Irakkriegserinnerungen von Kayla Williams, »Love My Rifle More Than You«, oder das eher journalistisch geschriebene »The Lonely Soldier« von Helen Benedict zeichnen ein erschütterndes Bild

von der Realität. Gemeinhin sind Männer im Militär skeptisch gegenüber Frauen in der Truppe und definieren sich sehr stark als Männer, die »ihre Frauen« beschützen müssen.

Es muss sicher auch gesagt werden – und dies ist ein oft vorgebrachtes Argument der »strategi-

sch« Seite –, dass viele Zivilisten, die zur Debatte beitragen, ein begrenztes Verständnis davon haben, was es wirklich bedeutet, Soldat zu sein. Interessanterweise ist dies auch Kritik von Soldatinnen an feministischer Forschung über Frauen im Militär.

Zudem beurteilen viele, wenn nicht sogar alle, Feministinnen und Feministen, die sich mit Fragen von Frauen und Krieg auseinandersetzen, die Teilhabe von Frauen nach Maßstäben der Geschlechterforschung und nicht nach militärischen Gesichtspunkten. Sie analysieren die direkten und indirekten Folgen des Rechts, sich Kampfeinheiten anzuschließen: der höhere Status, der traditionell mit dem Militär assoziiert wird – oft besitzt die gesellschaftliche Gruppe, die die militä- >>

Feministinnen unterscheiden sich in im Verständnis von Frauen im Militär untereinander erheblich.

rische Gewalt kontrolliert, die politische Macht, wie die Juristin Lori Kornblum feststellt –, und das vom Militär gepflegte Verständnis von Männlichkeit. Sie schlussfolgern mehrheitlich, dass Frauen vom Zugang zu Kampfeinheiten profitieren würden. Ob auch das Militär von einer solchen Beteiligung profitieren würde, ist für Feministinnen dabei zweitrangig.

Doch es würde der Sache nicht gerecht, diese zwei Meinungen und diese starke Vereinfachung auf zwei gegensätzliche Positionen mit der gesamten Debatte gleichzusetzen. Es wäre sachlich falsch und würde den intellektuellen Gehalt der

von Frauen zu Kampfeinheiten zu erlauben, sofern sie die physischen Anforderungen erfüllen: »Anything less is a betrayal of the very democratic principles which members of the American military have sworn to support and defend.«

Ganz ähnlich verhält es sich auf der Seite der Feministen: Selbst ein kurzer Blick in die entsprechende Literatur offenbart die heftige Debatte um die feministische Position zu Frauen in der kämpfende Truppe. Die Dichotomie von Feministen einerseits und Strategen andererseits mit der Debatte als Ganzes zu verwechseln, kann sogar gefährlich sein: Das Abwägen von feministischen

den tut, und damit im Gegensatz zum aufopferungsvollen, noblen Bild vom Soldatentum steht.

Allerdings haben amerikanische Forscherinnen wie Kornblum oder die Politikwissenschaftlerin Judith Stiehm und die Philosophin Judith Wagner deCrew unabhängig voneinander und überzeugend demonstriert, und wichtiger noch, haben Frauen im Militär es immer wieder bewiesen, dass die Objektivität der »strategischen« Argumentation ein Mythos ist. Die Mehrheit der Einwände gegen Frauen an der Waffe basiert auf Vorurteilen: auf Verallgemeinerungen oder Stereotypisierungen der *Durchschnittsfrau*, um darauf aufbauend *alle Frauen* auszuschließen; auf Annahmen über die Rolle der Frau in der Gesellschaft generell; und auf der Überzeugung, dass die Aufnahme von Frauen ins Militär nicht riskiert werden sollte, solange nicht garantiert werden kann, dass dieser Schritt nicht die Funktionsfähigkeit des Militärs gefährdet.

Keine dieser normativen Annahmen ist ein hinreichend und darf in westlichen, liberalen Demokratien nicht als Argument für den Ausschluss von Frauen herhalten. Darüber hinaus führt der Gedanke, man könne »das Unbekannte nicht riskieren«, zur Herausforderung alle nur denkbaren Risiken ausschließen zu wollen – was schlichtweg unmöglich ist. Die Annahme ist zudem irrelevant: Jedes Argument, das darauf setzt, alle potentiellen Risiken ausschließen zu müssen, und >>

Frauen den Zutritt zu Kampfeinheit zu verweigern, ist Verrat an demokratischen Grundprinzipien.

Positionen verringern. Gleichsam Intellektuelle und Berufsoffiziere, wie zum Beispiel John A. Nagl, ehemaliger Oberstleutnant der US Army und anerkannter Experte in Sachen Counterinsurgency, können wohl kaum verdächtigt werden, Gleichberechtigung über vernünftige Militärstrategie zu stellen. Dennoch hat Nagl zusammen mit seiner Kollegin Kim Field bereits 2001 deutlich dafür plädiert, dass die Zeit reif sei, die Aufnahme

und militärischen Interessen erscheint als Nullsummenspiel. Die Strategen werden als diejenigen dargestellt, die uneigennützig und unvoreingenommen in militärischen Maßstäben denken, was das Eintreten für die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen auf die »feministische« Position reduziert. Dies impliziert beinahe schon, dass, wer für den Zugang von Frauen zur Kampfeinheiten argumentiert, dies aus selbstsüchtigen Grün-

dabei Vor- und Nachteile ignoriert, die aus der Einbeziehung von Frauen resultieren können, greift zwingend zu kurz.

Ich versuche hier nicht zu behaupten, dass alle Argumente gegen Frauen in der kämpfende Truppe ungültig wären. Doch bei genauerer Betrachtung lässt sich erkennen, dass sich die scheinbar objektiven Argumente der »Strategen« oft genauso häufig aus genderspezifischen Vorurteilen und der Absicht, die Männerdomäne Militär zu bewahren, speisen, wie aus berechtigter Sorge um militärische Aufgabenerfüllung.

Die Sache wird noch komplexer, wenn man bedenkt, dass nicht alle Feministinnen und Feministen die Überzeugung teilen, Frauen sollten in der Armee dienen oder dies anstreben. Geht es um Frauen in Kampfseinheiten, dann gibt es im Feminismus – die allgemeinere feministische Debatte zu Frauen im Militär widerspiegelnd – zwei deutlich unterschiedliche Positionen. Die eine stammt aus liberalen Überzeugungen und die andere Seite nimmt eine radikale, kritische Haltung ein.

Die liberale Seite argumentiert, dass Frauen den Zugang zu Kampfseinheiten anstreben sollten, da dies Gleichberechtigung fördern würde. Alle direkten und indirekten Vorteile, die der Militärdienst, insbesondere der Einsatz an der Front, mit sich bringt, würden dann auch Frauen genießen. Dazu gehören (neue) Karriereoptionen

und ein verbesserter sozialer Status, aber auch weniger greifbare Vorzüge wie eine veränderte Sichtweise, die Frauen nun auch mit Stärke und Loyalität, mit Aktivität statt Passivität assozi-

iert. Anders formuliert, eine militärische Position ist eine Position der Stärke, und Frauen ist besser damit gedient, wenn sie zu ihr Zugang erhalten.

Der widersprechende radikale Standpunkt des Feminismus geht davon aus, dass Frauen nicht davon profitieren, wenn ihr Ausschluss von Kampfverwendungen aufgehoben würde. Eine Rolle in Kampfseinheiten anzustreben (wie auch Integration in Streitkräfte an sich), würde patriarchalische und maskuline Werte nur verstärken. Indem sie dem Militär beitreten, bestätigen Frauen im Grunde die eigene untergeordnete Rolle. Ein von Männern dominiertes und auf sie zugeschnittenes Machtspiel zu spielen, ist vergebliche Mühe. Dem Militär beizutreten heißt, männliche Regeln zu akzeptieren, die Frauen nur benachteiligen. Das System an sich

ist falsch. Aus Sicht des radikalen Feminismus ist die Idee, dass Frauen für die Teilhabe am Militär kämpfen sollten, kurzsichtig und nicht ambitioniert genug. Deshalb sollten Frauen *nicht*

Die Objektivität der utilitaristischen »strategischen« Argumentation ist ein Mythos.

um das Recht zum Kämpfen kämpfen – und dies trifft auf die Integration in Kampfseinheiten wie ins Militär als Ganzes zu.

Der radikale Feminismus versucht, die vermeintlichen Schwachstellen des liberalen Feminismus zu überwinden: Von der radikalen Position aus wird argumentiert, dass der Fehler des liberalen Ansatzes darin liege, das männliche Paradigma zu akzeptieren indem er nicht weitreichend genug sei und Geschlechterrollenverteilung im Militär nicht überwinde. Für den radikalen Feminismus ist die liberale Perspektive nicht in der Lage, Männer und Frauen als Menschen *unabhängig* von ihrem Geschlecht zu betrachten.

Allerdings hat der liberale Feminismus eine Antwort auf diese Kritik. Radikale Feministen versuchen, sowohl weibliche Personen als auch weibliche Werte zu fördern, und verweben in >>

der Folge beide Elemente miteinander. Die Radikalen können diese Geschlechtsspezifik ihres Ansatzes nicht überwinden. Der liberale Feminismus hingegen argumentiert, dass Frauen und Männer »nur« gleich behandelt werden sollten, was zunächst einfach nur Chancengleichheit bedeutet. Darüber hinaus hat diese Position aber auch weiterreichende Konsequenzen. Wenn Frauen als Menschen genauso wichtig sind wie

Militär und Militarisierung hochgradig negativ auf Frauen aus, weshalb sie die Verwendung in Kampfeinheiten und im Militär generell gar nicht anstreben sollten; Macht und Status sollten völlig anders konzeptualisiert werden. Es bleibt aber unklar, wie sich diese Forderung in der Praxis umsetzen ließe und die gesellschaftliche Stellung von Frauen ändern könnte. Einfach die Teilhabe am Militär zu verweigern ist

sellschaft beinhalten, könnte die Zulassung von Frauen zu Kampfeinheiten sogar eine Entmilitarisierung ermöglichen. Das allerdings nur, wenn alle – Männer und Frauen – es so wollen. <<<<

Karolien Michiels ist Doktorandin an der Universität Aberystwyth. Ihre Spezialgebiete sind militärische Kultur und Counterinsurgency.

Die radikalen Feministinnen können die Geschlechtsspezifik ihres Ansatzes nicht überwinden.

Männer, dann sind ihre Wertvorstellungen ebenso gewichtig, aber nur zu dem Grad, zu dem sie für Männer oder Frauen von Bedeutung sind. Da der liberale Ansatz Frauen und feministische Werte nicht notwendigerweise verknüpft, können Menschen und Normen geschlechtsunabhängig betrachtet werden. Auf diese Weise kann der liberale Feminismus die Trennung der Geschlechter und ihrer Rollen überwinden und bietet die Möglichkeit für wirklich radikale Veränderungen.

Wie wirkt sich diese Schlussfolgerung auf Frauen auf dem Schlachtfeld und in Kampfeinheiten aus? Nach radikaler Diktion wirken sich

nicht genug – bewaffnete Organisationen existieren schon seit langem ganz ohne die Beteiligung von Frauen – und konkretere Handlungsempfehlungen gibt es nicht.

Die liberalen Feministen sprechen sich schlussendlich ganz entschieden dafür aus, dass Frauen an Kampfeinheiten und Kampfeinsätzen beteiligt sein sollten. Dadurch würden sie den Status erlangen, der im Moment nur Männern vorbehalten ist. Durch diesen Zugewinn an Macht würden die Interessen von Frauen ernster genommen werden. Insoweit diese Interessen dann auch eine geringere Militarisierung der Ge-

Quellen und Links:

[Interview mit dem amerikanischen Irakkriegsveteranen und Kongresskandidaten Tammy Duckworth in *The American Prospect* vom 23. Februar 2012](#)

[Rezension über Kelly Williams: »The Lonely Soldier« in der *Los Angeles Times* vom 13. Mai 2009](#)

[Rezension über Helen Benedict: »Love My Rifle More than You« in der *New York Times* vom 18. August 2005](#)

[Kim Field und John A. Nagl: »Combat Roles for Women« in der Fachzeitschrift *Parameters* des US Army War College, Ausgabe 31/2001](#)

NOTIZ

Feuertaufe

Das einzige gemischt-geschlechtlich zusammengesetzte leichte Infanteriebataillon der israelischen Armee führte im September mit einer Patrouille sein erstes Gefecht. Die Bilanz ist durchwachsen.

Israels Streitkräfte gaben 2000 endlich nach: Auf vielfache Forderungen junger Frauen stellten sie eine Truppe auf, die erstmals Israelinnen erlaubte, sich um Kampfverwendungen zu bewerben. Das Bataillon »Karakal«, benannt nach einer Wildkatzenart, ist heute die weltweit einzige gemischt-geschlechtliche leichte Infanterieeinheit – eine Besonderheit selbst für israelische Verhältnisse. Denn während der Frauenanteil in den »Israel Defense Forces« (IDF), aufgrund der weiblichen Wehrpflicht, schon Spitze ist, dreht sich das numerische Geschlechterverhältnis mit nur 40 Prozent Männern in diesem Bataillon sogar um. Die freiwilligen Rekrutinnen müssen sich allerdings zu einem dritten Jahr Wehrdienst verpflichten, dieselbe Dauer wie die reguläre Dienstzeit ihrer männlichen Kameraden.



Eine Soldatin des »Karakal«-Bataillons während einer Übung im April 2012. Foto: IDF

Die Zugführerin Noy erklärte ihre große Motivation, der Kampftruppe beizutreten: »Ich wusste, dass ich alles tun musste, um meinen Beitrag zu leisten, und deshalb ging ich zum »Karakal-Bataillon.« Dabei waren die ersten Einsätze der Infanteristinnen vergleichsweise harmlos: für sie endete 2005 ein Auftrag, illegale, aber friedlich demonstrierende, Westbanksiedler zu kontrollieren, »in Tränen« – hieß es bei *Ynetnews*.

2007 wurde der Verband in die Negev-Wüste verlegt, damals noch eine ruhige Zone im Vergleich zur Grenze zu Gaza oder zum Libanon. Das änderte sich nach der Revolution 2011 in Ägypten: Palästinensische Terroristen aus dem Gaza-Streifen infiltrierten den Sinai und übten von dort aus über die israelische Grenze hinweg Anschläge aus. Das »Karakal«-Bataillon ist der für die Regi-

on zuständigen Brigade bis heute unterstellt. Und erlebte dort schließlich seine Feuertaufe.

Am 21. September überfielen drei Angehörige einer al-Qaida nahestehenden Gruppe die Bauarbeiten an einer Grenzanlage und erschossen dabei einen israelischen Soldaten. Eine Patrouille des »Karakal«-Bataillons war nach kurzer Zeit zur Stelle, binnen 15 Minuten waren alle Angreifer tot. Das Ergebnis des Gefechts präsentiert ein durchwachsenes Bild: Die zielsichere Scharfschützin S. wurde von der Presse als Heldin gefeiert. Eine andere Soldatin soll sich ängstlich versteckt haben. Ihre Kameradinnen und Kameraden nehmen sie zwar in Schutz und bestätigen, sie habe aus der Deckung heraus die Vorgänge per Funk gemeldet. Von Vorgesetzten soll sie aber gerügt worden sein.

»Echte Gleichberechtigung«, so Kommentator Gideon Levy in der linksliberalen *Haaretz*, »ist noch sehr weit entfernt von diesem Schlachtfeld.« Für ihn bedeutet das Bejubeln der soldatischen Tapferkeit von Gefreitin S. nichts anderes, als dass eine Frau sich in Macho-Pose werfen lässt. Das Verhalten ihrer Kameradin hingegen, meint Levy, werde nur wieder als typisch feminin abgetan.

Die ehemalige Gleichstellungsbeauftragte der IDF, Yehudit Grisaro, stellte dagegen fest, der Frauenanteil in den israelischen Streitkräften sei mit 33 Prozent unter den Rekruten und mit bis zu 50 Prozent Offizierinnen in einigen Truppengattungen so groß, dass er ganz klar nicht nur »dekorativ« wäre. Die Entscheidungsträger müssten sich die Frage stellen: »Kann ich es mir leisten, die Hälfte meines Personals zu ignorieren? Fähigkeiten sind wichtig, nicht das Geschlecht.« Zur Zeit stehen Frauen 92 Prozent aller Verwendungen in den IDF offen, darunter auch die Positionen im »Karakal«-Bataillon. Das erste blutige Gefecht der Einheit hat jetzt allerdings nur gezeigt, dass auch Frauen in den Eigenschaften Mut und Angst sich nicht von Männern unterscheiden. **mmo**

Quellen und Links:

[Kommentar von Gideon Levy in Ha'aretz vom 27. September 2012](#)

[Meldung der Times of Israel vom 24. September 2012](#)

[Bericht des Guardian vom 9. Juli 2012](#)

[Reportage der CNSnews.com vom 7. Juli 2008](#)

Wissenschaft zu Deutsch!



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik erkundet Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

Unterdimensionierte Übergriffe

von Barbara Renne



Arbeitssituation in der Operationszentrale des Einsatzgruppenversorgers »Frankfurt am Main«

Foto: Bundeswehr / Ricarda Schönbrodt

Sexuelle Belästigungen in der Bundeswehr schätzt Wehrbeauftragter Hellmut Königshaus als Einzelfälle ein. Eine jahrelang unveröffentlicht gebliebene Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr legt aber nahe, dass eine Dunkelziffer existiert, die die 400 seit 2007 gemeldeten Fälle klar übersteigt. Die abgeschottete Organisationskultur des Militärs sorgt dafür, dass Informationen zu dem sensiblen Thema kaum außerhalb der Reihen gelangen. Das Verteidigungsministerium gibt sich in der Sache zurückhaltend.

>> Im August wurde eine Soldatin der Bundeswehr in der Jäger-Kaserne im niedersächsischen Bückeburg vergewaltigt. Schnell war zu hören: Sexuelle Übergriffe oder sexuelle Belästigungen in der Bundeswehr seien Einzelfälle. Doch ganz so einfach ist die Sache nicht – auch wenn sie weitaus harmlosere Symptome haben kann, wie vor einigen Jahren in der Bibliothek der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Dort sollte ein Bildschirmschoner für gute Laune sorgen. Darauf zu sehen: die Evolution des Mannes, dargestellt als Affe, Neandertaler, aufrecht-

gehender Mensch. Die Evolution der Frau wird weniger schmeichelhaft bebildert: mehrere hinter einander kriechende Putzfrauen, die auf allen Vieren den Boden schrubben. Ein vermeintlicher Spaßvogel hatte den Cartoon installiert. Frauenfeindliche Witze – die intellektuelle Elite der Bundeswehr findet sie offenbar auch im 21. Jahrhundert noch immer lustig.

Derbe Späße auf Kosten von Frauen gibt es nicht nur an der höchsten Ausbildungsstätte der Militärs. Wer als Soldatin zur Truppe geht, muss offenbar ein dickes Fell haben – so könnte man >>

ARBEITSUMFELD

etwas zugespitzt eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr interpretieren. Gerhard Kümmel wollte untersuchen, wie gut die Integration von Frauen in die Bundeswehr gelungen ist. Per Fragebogen ermittelte der Sozialforscher die Erfahrungen von über 5.000 Soldatinnen und Soldaten, anonym und mit teilweise erschreckenden Ergebnissen: »Bei sexistischen Bemerkungen, so gesehen die harmloseste oder einfachste Kategorie, haben wir Zahlen von fast 60 Prozent der Frauen, die solchen Andeutungen schon einmal im Zuge ihrer Bundeswehr-Karriere ausgesetzt waren.«

Es blieb nicht nur bei Anzüglichkeiten, jede fünfte befragte Soldatin berichtete davon, schon einmal von Kameraden oder Vorgesetzten belästigt worden zu sein. Derbe Zoten, Grabschen, aufdringlich werden – wer sich so etwas in einem zivilen Unternehmen bei einer Kollegin erlaubt, kann sich auf was gefasst machen. In der Bundeswehr bleibt es hingegen häufig ohne Folgen, die meisten Frauen trauen sich nicht, den Vorfall zu melden. Das stellte zumindest Kümmel in seiner Studie fest: Drei Viertel der 584 Soldatinnen, die die Frage »Habt ihr die Belästigung gemeldet, Euren Vorgesetzten zur Kenntnis gebracht?« beantwortet haben, haben »Nein« gesagt.

Die Gründe dafür sind vielfältig: »Es gibt dann Befürchtungen, die dahin gehen, dass sie zum Beispiel die Anerkennung in der Einheit verlieren, wenn sie es melden«, ermittelte der Wissenschaftler, »dass sich ihre eigene Situation vielleicht verschlimmern würde, wenn sie es melden würden, oder dass sie annehmen, wenn sie es melden, kommt ohnehin nichts dabei raus.«

Offiziell gibt es jedes Jahr durchschnittlich 80 gemeldete sexuelle Übergriffe in der Bundeswehr. Der Wehrbeauftragte des Bundestages spricht von Einzelfällen. In der Tat. 80 Fälle bei über 200.000 Soldatinnen und Soldaten scheinen auf den ersten Blick nicht viel. Aber die Studie des bundeswehreigenen Instituts lässt ahnen, dass die Dunkelziffer hoch sein muss.

Und offenbar ist es ein Thema, über das man bei der Bundeswehr nicht gerne spricht. Das Bundesverteidigungsministerium und seine Gleichstellungsbeauftragte lehnen Interviewanfragen zu dem Thema ab. Auch der Bundeswehrverband, die Interessenvertretung der Soldaten, schweigt. Nicht ohne Grund, meint Leutnant Christian

genommen. Es geht hier um Emotionen, um Gefühle, und auf der sachlichen Ebene, auf der man sich bewegt, sobald man die Uniform trägt, wird das liebend gern ausgeblendet.«

Vor allem wurde der Überbringer der schlechten Nachricht abgestraft: Gerhard Kümmel, Verfasser der Studie und Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut wurde vom Direktor seines eigenen Instituts öffentlich bloßgestellt. Kümmels Studie basiere auf veralteten Daten und sei deshalb nur bedingt aussagekräftig, so wird der Chef der auch SOWI genannten Einrichtung in Tageszeitungen zitiert. Im Jahr 2005 hatte Kümmel die Daten erhoben, erst 2008 wurden sie veröffentlicht.

Die aktuellsten Zahlen sind sieben Jahre alt.

Neumann vom Arbeitskreis »Darmstädter Signal«, der sich kritisch mit Bundeswehr-Angelegenheiten auseinandersetzt. Sexuelle Übergriffe in der Bundeswehr – für die offiziellen Stellen sei dieses Thema ein Tabu.

»Das ist auch ein Grund mit, warum sie vom Verteidigungsministerium keine Informationen bekommen«, sagt Neumann. »Dieses Thema soll möglichst unter den Tisch fallen. Es ist unangenehm, es passt nicht in die derzeitige Debatte der Neuausrichtung.« Vor allem passe das Thema nicht ins Selbstbild des eigenen Berufsstandes: »In der Bundeswehr wird es eher als Tabu wahr-

Schuld daran war nicht der Autor der Studie, sagt die Militärsoziologin Maja Apelt von der Universität Potsdam: »Die große Differenz zwischen der Erhebung und dem Druck der Daten liegt auf jeden Fall nicht daran, dass die Kollegen besonders lange gerechnet und ausgewertet haben. Sondern gerade dieses Thema der sexuellen Belästigung hat dazu geführt, dass die entsprechenden Stellen, die dafür zuständig sind, die Veröffentlichung immer wieder hinausgezögert haben.«

Die Veröffentlichung einer Studie mit pikanten Informationen wurde hinausgezögert. Bei der Nachfolge-Erhebung wurde gleich Tabula rasa >>

ARBEITSUMFELD

gemacht. Auch diesmal sollten Soldatinnen und Soldaten zum Thema Integration von Frauen im Allgemeinen und sexuellen Übergriffen im Besonderen befragt werden. Sollten – jetzt werden sie einen abgespeckten Fragekatalog vorgelegt bekommen, sagt Gerhard Kümmel: »In dem konkreten Fall ist es jetzt so gelaufen, dass tatsächlich ein paar Fragen herausgenommen worden sind von dem damaligen stellvertretenden Generalinspekteur. Die offizielle Begründung, die uns

hen. »Wenn sie intern nicht in der Lage sind, Differenzen auszuhalten«, so die Militärsoziologin, »dann ist es auch nicht besonders naheliegend, dass sie es nicht gut können mit anderen Organisationen, die eine andere Kultur haben, deren Mitglieder andere Verhaltensweisen an den Tag legen als die Mitglieder der eigenen Organisation.«

Leutnant Neumann vom »Darmstädter Signal« zieht Schlussfolgerungen aus dem befangenen Umgang mit bundeswehreigenen Problemen. Für

chen Maßstäbe gelten wie in zivilen Unternehmen. Dazu zählt vor allem, dass offen und offensiv gegen Soldaten vorgegangen wird, die sich Unverschämtheiten und Schlimmeres gegenüber ihren weiblichen Kameraden erlauben. Diese zu beschönigen oder unter den Tisch zu kehren, widerspricht dem Anspruch der Bundeswehr, Staatsbürger in Uniform zu repräsentieren. <<<<

Die Veröffentlichung einer Studie mit brisanten Informationen wurde verzögert.

mitgeteilt wurde, war, dass insgesamt der Fragebogen überdimensioniert gewesen sei.«

Überdimensioniert – Maja Apelt hat hingegen eine ganz andere Erklärung für das Vorgehen des früheren stellvertretenden Generalinspektors Wolfram Kühn: »Ein solches Vorgehen, solche Themen wie sexuelle Belästigung, sexuelle Übergriffe aus solchen Befragungen auszuschließen, zeigt ja letztendlich, dass da Ängste bestehen, dass man bestimmte Informationen nicht haben will.«

Dabei zeige der Umgang mit den Problemen in den eigenen Reihen noch viel mehr, meint Apelt. Es sei letztendlich auch ein Gradmesser dafür, wie die Streitkräfte in der Lage sind, mit anderen Kulturen und mit anderen Organisationen, mit denen sie in den Einsätzen kooperieren müssen, umge-

sämtliche strafrechtlich relevanten Vorfälle in der Truppe sollten auch in Zukunft auf jeden Fall Juristen außerhalb des Militärs zuständig sein, um etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen, fordert Neumann: »Die Bundeswehr ist ja im Prinzip ein geschlossenes System. Und deswegen sind wir ja vom Darmstädter Signal auch so vehement gegen die Militärgerichtsbarkeit, die jetzt in Kempten installiert werden soll. Die Bundeswehr entzieht sich damit wieder ein Stück weit der zivilen Kontrolle.«

Mehr Transparenz, sich den Problemen in den eigenen Reihen stellen – wohl einer mehr von vielen Reformaufträgen der Bundeswehr. Die Streitkräfte wollen unterdessen ihren Frauenanteil weiter erhöhen. Um das zu schaffen, sollten sie auch für ein Arbeitsumfeld sorgen, in denen die glei-

Eine Übernahme mit freundlicher Genehmigung
von *NDR Info* »Streitkräfte und Strategien«



Quellen und Links:

Interview mit Gerhard Kümmel von
NDR Info »Streitkräfte und Strategien«
vom 22. September 2012

Bericht des *Spiegel* vom 16. August 2012

Studie »Truppenbild mit Dame« des
Sozialwissenschaftlichen Instituts der
Bundeswehr vom März 2008

Mann. Macht. Krieg.

von Susann Offenmüller

Eugène Delacroix: »La Liberté guidant le peuple«. 1830

Die scheinbar natürliche Arbeitsteilung zwischen Männern als Beschützern und Frauen als Schutzbedürftigen ist ein Mittel, um kriegerische Handlungen ideologisch zu legitimieren.

Die Geschlechterforschung hinterfragt solche Selbstverständlichkeiten und deren politische Instrumentalisierung: Tatsächlich gibt es keine physischen, psychischen oder organisatorischen Gründe, warum Frauen nicht selbst an Militär und Sicherheitspolitik aktiv teilhaben sollten; und warum sie sich selbst und Männer nicht auch »beschützen« können.

>>

ROLLENBILDER

>> **Unter den etwa 100** Botschaftern im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen waren in den letzten zehn Jahren nur zwei Frauen. Das US-Militär, die Streitkräfte mit einem der höchsten Frauenanteile weltweit, ist zu über 80 Prozent männlich. Und unter den 25 einflussreichsten Wissenschaftlern im Bereich der Internationalen Beziehungen befinden sich, so ein Ranking des Magazins *Foreign Policy* aus dem Jahr 2007, nur zwei Frauen. Das sind nur einige Beispiele dafür, dass es hauptsächlich Männer sind, die Sicherheitspolitik und schlimmstenfalls auch Kriege planen, analysieren und ausführen. Das beschränkt sich nicht auf Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften heute, sondern ist mit einigen Ausnahmen ein kultur- und geschichtsübergreifendes Phänomen.

Joshua S. Goldstein, Professor emeritus der American University in Washington, DC, beschreibt in seiner Untersuchung »War and Gender« aus dem Jahr 2001, wie in jeder bekannten Kultur die Herausforderung durch Krieg mit einer strikten Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern beantwortet wurde: Die Krieger waren »primarily, and usually exclusively, male«. Goldstein geht aber noch weiter und hinterfragt die Perspektive, mit der eben dieses Phänomen analysiert wird: »What scholars traditionally claim to be universal often turns out to be true only of males.« Er rät uns, die »Männerbrille« abzusetzen, wenn wir ein vollständigeres Verständnis von Konflikten und Kriegen erreichen wollen, und kritisch zu hinterfragen, ob es natürlich wäre, dass es größtenteils Männer sind, die Staaten lenken und Kriege planen.

Es gibt keine physischen, psychischen oder strukturellen Gründe, mit denen die geschlechtliche »Arbeitsteilung« vor und im Krieg begründet wer-

den könnte. Stattdessen handelt es sich um eine gesellschaftlich bestimmte (und damit veränderbare) Rollenverteilung, die nicht universal oder natürlich ist, sondern sich die Identifizierung mit Männlichkeit und Weiblichkeit zu Nutze macht, um Sicherheitspolitik und politisch motivierte Gewalt zu legitimieren.

Wenn Staaten oder Gruppen für die Notwendigkeit und Siegesaussicht kriegerischer Handlungen werben, ist ideologische Überzeugungsarbeit notwendig. Die Idee von und Identifizierung mit Ge-

hält und den Aufstand anführt, im Wahlkampf in den USA sind es die Ehefrauen der Präsidentschaftskandidaten, die die guten Absichten und amerikanischen Werte ihrer Ehemänner vermitteln. Und wenn ebendiese Frauen, die Nation und ihre Werte beschützt werden müssen, wird Krieg von vielen, Männern und Frauen gleichermaßen, zu einem legitimen Mittel erklärt.

Denken wir einmal zurück an die Bilder Burkatragender Frauen, die nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 durch die Medien gingen –

Sind Frauen tatsächlich nicht gemacht für politische und militärische Machtpositionen, weil sie das »schwächere Geschlecht« sind?

schlechterrollen, bei der Maskulinität den öffentlichen Raum bestimmt, während Feminität mit dem Häuslichen und Privaten assoziiert wird, ist eines der Legitimationsfundamente dieser Mobilisierung. Im Bedrohungszustand wird diese Aufteilung weiter spezifiziert: Männer werden zu Kriegern, die den Staat beschützen, Frauen werden zum Symbol der Nation, die es zu beschützen gilt. Die amerikanische Politologin und Philosophin Jean Elsthain beschreibt dieses Phänomen mit der Gegenüberstellung vom »just warrior« und »the beautiful soul«. In Darstellungen der französischen Julirevolution ist es etwa die schöne Liberté, die die Trikolore hoch-

die Afghaninnen wurden unterdrückt durch die Taliban, als Opfer »barbarischer« Fundamentalisten präsentiert. Die Politologinnen Krista Hunt und Kim Rygiel haben solche Kriegsgeschichten, wie sie Vertreter der USA und ihrer Verbündeten, politische und wirtschaftliche Eliten und die Massenmedien erzählt haben, in ihrem Sammelband »(En) Gendering the War on Terror« analysiert. Sie schlussfolgern, dass das Argument, der »Krieg gegen den Terror« sei ein Kampf zur Befreiung der afghanischen Bevölkerung, insbesondere der Frauen, eine wirkungsvolle Legitimationsgrundlage für die Intervention in Afghanistan bot. >>

So erklärte der damalige US-Präsident George W. Bush Ende 2001 in der *BBC* den Militäreinsatz am Hindukusch zum »crusade for freedom, liberty, civilization, and the protection of women's rights«. Die Rhetorik der Bush-Regierung war wirkungsvolle Überzeugungsarbeit, obwohl sie diese in Verhandlungen mit den Taliban vor 2001 und in der Zusammenarbeit mit der Nordallianz Frauenrechte nie zum Thema gemacht hatte. Beide afghanische Gruppierungen waren seit Jahren für ihre Verletzungen von Menschen- und Frauenrechten öffentlich angeprangert worden.

Der Diskurs um die schutzbedürftige Frau geht einher mit dem Bild des männlichen Kriegers und Beschützers. Aus der Perspektive der Geschlechterforschung lässt sich hinterfragen, ob dies eine natürliche Arbeitsteilung ist. Sind Frauen tatsächlich nicht gemacht für politische und militärische Machtpositionen, weil sie das »schwächere Geschlecht« sind? Die

malkurven darstellen lassen, spricht für eine andere Interpretation. Bildet man beide Kurven für Männer und Frauen in derselben Grafik ab, dann sind sie horizontal verschoben. Das heißt, dass Männer sich im Durchschnitt (dem Scheitelpunkt der Männer-Kurve) durch größere physische Kapazitäten auszeichnen, in 90 Prozent der Fälle allerdings überlappen sich beide Kurven. Die große Mehrheit von Frauen und Männern teilt also die gleichen Merkmale körperlicher Stärke. »Natürlich«, im Sinne von »biologisch«, ist es nicht, dass Frauen schutzbedürftig und Männer besser als Krieger geeignet sind.

Andere argumentieren, Frauen seien nicht für Krieg gemacht, weil sie sich nicht in Hierarchien einordnen könnten. So weist die Homepage der Schweizer Armee, die für die Rekrutenschule wirbt, unter »Frauen in der Armee« dezidiert darauf hin, dass »die Regeln der Hierarchie der Armee [gelten]

turen fügen müssen, wird das Argument obsolet. Wieder andere befürchten, darunter besonders eindrucksvoll der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld, dass Frauen einen störenden Einfluss auf den männlichen Zusammenhalt hätten und die operative Effektivität von Kampfseinheiten oder diplomatische, männlich genormte Verhaltensweisen auf dem internationalen Parkett negativ beeinflussen würden. Wie verschiedene Studien zeigen konnten, darunter schon 1997 die von Margaret Harrell und Laura Miller von der RAND Corporation vorgelegte »New Opportunities for Military Women«, verändert jedes neue Mitglied einer Gruppe deren soziale Konstitution – das geht aber nicht zwingend mit einem Effektivitätsverlust einher. Genderintegration habe, laut der Studie, »a relatively small effect on readiness, cohesion, and morale«.

Und wenn es nicht Biologie oder Organisation sind, die es rechtfertigten, Frauen von männlichen Machtpositionen fernzuhalten und sie als schutzbedürftig zu porträtieren, dann wird auf die sozialen Rollen von Frauen und deren psychologische Eigenheiten verwiesen, etwa auf ihre Erfahrungen als Mütter und Betreuende. Sie werden dann als zu emotional und unerfahren dargestellt, um Entscheidungen für den Schutz der nationalen Sicherheit treffen zu können – sie seien nicht ausgestattet mit nötigen »männlichen« Eigenschaften wie Autonomie oder Rationalität. Oder wie es die Journalistin Patricia Leigh Brown konterkarierte: »The operative word is men. Brawny, heroic, manly men«.

Ein Blick in die Geschichte liefert dagegen vielfache Beweise, dass Frauen genauso erfolgreiche Soldatinnen und politische Entscheidungsträgerinnen sein können wie Männer – ob als US-Kampfpfi- >>

Die Rollenzuschreibungen funktionieren nur dann, wenn auch Frauen den Mythos der »wahren Frau« unterstützen.

Befürworter einer solchen Position argumentieren, dass Männer durchschnittlich größer und stärker sind als Frauen, höhere Testosteron-Spiegel aufweisen und zu aggressiverem Verhalten neigen würden.

Der Vergleich der Verteilungen körperlicher Stärke und Leistungsfähigkeit, wie etwa von Goldstein diskutiert, die sich jeweils als glockenförmige Nor-

und der militärische Umgangston [herrscht]«, als ob es für Frauen ganz unnatürlich oder eine Überwindung wäre, sich solchen Strukturen anzupassen. Wenn man sich die Arbeitsrealität in den meisten Unternehmen und Organisationen anschaut, in der Frauen überproportional in den unteren Hierarchieebenen arbeiten und sich dort täglich Befehlsstruk-

ROLLENBILDER

lotinnen im Golf-Krieg, als Guerillera in Vietnam, in paramilitärischen Einheiten in Peru und Palästina oder in der Rolle als Staatsoberhäupter, die ihre Nation in Kriegen führten, wie Margaret Thatcher, Golda Meir oder Indira Gandhi. Die Beispiele machen deutlich, dass Frauen, nur weil sie Mütter werden können, den Großteil gesellschaftlicher Fürsorgearbeit übernehmen und weitestgehend von Machtpositionen ferngehalten werden, nicht unbedingt friedlicher oder emotionaler sind als Männer.

Auf der anderen Seite, der Seite der Männer, haben wir es aber auch mit Rollenzuschreibungen zu tun. Denn genauso wenig wie Frauen ausschließlich passiv, friedfertig und fürsorglich sind, sind Männer ausschließlich aggressiv, kampfbereit und heroisch. Krieg ist auch nicht Ausdruck einer inhärenten maskulinen Aggressivität, sondern historisch betrachtet häufig etwas, das Männern von ihrem sozialen Umfeld emotional aufgebürdet wurde, durch die Last, die einzigen zu sein, die ihre Familien und Zuhause vor Schaden bewahren können, das sie militärisch diszipliniert und nachträglich heroisiert. Oder wie der amerikanische Philosoph Sam Keen in »Fire in the Belly. On Being a Man« beschreibt: »Most men went to war, shed blood, and sacrificed their lives with the conviction that it was the only way to defend those whom they loved«.

Militärische Einrichtungen haben darüber hinaus verschiedene Verfahrensweisen entwickelt, um Männer in ihre »Kriegerrolle« hinein zu sozialisieren, etwa (männliche) Wehrdienste, das Feiern männlicher Kameradschaft oder der Ausschluss nicht-passender Männer, zum Beispiel Schwule oder »men of colour«. Geschlechtsidentität, wie der US-Soziologe Allan G. Johnson in »The Gender

Knot« beschreibt, ist ein weiteres solcher Werkzeuge: Krieg verlange »wahre« Männlichkeit. Im klassischen Soldatenbild habe der Soldat mutig, stark und verantwortungsbewusst zu sein; weibliche oder gar »weibische« Gefühle wie Angst oder Verletzlichkeit müsse er dazu unterdrücken.

Krieg macht es möglich, gesellschaftlich »seinen Mann zu stehen« und Teil einer exklusiven und angesehenen Gruppe zu werden. Und durch das Uniformieren, das äußere Angleichen an eine Norm

selbst als zu emotional, zu unerfahren präsentieren, um Sicherheitspolitik mitzubestimmen.

Wenn sie sich dagegen ihrer Rollenzuschreibung nicht fügen und in militärischen Positionen aktiv werden, gefährden sie die Selbstdefinition der Gruppe: Sie machen bewusst, dass es niemanden Wehrloses zu schützen gibt, der sich nicht selbst beschützen könnte. Und dass ein »wahrer Mann« auch eine Frau sein kann. Die hoch emotionalen Diskurse über die Integration von Frauen in Streitkräfte ver-

Genauso wenig wie Frauen ausschließlich passiv, friedfertig und fürsorglich sind, sind Männer nur aggressiv, kampfbereit und heroisch.

militarisierter Männlichkeit, wird eine Gruppe zu Kameraden, die die gleichen Lebensumstände teilen und sich, wie jede Gruppe, in ihrem Selbstverständnis von anderen abgrenzen müssen, so gegenüber Frauen und »falschen« Männlichkeiten.

Doch funktionieren diese Rollenzuschreibungen nur dann, wenn auch Frauen sich ihnen fügen, wenn sie als Mütter, Ehefrauen, Töchter, Schwestern oder Geliebte den Mythos der »wahren Frau« unterstützen, sich also als unschuldig oder wehrlos präsentieren. Sie unterstützen die vergeschlechtlichten Rollenzuschreibungen, wenn sie ihre engsten Partner zur Teilnahme am Krieg drängen, ihre Söhne in einer »Boys-don't-cry«-Weise erziehen oder sich

deutlichen diese fundamentale Identitätskomponente. Hinter den biologistischen Argumenten um die inhärenten Mängel von Frauen, die sie untauglich als Soldatinnen machen, oder den Sorgen um den Kameradschaftszusammenhalt stecken reale vermännlichte Ängste vor Identitätsverlust.

Die Verbindung von Männlichkeit und Krieg ist daher keine natürliche gesellschaftliche Arbeitsteilung, die weder auf physischen, psychischen oder strukturellen »Mängeln« von Frauen beruht, noch auf einer inhärenten Aggressivität und Kriegslust von Männern. Sie ist gesellschaftlich konstruiert und wird durch die Individuen, die sich damit identifizieren, Männern wie Frauen, beständig reprodu- >>

ziert. Die Vergeschlechtlichung von Krieg dient dazu, Menschen, die mit Kriegsgeschehen konfrontiert sind, eine gesellschaftliche Rolle und Selbstdefinition zu liefern. Sie dient außerdem als Mobilisierungsgrundlage von Sicherheitspolitik und kann dazu instrumentalisiert werden, dass Menschen Gewalt für politische Ziele als legitim anerkennen. <<<<

Susann Offenmüller hat *War Studies am King's College London* sowie *Sozialwissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin* studiert. Sie arbeitet als Politikberaterin.

Quellen und Links:

Rezension über Krista Hunt and Kim Rygiel (Hrsg.): »(En)Gendering the War on Terror. War Stories and Camouflaged Politics« in *Peace News* vom Dezember 2007

Martin van Creveld: »The Great Illusion: Women in the Military« in *Millennium – Journal of International Studies*, Ausgabe 29/2000

Margaret C. Harrell und Laura L. Miller: »New Opportunities for Military Women. Effects Upon Readiness, Cohesion, and Morale«, Studie der RAND Corporation aus dem Jahr 1997

J. Ann Tickner: »Gender in International Relations«, New York (Columbia University Press) 1992



Der **FÖRDERVEREIN SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN E.V.** bietet jungen Wissenschaftlern eine Plattform.

Der akademische Nachwuchs, der sich auf sicherheitspolitische Themen spezialisiert, muss früher und besser qualifiziert in den fachlichen Dialog der deutschen »**STRATEGIC COMMUNITY**« eingebunden werden! Sicherheitspolitische Bildung und Forschung müssen unterstützt werden!

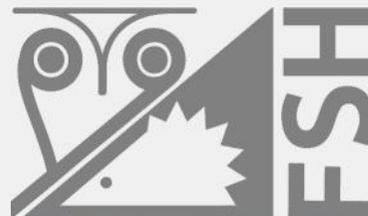
Wir stehen daher ein für eine Belebung der sicherheitspolitischen Kultur und Debatte in Deutschland. Wir unterstützen:

- ▶ Weiterbildungen für Studierende in Tagungen und Seminaren,
- ▶ die Arbeit des **BUNDESVERBANDS SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**
- ▶ und vor allem die **SCHRIFTENREIHE »WISSENSCHAFT & SICHERHEIT«**, erscheinend im Berliner Wissenschafts-Verlag.

Engagieren auch Sie sich für die Sicherheitspolitik von Morgen! Im FSH.

Wenn Sie die Ziele des Vereins unterstützen wollen oder an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an:

- ▶ Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen e.V.
z.H. Richard Goebelt • Rottweiler Straße 11 A • 12247 Berlin
- ▶ und natürlich unsere Webpräsenz unter **WWW.SICHERHEITSPOLITIK.DE**.



Die besseren Staats- männer?

von Katharina Götsch

Im Gegensatz zu vermeintlich aggressiven, kriegerischen Männern besitzen Frauen in den Augen vieler eine angeborene Friedfertigkeit und Friedfähigkeit – eine These, der sich selbst akademische Größen wie Francis Fukuyama angeschlossen haben. Radikale Feministinnen fordern deshalb mehr weiblich besetzte Schalthebel in der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre Hoffnungen auf mehr Gewaltfreiheit und Frieden sind aber vergebens: Struktur und Inhalt der internationalen Beziehungen werden kaum vom Geschlecht der politischen Akteure beeinflusst, denn Entscheidungsträgerinnen sind politisch sozialisiert.



Staatsfrauen Margaret Hilda Thatcher und Hillary Diane Rodham Clinton.

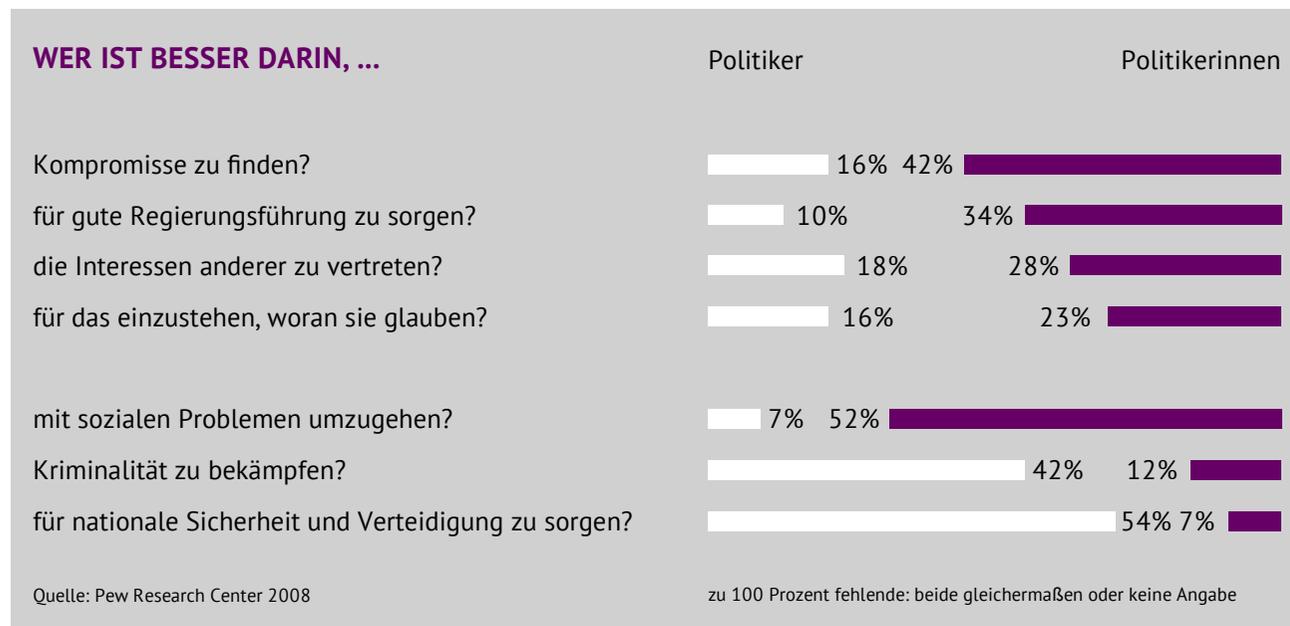
Fotos: Margaret Thatcher Foundation (links), Frank Plitt (rechts)

>> Weltweit existiert noch immer ein eklatantes Ungleichgewicht in der Besetzung politischer Stellen. Laut Angaben der Interparlamentarischen Union stellten Frauen 2011 im globalen Schnitt lediglich 19,5 Prozent der Abgeordnetensitze nationaler Parlamente sowie 16,7 Prozent der Ministerämter. Zur gleichen Zeit sind nur sieben von 150 gewählten Staatsoberhäuptern und elf von 192 Regierungschefs Frauen. Besonders stark sind die relativ wenigen Politikerinnen in den Sozial-, Bildungs-, Erziehungs- und Umweltressorts aktiv. In Verteidigungsministerien findet man sie hingegen selten. Während weibliche Kräfte in der Politik also generell unterrepräsentiert sind, gilt dies umso mehr für höhere Positionen und insbeson-

dere für die Bereiche der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Jede Betrachtung der Rolle von Frauen in herausgehobenen politischen Funktionen berührt dabei die Grundsatzdebatte über »friedenstiftende Frauen« und »kriegerische Männer«. Bis heute herrschen Geschlechterstereotype, die eine künstliche Unterscheidung zwischen »weichen« Frauen und »harten« Männern annehmen. Diese Rollenbilder werden auch von verschiedenen radikalen, vermeintlich feministischen Strömungen in den internationalen Beziehungen aufgenommen, die davon ausgehen, dass Krieg und Gewalt zwischen Staaten verschwinden, kämen Frauen an die Macht. In Wirklichkeit ist Gender aber nur >>

FÜHRUNGSPERSONAL



einer von vielen Einflussfaktoren auf das Verhalten politischer Führungskräfte.

Die Soziologen Paul Herrnson, Celeste Lay und Atiya Stokes konnten nachweisen, dass Menschen Frauen und Männern unterschiedliche thematische Kompetenzen zuweisen. Unter den von ihnen Befragten etwa gelten Politikerinnen als besonders qualifiziert für die Bildungs- und Sozialpolitik sowie für die Themen Gesundheit und Umwelt. Männern schreiben die Studienteilnehmer starke Kompetenzen in militärischen und finanzpolitischen Angelegenheiten zu. Diese Funde bestätigen auch Studienergebnisse des Pew Research Centers aus dem Jahr 2008. Darin hatten 52 Prozent der Befragten angegeben, Politikerinnen seien besser als ihre männlichen Kollegen für soziale Fragen qualifiziert. Für die stär-

kere Eignung von Männern auf diesem Gebiet sprachen sich nur sieben Prozent aus. Gleichzeitig trauten 54 Prozent den Männern eine höhere Kompetenz im Einsatz für die nationale Sicher-

heit und Verteidigung zu – lediglich sieben Prozent gaben hier Frauen den Vorrang. Derartige Zuweisungen gleichen denen politischer Partei-

en, etwa wenn Sozialdemokraten mit Sozial- und Bildungspolitik oder Liberale mit Steuerkompetenz assoziiert werden.

Solche verbreiteten und tief verwurzelten Rollenbilder haben weitreichende Folgen für die personelle Zusammensetzung politischer Institutionen. Die Präsenz von Frauen in Gremien der Politik steigt zwar, doch ihr Anteil in leitenden Stellen spiegelt laut der UN-Studie »The World's Women« aus dem Jahr 2010 bei Weitem nicht die tatsächlichen Bevölkerungszusammensetzungen der betreffenden Länder.

Zudem sehen sich viele Frauen, die tatsächlich in Führungspositionen gelangen, gezwungen zu beweisen, dass sie ihr Amt statt »weich« und »weiblich« genauso wie ein Mann führen können. Sie übernehmen dann, so die Theorie von Sarah

Der »Mann auf der Straße« hält Frauen immer noch geeigneter für die »weichen« Themen.

Fulton und Michael Koch von der Texas A&M University, häufig einen übertrieben »männlichen« Politikstil, um an Glaubwürdigkeit zu ge- >>

winnen und das Vorurteil der schwachen Führerin zu widerlegen.

In der Wissenschaft wird die Rolle des Gender zwar erst seit Ende der 1980er beziehungsweise seit Beginn der 1990er Jahre diskutiert, dafür ist die Debatte umso polarisierter. Ein Beitrag, der die feministische Seite provozierte, war Francis Fukuyamas »Women and the Evolution of World Politics« aus dem Jahr 1998. Der berühmte amerikanische Politikwissenschaftler vertrat darin die These, dass die Friedfertigkeit der Frau und die Aggressivität des Mannes auf biologische Ursachen zurückzuführen seien und betont den posi-

balen politischen Beziehungen können sie sowohl ihre Interessen verteidigen als auch die zugrundeliegende männliche Perspektive verändern«.

Die stärkere Vertretung von Frauen in der Sicherheitspolitik könne nach Fukuyama zu einem Mehr an Frieden und Kooperation in den internationalen Beziehungen führen. Für Entrüstung sorgte diese Aussage vor allem unter den Feministinnen und Feministen, die eine derartige Zuschreibung vermeintlich natürlicher Eigenschaften ablehnen. Während manche radikale Strömungen Fukuyama zustimmen mögen, gehen liberale und linke feministische Tendenzen von

(politische) Verhalten und die ideologische Ausrichtung von Akteuren beeinflussen. Neben dem Geschlecht sind dies nach Sandra Whitworth, Politologieprofessorin an der englischen York University, insbesondere Klasseninteressen, ethnische Herkunft und religiöser Hintergrund. Sie alle prägen die Überzeugungen, Entscheidungen und Verhaltensweisen von Menschen. Der Blick auf einen einzelnen Faktor – wie etwa das biologische oder soziale Geschlecht – reicht für Erklärungsansätze deshalb nicht aus. So sind, mit Blick auf das außenpolitische Auftreten von sowohl Politikern als auch Politikerinnen, insbesondere der Einfluss parteipolitischer Zugehörigkeit und die damit verknüpfte weltanschauliche Ausrichtung nicht zu vernachlässigen.

Für diese Annahme sprechen nicht zuletzt die Unterschiede in den Politikstilen weiblicher Führungskräfte selbst: die »Eiserne Lady« Margaret Thatcher – die britische Premierministerin, die 1982 ihr Land in den Falklandkrieg führte – verfolgte beispielsweise einen härteren politischen Kurs als US-Außenministerin Hillary Clinton, die seit ihrem Amtsantritt 2009 das Konzept der »smart power« propagiert und damit für eine Politik der militärischen Zurückhaltung einsteht. Das Geschlecht kann diese Unterschiede offensichtlich nicht erklären. Der Einfluss des politischen Lagers auf Thatchers und Clintons grundsätzliche außen- und verteidigungspolitische Ausrichtung->>

Eine höhere Außenpolitikerinnenquote allein wird wenig an der grundlegenden Struktur der internationalen Beziehungen ändern.

ven Einfluss »femininer Eigenschaften« auf die internationalen Beziehungen: »Der Kern der feministischen Ansichten über internationale Politik scheint im Grunde richtig zu sein: Die gewalttätigen und aggressiven Veranlagungen von Männern müssen kontrolliert werden. Mehr Frauen müssen in die internationale Politik gebracht werden, denn nur durch volle Teilnahme in den glo-

der prinzipiellen Gleichartigkeit der Geschlechter aus und heben stattdessen soziale Einflüsse hervor. Durch gesellschaftliche Hindernisse – und nicht durch angeborene Unterschiede – werde eine faire und gleiche Beteiligung von Frauen erschwert bis verhindert.

Die kritische feministische Theorie wiederum betont die Vielzahl von Faktoren, die das

gen scheint hier deutlich plausibler. Was den Unterschied in ihrem außenpolitischen Handeln also erklärt, ist die ideologische und parteipolitische Orientierung der beiden Politikerinnen.

Die Konsequenz hieraus ist von großer Bedeutung: Wenn außenpolitisches Verhalten nicht allein durch das Geschlecht geprägt wird, zöge eine zahlenmäßig stärkere Vertretung von Frauen in den betreffenden politischen Ämtern nicht automatisch einen »weicheren« sicherheitspolitischen Stil und damit friedlichere internationale Beziehungen nach sich.

Eine stärkere Vertretung von Frauen in politischen Ämtern und insbesondere in Führungspositionen wäre ohne Zweifel ein Fortschritt. Mit zunehmender Chancengleichheit dürften zumindest liberale Feministinnen und Feministen ihre Forderungen als überwiegend erreicht betrachten. Eine höhere Frauenquote in Machtpositionen der Sicherheits- und Außenpolitik allein wird allerdings wenig an der grundlegenden Struktur und Ausrichtung der internationalen Beziehungen ändern.

Die Ursachen sind vielfältig: Zum einen sind es die Parteien, die einzelne Politiker in leitende Ämter bringen – und dies in der Regel erst nach einer langen parteipolitischen Laufbahn. Wie der Vergleich von Clinton und Thatcher zeigt, prägt dieser Sozialisationsprozess Akteure und ihre Positionen mehr, als ihr Geschlecht. Hinzu kommt das Phänomen, dass Frauen, die sich in einem

männlich dominierten Terrain durchgesetzt haben, häufig in besonderem Maße auf »maskuline« Eigenschaften wie Strenge, Konkurrenzdenken und Härte zurückgreifen. Sie gehen davon aus, so ihre Position und öffentliche Überzeugungskraft stärken zu können. Offen bleibt, ob sich diese Tendenz ändert und Folgen zeitigt, wenn die Präsenz von Frauen in höheren Ämtern keine Ausnahme oder Besonderheit mehr darstellt.

Eine etwaige Quotenerhöhung von Frauen in Führungspositionen kann Außen- und Sicherheitspolitik und damit internationale Beziehungen kurz- und mittelfristig wohl nicht signifikant verändern. Das Geschlecht mag das politische Verhalten von Akteuren teilweise beeinflussen, die prinzipielle sicherheitspolitische Orientierung von Individuen kann es allein aber nicht erklären. Der alleinige Austausch einzelner (männlicher) Politiker kann auch deshalb keine grundlegenden Veränderungen der bestehenden Weltordnung bewirken, weil die Entscheidung über Krieg oder Frieden, Kooperation mit oder Konkurrenz zu anderen Staaten in Demokratien nicht von Einzelpersonen getroffen wird. Mehr Frauen in der Sicherheitspolitik führen nicht automatisch zu mehr Sicherheit und Frieden. <<<<

Dr. Katharina Götsch ist Politologin und arbeitet in internationalen Forschungsprojekten zu ihren Schwerpunkten Ideengeschichte und globale Politik.

Quellen und Links:

[Datensammlung des Guardian vom 7. März 2012](#)

[Pressemitteilung der Interparlamentarischen Union vom 2. März 2012](#)

[Michael T. Koch und Sarah A. Fulton: »In Defense of Women: Gender, Office Holding and National Security Policy in Established Democracies« im Journal of Politics, Ausgabe 73 \(1\), 2011](#)

[Studie »The World's Women« des United Nations Department of Economic and Social Affairs vom 20. Oktober 2010](#)

[Francis Fukuyama: »Women and the Evolution of World Politics« in der Foreign Affairs, Ausgabe September/Oktober 1998](#)

»Der Job ist getan, sobald
unser Verein
sich auflösen kann«

Interview: Stefan Dölling,
Björn Hawlitschka und Marcus Mohr

Constanze Stelzenmüller,
Vorsitzende von »Women in
International Security
Deutschland«, und **Maria
Elisabeth Rotter**, Schatz-
meisterin der Organisation,
im Interview mit *ADLAS*
über die vergangenen
Geschlechterbilder deutscher
Führungseliten, Zugang von
Frauen zur Sicherheitspolitik
heute und zur Zukunft des
eigenen Förderungsnetzwerkes

Constanze Stelzenmüller als Moderatorin während der Nato-Strategiekonferenz im Juli 2009 in Brüssel. Foto: Nato

KARRIERE

ADLAS: Frau Stelzenmüller, ist die »Glasdecke« für Sicherheitspolitikerinnen dünner geworden?

Constanze Stelzenmüller: Sie ist viel elastischer geworden. Meinen Einsatz als Korrespondentin für die *Zeit* in Ruanda 1994 hatte ich noch dem Umstand zu verdanken, dass der dafür zuständige Kollege im Urlaub war. Selbst zu der Zeit bekam man noch viele Steine in den Weg gelegt, wenn man Kinder und Karriere haben wollte, und durfte sich einiges an Sprüchen anhören. Das ist heute nicht mehr ganz so. Aber wir haben noch lange nicht den europäischen Standard erreicht.

Maria Elisabeth Rotter: Ich bin gleich zu Beginn meines Berufslebens – vor rund acht Jahren – stark von meinem direkten Vorgesetzten geför-

Ansatz empfand ich als sehr angenehm. Für mich ist die berufliche Förderung von Frauen deshalb auch eng verknüpft mit genereller Führungskompetenz und unternehmerischer Klugheit. Es macht einen Unterschied, ob extra ein Frauenprogramm gestartet wird oder ob man gute Mitarbeiter haben will.

Wobei anscheinend die Förderung oder die Gleichberechtigung von Frauen in Unternehmen als Label sehr groß geschrieben wird – ab einer bestimmten Ebene aber dann doch wieder nicht. Beschränkt sich dieses Phänomen auf Deutschland oder ist das in anderen westlichen Staaten ähnlich?

Stelzenmüller: Bei uns sind die Laufbahnen sehr rigide. Unser Frauenbild war in der alten Bundes-

»Amerikanerinnen und Engländerinnen sind auch gute Mütter, obwohl sie arbeiten gehen.«

dert worden. Wenn ich ihn auf Konferenzen vertreten habe, erhielt ich aber von den Herren seiner Generation oft verstörte Blicke, sobald sie merkten, dass meine Aufgabe nicht darin bestand, den Kaffee oder die Kopien zu holen, sondern einen Vortrag zu halten oder die Veranstaltung zu moderieren. Meinem Chef ging es dabei gar nicht um Frauenförderung, er verstand es als Unterstützung von Mitarbeitern. Gerade diesen

republik noch lange vom Dritten Reich geprägt. Demnach hatten Mütter nur eines zu tun: Hausfrau sein. Ich glaube, dass Amerikanerinnen und Engländerinnen auch gute Mütter sind, obwohl sie arbeiten gehen. Und dass auch die Kinder nicht schrecklich leiden, wenn ihre Mütter arbeiten gehen. Das ist eher gut für die Kinder, das motiviert sie. Damit will ich natürlich nicht die Hausfrauen diskriminieren. Meine Mutter war >>



Foto: privat

CONSTANZE STELZENMÜLLER

wurde 1962 geboren und ist in Deutschland, Großbritannien, Spanien und den USA aufgewachsen. Sie hat in Bonn Rechtswissenschaften und an der Harvard-Universität »Public Administration« studiert; wieder in Bonn wurde sie 1992 als Juristin promoviert. Ab 1994 hat sie elf Jahre lang im Politikressort der *Zeit* in Hamburg gearbeitet, zuletzt als Redakteurin mit den Schwerpunkten Verteidigung und Internationale Sicherheitspolitik. 2005 wurde sie Büroleiterin des »German Marshall Fund of the United States« in Berlin, dort 2009 zum »Senior Transatlantic Fellow« der deutsch-amerikanischen Forschungsstiftung. Seit 2009 ist sie Vorsitzende von WIIS Deutschland.

KARRIERE

eine und ging trotzdem vielen anderen Interessen nach. Aber wäre sie einige Jahrzehnte jünger gewesen, hätte sie auch eine akademische Laufbahn einschlagen können.

Rotter: Im öffentlichen Dienst sieht es ja nicht unbedingt besser aus als in den Unternehmen – im Gegenteil. Der Frauenanteil in den Führungspositionen der Bundesministerien liegt durchweg

Stelzenmüller: Um fair zu sein, muss man aber Außenminister Westerwelle wirklich loben: Er hat dezidiert und gezielt Frauen gefördert und ihnen die Chance gegeben, sich zu beweisen. Die Frauen, die jetzt aber an die großen Posten gekommen sind, wie zum Beispiel Emily Haber [seit 2. Juli 2011 beamtete Staatssekretärin im Auswärtigen Amt; d. Red.], die sind schon *top of the line* und können auch viel selbstbewusster agieren.

»Ich halte auch Frauen in der ›harten‹ Sicherheitspolitik für äußerst kompetent.«

bei weniger als 30 Prozent, wobei das Familienministerium mit nur knapp unter 30 Prozent die Liste anführt. Im Auswärtigen Amt und Verteidigungsministerium liegt der Anteil von Frauen in Führungspositionen unter zehn Prozent. Die weibliche Personaldecke ist ab Besoldungsgruppe B6, also ab der Stufe Ministerialdirigent, extrem dünn: Seit Juli haben wir jetzt erstmals eine Botschafterin in Paris, eine der Top-Auslandsmissionen, aber durch die Versetzung hat das Amt seine einzige Abteilungsleiterin in Berlin verloren.

Stelzenmüller: Immerhin gibt es ja noch einen weiblich besetzten Staatssekretärsposten.

Rotter: Ja, das ist dann die Eine, die die Statistik so schön raus reißt.

Da kommen auch viele Männer nicht mehr mit. In der Generation meines Vaters wäre eine Frau höchstens Leiterin der Personalabteilung oder Generalkonsulin in Houston geworden.

Aber ist es nicht heute weiterhin schwierig für Frauen einen Botschafterposten zu bekommen? Man könnte ja zum Beispiel argumentieren, dass eine Frau nicht mit dem Polizeichef von Ecuador einen trinken gehen kann.

Stelzenmüller: Ich habe mich zum Beispiel damals beim Auswärtigen Amt aus folgender Überlegung nicht beworben: Zum Einen hätte ich dann einen Mann gebraucht, der mich so unterstützt hätte, wie meine Mutter es für meinen Vater tat. Diesen Typ Mann habe ich damals aber >>



Foto: H. Lüders

MARIA ELISABETH ROTTER

wurde 1982 geboren und hat in Osnabrück European Studies und anschließend in Regensburg Politik- und Rechtswissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa studiert. In Chemnitz wurde sie 2011 promoviert. Heute ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Vorsitzenden des Europaausschusses im Bundestag, Gunther Krichbaum, und Associate im Projekt »EU Security Foresight 2030« der Stiftung Neue Verantwortung. Sie ist seit 2011 Schatzmeisterin von WIIS Deutschland.

KARRIERE

nicht gesehen. Wenn ich daher also Single geblieben wäre, hätten mich sowohl das Auswärtige Amt wie auch der KGB als Sicherheitsrisiko eingestuft. Wobei die einen versucht hätten, mich auf irrelevante Posten zu schieben, und die anderen, mich auf der Krim zu verführen. Beide Perspektiven fand ich nicht reizvoll.

Sind in den USA Condoleezza Rice oder Hillary Clinton Mitglied von WIIS?

Stelzenmüller: Ich glaube nicht, das würde mich wundern. Aber es sind schon ziemlich gute Frauen mit dabei: die Counterinsurgency-Spezialistin Paula Broadwell zum Beispiel.

2003 hat sich WIIS hier in Deutschland konstituiert. Hängt die relativ späte Gründung mit dem erweiterten Verständnis von Sicherheitspolitik zusammen, das sich erst allmählich durchsetzte und Frauen verstärkt ansprach?

Stelzenmüller: Eher war 2001 das Schlüsseljahr, als der Europäische Gerichtshof das Dienstverbot für Frauen in der Bundeswehr aufgehoben hat – mit der Begründung, es verletze die arbeitsrechtliche Gleichberechtigung. Die Deutschen waren spät dran: Selbst die Royal Navy hatte Frauen auf Schiffe gelassen, nach der schlichten Erkenntnis, dass die Schiffe sonst im Hafen bleiben würden.

Also eher aus Personalmangel?

Stelzenmüller: Genau, und wenn selbst die britische Marine das Heiligste für Frauen öffnet, dann

kann das auch die Bundeswehr. Im Grunde genommen sind hier aber auch Bereiche zusammengewachsen. Ich würde sagen, dass sich der Schwerpunkt der Sicherheitspolitik verlagert hat: von der Abwehr einer Gefahr mit regierungsamtlichen Postfach zum übergreifenden Risikomanagement. Und das reicht von den ganz harten Themen wie Counterterrorism und Counterinsurgency bis hin zu Klimaveränderungen, Migration und deren sicherheitspolitische Konsequenzen. Da ist vieles zusammen gewachsen, was vorher strikt getrennt war. Das bedeutete, dass die Einstiegsbarrieren für Frauen nicht mehr da waren, beziehungsweise viel niedriger wurden.

Rotter: Mich stört ein wenig die Implikation, dass es einer Verweiblichung der Sicherheitspolitik bedurfte, damit Frauen sich dafür interessieren.

Ich nehme das anders wahr. Ich halte Frauen auch in der »harten« Sicherheitspolitik für äußerst kompetent. Es brauchte nicht erst einen »Human security«-Ansatz oder zivil-militärische Kooperation, sondern gesamtgesellschaftlich eine stärkere Wahrnehmung von Frauen und ihrer Fähigkeiten. Damit wurde klar, dass sie auch in der Sicherheitspolitik ihren Platz haben, wie in jedem anderen Berufs- und Politikfeld auch. Die-

se Wahrnehmung hat sich schrittweise geändert und deshalb hat die Zahl der Frauen in diesem Bereich zugenommen.

Stelzenmüller: Ich glaube auch nicht, dass es »weibliche Aspekte« der Sicherheitspolitik gibt. Ich habe mich sehr früh für das Thema interessiert, als es neben Helga Haftendorn gerade einmal exakt eine weitere Frau in Deutschland gab, die sich mit damit beschäftigte: Beatrice Heuser, eine Schülerin von Michael Howard [britischer Militärhistoriker, geboren 1922; d. Red.]. Und es ist kein Zufall, dass sie nach England ging, um sich in Oxford mit den Theorien des Atomkrieges zu beschäftigen.

»Im öffentlichen Dienst sieht es ja nicht unbedingt besser aus als in den Unternehmen.«

Haftendorn und Heuser sind aber zwei unterschiedliche Generationen ...

Stelzenmüller: Ja, aber der Punkt ist folgender: Selbst in meiner Generation, ich bin Jahrgang 1962, ist es noch auffällig gewesen, wenn sich eine Frau für Sicherheitspolitik interessierte. Natürlich begegnete man Vorurteilen und traf auf Widerstände, und das nicht zu knapp. Darauf kann man auf zwei Art und Weisen reagieren: Man kann sich ins Bockshorn jagen lassen oder man sagt sich: »Jetzt erst recht!«

>>

Liebe Leserinnen und Leser!

Eine ab hier umfassendere Versions dieses Interviews finden Sie unter www.adlas-magazin.de.

Wie sieht die Zukunft von WIIS aus? Was muss Ihr Verein in den kommenden Jahren noch leisten?

Stelzenmüller: Ich sage immer, der Job ist getan, wenn unser Verein sich auflösen kann, weil er nicht mehr notwendig ist. Es gibt ja einen Grund, warum wir Zustrom haben: Die Studentinnen von heute haben es in aller Regel mit entspannten und emanzipierten Kommilitonen zu tun, die den Zivildienst absolviert und berufstätige Mütter

Rotter: Oft gewinnt man auch den Eindruck, dass sich Vorgesetzte stärker von jungen Frauen als von jungen Männern bedroht fühlen. Für neue männliche Mitarbeiter gibt es oft klassische Initiationsriten, wie zum Beispiel gemeinsam Fußball oder Golf zu spielen. Bei jungen Frauen greifen diese Kumpel-Mechanismen zwischen den Hierarchie-Ebenen nicht, das verunsichert natürlich.

Stelzenmüller: Tatsache ist doch, dass gewisse Probleme bei der beruflichen Fortentwicklung nur durch die Weitergabe tradierter Informationen lösbar sind. Hierzu bedarf es eines Mentors, der einem sagt: »So hab' ich das gemacht, jetzt mach' du mal.« Auch in der Sicherheitspolitik sind viele wichtige Informationen nicht im Studium oder in Archiven und Fachbüchern zu finden. Man muss

»Es braucht jemanden, der einem den Maschinenraum von innen beschreibt.«

haben. Dadurch entsteht bei vielen der Eindruck, im Beruf wird es genauso sein. Dort haben sie es aber auf einmal mit vertikalen Strukturen zu tun und mit Vorgesetzten, die aus einer ganz anderen Generation stammen und ganz andere Denkmuster haben. Da stoßen sie auf ausgesprochene und nicht ausgesprochene Barrieren, die ihnen fremd sind und an denen sie sich reiben. Bei uns berichten sie dann voller Erstaunen davon.

die Leute fragen, was sie machen, wie sie es machen und warum sie es machen. Es braucht jemanden, der einem den Maschinenraum von innen beschreibt. Und dafür werden Netzwerke gebraucht. Für Männer gibt es die, und immer mehr Männer – wie Maria Rotters Chef – sind klug genug, den Nachwuchs nicht nach Geschlecht zu fördern. Für die Frauen, die nicht solche Vorgesetzten haben, gibt es WIIS. <<<<

WOMEN IN INTERNATIONAL SECURITY

wurde 1987 in Washington, DC, und an der University of Maryland gegründet, um Frauen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einem damals noch viel stärker männlich dominierten Arbeitsumfeld, zu unterstützen, besser zu vernetzen und ihre Sichtbarkeit zu erhöhen. Seit 2011 am Center for Strategic and International Studies angesiedelt, hat sich WIIS – sprich »wise« – mittlerweile zu einem globalen Netzwerk mit mehr als 7.000 Expertinnen in 47 Ländern entwickelt. In Deutschland wurde WIIS.de 2003 gegründet; der eingetragene, gemeinnützige Verein hat derzeit rund 330 Mitglieder.

Quellen und Links:

[Webpräsenz von »Women in International Security – Deutschland«](#)

[Webpräsenz des WIIS-Dachverbandes](#)

[Facebookseite von WIIS](#)

Die Gretchenfrage

Lässt sich Sprache gendern? Für die einen geht es um die Gedanken beim Lesen, für die anderen um die Gefälligkeit beim Lesen.

Die, bisweilen politisch korrekte, Antwort scheidet die Geister.

Wirklichkeit verändern

»Zur **besseren Lesbarkeit** der Texte wird auf die weibliche Berufsbezeichnung verzichtet«, heißt es in der neuesten Karrierebroschüre des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung. Solche oder ähnliche Ankündigungen haben die meisten von uns schon in Firmenpublikationen oder wissenschaftlichen Schriften gelesen. In der Linguistik nennt sich das generisches Maskulin und soll suggerieren, ein rein maskuliner Sprachgebrauch gelte quasi »geschlechtsneutral«. Aus Gründen der Lesbarkeit und sprachlichen Ökonomie sei es störend, immer das »In« oder »Innen« mitzuschreiben. Lesbar für wen? Störend für wen? Wenn man Frauen tatsächlich ansprechen und repräsentieren will, warum ist es dann so schwierig, dass »wortwörtlich« zu tun?

Sprache ist nicht einfach nur Ausdrucks-, sondern auch Machtmittel. Durch Sprache vermitteln wir Gefühle, zum Beispiel Sympathie oder Hass, wir stellen Grenzen auf, etwa durch Ankündigungen wie »Betreten verboten!«, legen Versprechen ab oder vertragen uns. Mit Sprache werden soziale Beziehungen und Systeme etabliert, wird Wirklichkeit geschaffen, Macht benannt, Politik gemacht.

Denn wie sich eine Gesellschaft regelt, basiert auch auf Sprache. Fragen der Wortwahl oder Bezeichnung sind daher ganz und gar nicht trivial. Erst das passende Vokabular ermöglicht es, Gegenstände, Prozesse oder Situationen zu beschreiben. Wenn ich Sie jetzt auffordere, Ihre Lieblingsmusiker oder -autoren zu nennen, wer fällt Ihnen ein?

Die Psychologinnen Dagmar Stahlberg und Sabine Sczesny haben 2001 ihre Untersuchungspersonen mit genau dieser Frage konfrontiert. Den Kontrollgruppen haben sie dagegen die Doppelnennung (»Musiker und Musikerinnen«) sowie die Binnen-I-Variante (»MusikerInnen«) angeboten und festgestellt, dass die Antwortenden signifikant mehr Frauen nannten, wenn die weibliche Form nicht nur »mitgedacht«, sondern auch konkret benannt wurde.

Bei jedem weiteren »In« oder »Innen« hoffe ich, dass Sie stolpern, dass Sie vielleicht richtig genervt sind, denn sprachliches Anders-Formulieren ist auch ein Anstoß für Anders-Denken. Geschlechtergerechte Wirklichkeit muss mit dem Aussprechen von Realitäten, mit gendersensibler Sprache, beginnen. **Susann Offenmüller**

Leser erreichen

Sicher, Sprache kann ein Machtmittel sein; das Platzieren »politisch korrekter« Begriffe ist eines der effektivsten Mittel, fast unbemerkt Meinungen zu beeinflussen. Sprache ist allerdings in erster Linie Informationsmittel. Sie soll dazu dienen, Inhalte und Meinungen effektiv zu transportieren. Da insbesondere Wissenschaftssprache das oft nicht leistet, will *ADLAS* Sicherheitspolitik mit attraktiven Texten zugänglicher machen. Und das insbesondere bei einem vorurteilsbelasteten Feld wie »Frauen und Sicherheit«.

Hilft das Binnen-I, diesem Thema besser gerecht zu werden? Die Psycholinguistik hilft uns mit einem klaren »Jein« kaum weiter. Es gibt Studien, die zeigen, dass ein Binnen-I mehr Aufmerksamkeit auf die weibliche Teilmenge lenkt: Wer SoldatInnen liest, denkt demnach deutlich häufiger *auch* an weibliche Soldaten. Gegenstudien wiederum legen nahe, dass das menschliche Gehirn eine sogenannte Binnenmajuskel nicht verarbeiten kann: Wer SoldatInnen liest, denkt demnach deutlich häufiger *nur* an weibliche Soldaten; wer es hört, sowieso. Diese Fokussierung merken auch die Richtlinien für einen nicht->>

Woran denken Sie, wenn Sie das Wort »SoldatInnen« lesen?

sexistischen Sprachgebrauch der deutschen Unesco-Kommission an: »Das Binnen-I kann eine Signalfunktion übernehmen, wenn die Beteiligung von Frauen hervorgehoben werden soll.«

Für *ADLAS* ist aber ein anderer Punkt noch wichtiger: eben die Lesbarkeit. Denn unser Magazin will ja Leserinnen und Leser für das übergeordnete Thema Außen- und Sicherheitspolitik gewinnen, die sich nicht schon sowieso dafür interessieren. Das gilt für das Unterthema »Frauen in Militär und Krieg« umso mehr.

Ungetüme wie »SoldatInnensprecherInnen« oder »TerroristInnenkomplizInnen«, aus Motiven der Gleichberechtigung entstanden, laden nicht zum Lesen ein – sie schrecken ab. Wenn man Frauen tatsächlich ansprechen und repräsentieren will, dann hilft das Binnen-I auch nicht weiter.

Wir halten deshalb an bewährten Regeln fest: Beziehen wir uns explizit auf Soldatinnen und Soldaten aufgrund ihres Geschlechts, dann schreiben wir auch »Soldatinnen und Soldaten«. Ansonsten schreiben wir »Soldaten« und nutzen den Platz, der nicht für zusätzlich verbraucht wurde, für mehr Inhalt. **d. Red.**

Quellen und Links:

[Leitfaden »Geschlechtergerechte Sprache« der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Köln](#)

[Leitfaden zur sprachlichen Gleichbehandlung von Soldatinnen und Soldaten vom 16. Januar 2009, herausgegeben in der Abteilung Führung der Streitkräfte des Bundesverteidigungsministeriums](#)

[Gesetz zur Durchsetzung der Gleichstellung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr vom 27. Dezember 2004](#)

[Sabine Sczesny und Dagmar Stahlberg: »Effekte des generischen Maskulins \[...\]« in der Psychologischen Rundschau, Ausgabe 52\(3\) 2001](#)

[Richtlinien »Eine Sprache für beide Geschlechter«, herausgegeben von der Deutschen UNESCO-Kommission, 1993](#)

VON KRIEGFÜHRENDEN

Feministische Linguistik entstand in den 1960er Jahren mit dem Ziel, Sprache nach feministischen Gesichtspunkten zu analysieren. Der Hauptkritikpunkt von Vertreterinnen wie Senta Trömel-Plötz oder Luise F. Pusch richtet sich gegen die Verwendung der männlichen Sprachform, wenn sowohl Männer als auch Frauen gemeint sind: In dem Fall müssten auch beide Gruppen genannt werden. Der Begriff »Soldaten« – grammatikalisch maskulin – soll demnach nicht verwendet werden, wenn sowohl männliche als auch weibliche Militärangehörige gemeint sind. Für die Bundeswehr bestimmt das Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsdurchsetzungsgesetz, dass diese sprachliche Gleichstellung auch für den dienstlichen Schriftverkehr gelten soll.

In den 1980ern veröffentlichte unter anderem die UNESCO ihre »Richtlinien für einen nicht-sexistischen Sprachgebrauch«, die mittlerweile weit verbreitet sind. Danach gibt es drei Möglichkeiten: die Beidnennung (»Soldatinnen und Soldaten«), die Nennung mit Schrägstrich (»die Soldat/innen« beziehungsweise »der/die Soldat/in«) oder das so genannte Binnen-I (»SoldatInnen«).

Das »Gender Gap« zuletzt ist aus der Forderung erwachsen, bei der Nutzung des Binnen-Is anstelle der Beidnennung mithilfe eines Unterstrichs auch alle sozialen Geschlechter zu berücksichtigen, die nicht in das biologisch-geschlechtliche Schema Mann-Frau passen. So werden »Krieger und Kriegerinnen« zu »Krieger_Innen«.

Das Geschäft mit der Lücke

von Stefan Dölling

Cyberwaffen und ihre Grundbausteine werden, ganz wie andere Kriegswerkzeuge auch, seit einigen Jahren international sehr rege gehandelt. Im Gegensatz zu seinem analogen Gegenstück ist der digitale Waffenmarkt bislang allerdings fast völlig unreguliert – und wird ausgerechnet von staatlichen Stellen im Namen der Sicherheit massiv gefördert. Ob die so verwandten Steuergelder gut angelegt sind, darf ernsthaft bezweifelt werden.



>> **Ob »Stuxnet«, »Flame«, »Duqu«** oder zuletzt »Gauss« – die Hightechwaffen des digitalen Schlachtfeldes haben mindestens zweierlei gemein: merkwürdige Namen und den Fakt, dass sie »Zero-Day-Exploits« nutzen, um in ihre Zielsysteme einzudringen. Als »Exploit« bezeichnet man gemeinhin das Ausnutzen einer Sicherheitslücke in Betriebssystemen oder Anwendungsprogrammen, um darüber dann ungestört eigenen Code auf dem Zielsystem auszuführen. Solche Sicherheitslücken, die sich ausnutzen – also »exploiten« – lassen, werden täglich dutzendfach gefunden und im Idealfall den Herstellern des betroffenen Programms gemeldet. Diese entwickeln dann möglichst zeitnah einen digitalen Flicker – das Patch – mit dessen Hilfe der Endnutzer diese Sicherheitslücke in seinem System wieder schließen kann. Soweit die Theorie.

In der Realität wurden und werden Sicherheitslücken – insbesondere wenn diese erhebliche Eingriffe in das anvisierte System zulassen – jedoch keineswegs immer von ihren Entdeckern an die Softwarehersteller weitergegeben.

Solche ungemeldeten Verwundbarkeiten bilden wiederum die Grundlage für die so genannten Zero-Day-Exploits. Diese spezielle Form zeichnet sich dadurch aus, dass nur der Angreifer den Schleichweg durch die Sicherheitslücke kennt. Nutzer oder Hersteller entdecken die Schwächen, wenn es schon zu spät ist – nach dem Angriff. Erst ab Tag Eins der Entdeckung kann der Hersteller der betroffenen Software damit beginnen, die Lücke

zu schließen. Abhängig davon, welches Ziel der Angreifer verfolgt und wie vorsichtig er sich im angegriffenen System bewegt, kann vom Beginn eines Angriffs bis zu seiner Entdeckung und zu effektiven Gegenmaßnahmen er-

hebliche Zeit verstreichen. Als beispielsweise Stuxnet im Juni 2010 aufgespürt wurde, hatte die Schadsoftware bereits knapp ein Jahr unerkannt in ihren Zielsystemen gewirkt.

Für die Entwicklung von Cyberwaffen sind solche Sicherheitslücken etwa das Äquivalent zu Uranerz beim Bau von Nuklearwaffen – sie sind der Grundbaustein, ohne den praktisch nichts geht. Zero-Day-Exploits sind wiederum die waffenfähige Variante dieser Lücken: hoch angereicherte Bits und Bytes. Doch während der Handel mit dem strahlenden Grundstoff der Atombombe durch internationale Verträge und Kontrollregime streng reguliert wird und dessen Anreicherung – wie aktuell im Fall Iran – schon fast zum *casus belli* gereicht, gelten für sein digitales Gegenstück andere Regeln. Die des freien Marktes.

Der so genannte *vulnerability market* hat seine Wurzeln in den 1990er Jahren, als sich Softwarehersteller noch kaum Gedanken um die Sicherheit ihrer Produkte machten und sich mit dem Handel von Sicherheitslücken kaum Geld verdienen ließ – denn es gab schlicht so viele Sicherheitslücken, dass niemand etwas dafür gezahlt hätte. Zugegebenermaßen waren die kriminellen und militärischen Anwendungsmöglichkeiten damals auch noch eher begrenzt, denn die kritischen Infrastrukturen von Staaten und Unternehmen arbeiteten noch weitgehend analog und waren entsprechend robust gegenüber Cyberattacken. Diejenigen, die solche Programmfehler finden und »exploiten« konnten, nutzten sie hauptsächlich dazu, sie der computeraffinen Community möglichst spektakulär zu präsentieren und sich so Ruhm und Ehre als IT-Spezialisten zu erarbeiten. Mit der so gewonnenen Reputation ließ sich dann wiederum in der freien Wirtschaft Geld verdienen. Die Suche nach Sicherheitslücken und Exploits zu dieser Zeit ähnelt heutigen Praktika – viel unbezahlte Arbeit in der Hoffnung, damit die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Softwarehersteller freuten sich lange über diese »ehrenamtlichen Betatester«, die ihnen die Fehler in ihren Programmen sozusagen frei Haus lieferten, – und behoben die entdeckten Lücken trotzdem oft monatelang nicht.

Seitdem hat sich viel verändert. Als mit dem beginnenden 21. Jahrtausend das Internet in Unternehmen, staatlichen Behörden und schließlich auch in >>

Aus den nicht gemeldeten Sicherheitslücken werden gefährliche Verwundbarkeiten.

den Privathaushalten endgültig zur kritischen Infrastruktur avancierte, ist die Sicherheit von Programmen immer stärker zum Thema geworden. Im selben Maß ist auch die Bedeutung der Sicherheitslücken und Exploits gewachsen. Denn die lassen sich nun mit der nötigen kriminellen Energie gewinnbringend nutzen, indem man zum Beispiel Unternehmen Forschungsergebnisse digital stiehlt oder nichtahnenden Bürgern über das Netz die Konten leerräumt. Die Nachfrage auf dem *vulnerability market* ist in der Folge stetig angestiegen – und damit auch die Preise.

Dies ist wiederum der zunehmenden Professionalisierung dieses Marktes zuträglich. Projekte wie beispielsweise die »Zero Day Initiative« (ZDI) der Firma TippingPoint und Unternehmen wie iDefense begannen Anfang der 2000er, IT-Spezialisten endlich für ihre Mühe beim Auffinden von Sicherheitslücken zu entlohnen. Heute sind auch große Softwarehersteller auf diesem Feld zu Gange. So kaufte sich Hewlett-Packard beispielsweise 2009 bei TippingPoints ZDI ein, und sowohl Google als auch Facebook besitzen mittlerweile Einkaufsabteilungen für sachdienliche Hinweise auf Sicherheitslücken in ihren Produkten. Die gezahlten »Bug-Bounties« bewegen sich dabei, je nach der Art der gefundenen Lücke, zwischen 1.000 und 10.000 US-Dollar.

Doch Geld ist bekanntlich nicht alles. Anknüpfend an die Traditionen der Szene versuchen fast alle dieser Initiativen, reputationsfördernde Zusatzanreize zu schaffen. So verspricht das Entlohnungsmodell der ZDI den besten Lückenjägern Freikarten und -flüge für wichtige Hackerkongresse oder den Zugang zu exklusiven Schulungen, während beispielsweise Google auf einschlägigen Konferenzen publikumswirksame Hacking-Events sponsert. Hier können IT-Talente öffentlich ihre Fähigkeiten beim Eindringen in Google-Produkte präsentieren und bei Erfolg bis zu 60.000 Dollar gewinnen – vorausgesetzt, sie helfen der Firma hinterher, die genutzte Sicherheitslücke auch selbst zu finden und zu schließen. Es ist ein Markt, der allen Beteiligten nutzt: den Softwareherstellern, die für relativ wenig Geld die Sicherheitslücken in ihren Programmen geliefert bekommen, den IT-Spezialisten, die auf diesem Weg Reputation und Geld erwerben können und nicht zuletzt den Endkunden, die von sichereren Programmen profitieren. >>



Zero-Day-Exploits sind hochangereicherte Bits und Bytes.

Kontrollraum der Uran-Anreicherungsanlage im
amerikanischen »Oak Ridge National Laboratory« 1945

Foto: US Department of Energy

Daneben existiert aber auch noch ein »grauer« Markt, der solche Kunden mit Sicherheitslücken versorgt, die diese nicht schließen, sondern vielmehr ausnutzen wollen. Und dieser Markt ist gerade in den letzten Jahren massiv gewachsen. Es sind neue Akteure auf dem *vulnerability market* aufgetaucht, die für Zero-Day-Exploits viel Geld zahlen. Sehr viel Geld. Nach einer Liste, welche das *Forbes Magazine* Anfang des Jahres abdruckte, zwischen 5.000 und 250.000 Dollar. Andere Quellen berichten gar von Summen bis zu 500.000 Dollar pro Sicherheitslücke – der Preis variiert dabei je nach Art des Exploits und des betroffenen Programms. Da diese Preise um ein vielfaches über den von der Industrie gezahlten liegen, werden immer mehr dieser schwerwiegenden Sicherheitslücken nicht den Herstellern gemeldet, sondern an Dritte verkauft. Sie sind ein gravierendes Risiko für den Endnutzer.

Paradoxerweise ist es nicht das organisierte Verbrechen, welches mit seinen tiefen Taschen die Konjunktur dieses »grauen« Marktes angekurbelt hat. Vielmehr sind es Geheimdienste und Militärs – also Institutionen, die eigentlich für unsere Sicherheit sorgen sollen – die mit viel Geld aus dem Steuersäckel dafür zuständig zeichnen. Seit sie das Potenzial von Cyberkrieg und -spionage erkannt haben, befeuert ihre Nachfrage massiv den digitalen Waffenhandel.

Allerdings birgt der Umgang mit Diensten und Militärs stets Risiken für die digitalen Lückenhändler – denn schnell wird man durch das eigene Wissen um die gerade veräußerte Lücke selbst zum Sicherheitsrisiko. Und auch wenn westliche Geheimdienste mit ihren Lieferanten vermutlich humaner verfahren als beispielsweise die russische Mafia, drohen dennoch Reisebeschränkungen und -verbote oder auch »nur« das gehobene Interesse der Dienste an der eigenen Person – eine Perspektive, welche die meisten Menschen vermutlich vermeiden wollen. Daher haben sich auch auf dem »grauen« Markt schnell professionelle Strukturen herausgebildet. So existiert mittlerweile eine ganze Industrie, die sich darauf spezialisiert hat, als Mittelsmann gefundene Sicherheitslücken an interessierte Kreise zu vermitteln. Unternehmen wie Errata Security, Netragard oder VUPEN zahlen Höchstpreise für gefundene Zero-Day-Exploits und verkaufen sie ihrerseits gewinnbringend an die eigenen Kunden weiter.

Insbesondere die französische Firma VUPEN sorgte im März dieses Jahres für Furore, als das Unternehmen sein eigenes Team zum Hacking-Wettbewerb »Pwn2Own« nach Vancouver schickte. In Kanada demonstrierte es per Zero-Day-Exploit erfolgreich einen Angriff auf Googles Webbrowser »Chrome« – verzichtete dann aber dankend auf die ausgelobten 60.000 Dollar Preisgeld. Denn dafür hätte das VUPEN-Team Google die genutzte Sicherheitslücke verraten müssen. »We wouldn't share this with Google for even one million dollar«, zitiert *Forbes* den Firmengründer Chaouki Bekrar. »We want to keep this for our customers.« Die Aussage lässt zumindest erahnen, wie viel Geld mittlerweile im digitalen Lückenhandel steckt.

Die Kunden, so beruhigen die Vertreter aller genannten Firmen stets, seien dabei ausschließlich Nato-Staaten oder -Partner. Despotische Regime oder Terrororganisationen hingegen, darauf legt die Branche Wert, müssen sich anderswo mit dem digitalen Bombenstoff versorgen. Nun scheint der Begriff »Nato-Partner« durchaus dehnbar. Und so mancher mag selbst mit der Aussage, dass sich »nur« westliche Dienste und Militärs so den barrierefreien Zugang zu unseren Computern erkaufen, so seine Probleme haben.

Doch abgesehen von solchen »Feinheiten« stellt sich die grundsätzliche Frage, wie lange das gutgehen kann. Denn Äußerungen des freiberuflich tätigen und ebenfalls von *Forbes* befragten Teilzeit-Exploit-Zwischenhändlers »the Gruug« lassen sich durchaus so lesen, dass die »westlichen« Kunden am Markt derzeit vor allem einen Vorteil vor ihrer undemokratischen Konkurrenz >>

»We wouldn't share
this with
Google – we want
to keep this for
our customers.«

haben: sie zahlen besser. Und so bleibt es eigentlich nur eine Frage der Zeit, oder besser, des Kaufpreises, bis die falschen Akteure sich am Markt mit hochangereicherten Bits und Bytes für den Cyberkrieg eindecken.

Was ist zu tun? Den Handel mit Sicherheitslücken verbieten, ist illusorisch. Anders als hochangereichertes Uran, welches bekanntlich erhebliche technische Ressourcen zur Herstellung benötigt, sind Sicherheitslücken ständiges und unvermeidbares Nebenprodukt der digitalen Industrie; Exploits können

sozusagen »mit Bordmitteln« nahezu überall produziert werden. Welche Schwierigkeiten bereits der Versuch mit sich bringt, das Problem auf diese scheinbar einfache Art zu lösen, hat gerade Deutschland mit Einführung des Paragraphen 202c (»Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten«) des Strafgesetzbuches erfahren.

Eine wirksame Regulierung ist illusorisch.

Denn mit der Kriminalisierung so genannter »Hackertools« wurde hierzulande zwar die Entwicklung und Herstellung von Exploits unter Strafe gestellt, allerdings – bei strenger Auslegung – gleichzeitig auch alle IT-Sicherheitspezialisten und -forscher ihrer Arbeitsmittel beraubt. Dass der Paragraph die so wichtige legitime deutsche IT-Sicherheitsforschung nicht gerade gefördert hat, ist kein Geheimnis. Genauso wie die, dem deutschen Gesetz zu Grunde liegende, europäische »Convention on Cybercrime« aus dem Jahr 2004 befasst sich der »Hackerparagraph« aber auch nur mit den waffenfähig gemachten Sicherheitslücken, den Exploits. Der freie Handel mit Sicherheitslücken – so lange keine böse Absicht dahinter steht – bleibt unberücksichtigt. In der Praxis heißt das vermutlich, einfach nicht allzu genau beim Kunden nachzufragen, was er mit der bislang unbekanntenen Sicherheitslücke eigentlich vorhat.

Wirksamer wäre vermutlich die gesetzliche Verpflichtung staatlicher Stellen, Sicherheitslücken sofort den Softwareherstellern zu melden, sobald sie von diesen erfahren. International verbindlich verabredet – etwa so wie beim

Nichtverbreitungsabkommen bezüglich Nuklearwaffen – würde dies auf einen Schlag die zahlungskräftigsten Kunden aus dem Markt ziehen. Allerdings wäre ein solches internationales Melderegime erstens kaum zu kontrollieren und erscheint zweitens – angesichts des derzeitigen Trends hin zum Cyberwar – völlig illusorisch. Welcher Staat würde derzeit schon freiwillig die Fähigkeit zum digitalen Bombenbau aus der Hand geben?

Und während Innenminister Hans-Peter Friedrich eine Cyberangriff-Meldepflicht für Unternehmen notfalls auch gesetzlich festschreiben will, wird man auf die behördliche Meldepflicht von Sicherheitslücken an die Hersteller vermutlich lange warten können. Somit bleibt zunächst nur festzuhalten, dass der digitale Waffenmarkt existiert, derzeit weitgehend nicht reguliert ist und ausgerechnet staatliche Akteure ihn massiv befördern. Ob das wirklich unserer Sicherheit dient, bleibt mehr als fraglich. Die Folgen werden uns in absehbarer Zeit sicher sehr real begegnen. <<<<

Quellen und Links:

[Hintergrundbericht über den Exploit-Handel auf *Techweekeurope* am 10. September 2012](#)

[Bericht über den Exploit-Handel im *Forbes Magazine* vom 23. März 2012](#)

[Einführung zu Sicherheitslücken vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik vom 2. März 2012](#)

[Paper der Agentur Independent Security Evaluators über den Vulnerability-Market vom 6. Mai 2007](#)

[Internetpräsenz der »Zero Day Initiative«](#)

Genesis einer Teilstreitkraft

von Nedife Arslan



Wachraum des »US Navy Cyber Defense Operations Command«

Foto: US Navy / Joshua Wahl

Neben den etablierten militärischen Operationsfeldern zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum ist eine neue Kriegszone entstanden – die digitale. Zur Sicherung von vernetzten Waffensystemen und sicherheitsrelevanter Infrastruktur werden auf dem neuen Schlachtfeld immer mehr Spezialisten mit bestem technischen Know-how benötigt. Streitkräfte suchen daher dringend IT-Experten – sie werden die klassischen uniformierten Kämpfer aber nur ergänzen, nicht ersetzen.

>> Im April 2012 schlossen die ersten »Cyber-Soldaten« der israelischen Armee ihre Ausbildung ab. An amerikanischen Hochschulen wie dem University of Maryland University College bestehen schon länger Fachbereiche »Internetsicherheit« und auch in Deutschland existieren, etwa an der Fachhochschule Gelsenkirchen, einschlägige Studiengänge. In Ländern wie China – trotz Dementi – und Russland spielen auch Spezialisten mit IT-Wissen eine zunehmend wichtige Rolle bei »digitalen Operationen«. In Militär und Wirtschaft scheint es gewissermaßen einen neuen Trend-Beruf zu geben: den des »Cyber-Security«-Experten oder »Cyber-Kriegers«. Ist das der Anfang vom Ende des klassischen Soldatenberufs?

»Der Cyber-Krieg wird kommen. Nicht so sehr als heißer, offener militärischer Konflikt, sondern mehr als eine elektronische Wiedergeburt des Kalten Krieges mit Spionage, Sabotage und zahlreichen kleinen Zwischenfällen,« so der Berliner Technologieforscher Sandro Gaycken vom Institut für Informatik an der Freien Universität Berlin. Digitales Aufrüsten und digitaler Krieg sind in vollem Gange, wie nicht nur der jüngste Angriff auf die Server des iranischen Energieministeriums und der staatlichen Öl-Firma NIOC im April 2012 gezeigt hat. Auch die Attacke mit Hilfe des Computerwurms »Stuxnet« >>

STRUKTUREN

im Jahr 2010 wird nach einhelliger Meinung vieler Experten als ein Angriff auf die Leittechnik der iranischen Uran-Anreicherungsanlagen und letztlich als Angriff auf das Atomprogramm Teherans gewertet. Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad räumte später ein, dass der Angriff tatsächlich zu ernstesten technischen Problemen geführt habe.

Die Angriffe mit »Flame«, »Stuxnet« und »Duqu« auf IT-Netze im Iran zeigen dabei deutlich, welche Folgen solch ein Cyberangriff haben kann. Mögliche Ziele solcher Attacken sind dabei zumeist die Infrastruktur, das Finanzwesen oder militärische Einrichtungen eines Landes. Das »Besondere« am Cyberwar ist, dass kein einziger Schuss fallen muss, um das wirtschaftliche oder militärische System eines Staates nachhaltig zu schädigen. Doch auch und gerade bei der starken digitalen Vernetzung von Waffensystemen und einem vermehrten Einsatz von Drohnen als ferngesteuerte Waffen, können die Folgen eines Hackerangriffs auch militärisch gravierend sein. Eine aus Nevada gesteuerte Drohne über Pakistan könnte beispielsweise mit einem elektronischen Angriff sabotiert und im schlimmsten Fall gegen die eigenen Truppen eingesetzt werden.

Die Gefahren und Möglichkeiten für militärische Operationen im Cyberspace haben mittlerweile viele Staaten erkannt und daher ihren Fokus verstärkt auf den Bereich digitaler Sicherheit gelegt. So diskutierte eine Strategiekonferenz der Nato im November 2010 den Entwurf einer neuen Nato-Cyberstrategie. Die Bedeutung, die das westliche Bündnis dem Cyberkrieg in der Sicherheitspolitik seither beimisst, lässt sich anhand des Vorschlages des Nato-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen verdeutlichen, der meinte, dass ein Cyberangriff auf ein Mitgliedsland künftig den Bündnisfall auslösen können solle. Die Option, kriegerisch auf einen Angriff aus dem Netz zu reagieren, hatte vorher bereits Präsident Barack Obama für die USA verkündet.

Der digitale Krieg nimmt also eine immer größere Bedeutung in den sicherheitspolitischen Diskussionen ein. Da der »einfache« Soldat das nötige technische Know-how zumeist nicht besitzt, versuchen Militärs aus vielen Staaten derzeit verstärkt, selbst IT-Experten auszubilden oder geeignetes Personal besonders auch aus dem universitären Umfeld anzuwerben – in der Bundeswehr zuletzt mit Gehaltszuschlägen von bis zu 20 Prozent im Vergleich zu den »analogen« Uniformträgern. Es zeigt sich: Auch Deutschland hat mittlerweile die von Cyberangriffen ausgehende Gefahr erkannt und seit

2006 eine für solche Attacken zuständige Abteilung »Computernetzwerkoperationen« beim Kommando Strategische Aufklärung in Gelsdorf bei Bonn stationiert, die seit 2011 immerhin über eine entsprechende »Anfangsbefähigung« verfügt. Werden aber die »klassischen« Soldaten für das Cybermilitär überhaupt noch benötigt oder werden IT-Experten die künftigen »Krieger« sein – und Viren, Trojaner und Würmer ihre »Waffen«? Braucht man für Bits und Bytes überhaupt Uniformierte?

Um diese Fragen beantworten zu können, erscheint eine genauere Beschreibung des Cyberwars sinnvoll. Beim digitalen Krieg handelt es sich im Wesentlichen um einen Konflikt zwischen fortgeschrittenen Industriestaaten. Vor allem in diesen Staaten sind nämlich viele Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft digitalisiert, ob es sich nun um das Finanzsystem oder militärische Einrichtungen handelt. Daher sind überwiegend auch technisch hoch entwickelte Nationen, ob nun die USA, China, Russland oder der Iran, die vorrangigen Akteure im Cyberwar. Das Paradoxe ist, dass gerade diese entwickelten Staaten gleichzeitig auch die hauptsächlichen Ziele von Cyberangriffen sind. Und da der Feind im Netz im Prinzip unsichtbar lauert, ist es umso schwerer, sich gegen diesen Feind zu wehren oder einen Gegenangriff auszuüben. So wird zwar allgemein davon ausgegangen, dass hinter dem »Stuxnet«-Angriff auf den Iran die USA und Israel steckten – gerichtsfest beweisen könnte man dies aber keineswegs.

Zwar kann ein Hackerangriff schwerwiegende Auswirkungen für ein Land haben, aber gleichzeitig sind Folgen, die denen eines kriegerischen Angriffes nahe gekommen wären, auch im Falle des »Stuxnet«-Angriffs auf den Iran ausgeblieben. An der digitalen Front kann bei hochkomplexen technischen Anlagen, die aber gerade deshalb auch digital angreifbar sind, ein Cyberangriff >>

Per Mausklick
Schäden zu
verursachen, macht
Cyber-Soldaten
interessant für
Politiker, Militärs und
Geheimdienste.

STRUKTUREN

zu großen Schäden führen – nur ist das noch lange kein Krieg im herkömmlichen Verständnis. Derzeit scheint es so, als könne Cyberwar im Prinzip nur zwischen hochentwickelten, digitalisierten Staaten geführt werden, die sich dadurch gegenseitig deutlich schwächen, aber nicht wirklich besiegen können.

Vor allem in Zeiten asymmetrischer Kriege, wo staatliche Akteure es häufig mit nichtstaatlichen Gruppen – wie Terroristen oder Guerillaorganisationen – zu tun haben, wird ein nur digital geführter Krieg nicht ausreichen,

um einer (gewaltsamen) Bedrohung zu begegnen. Gerade der »Arabische Frühling« hat gezeigt, dass diktatorische Regime letztlich nicht per Mausklick, sondern nur durch den physischen Einsatz von Menschen zu Fall gebracht werden.

Der reine Cyberkrieg findet nicht statt.

Allerdings können Angriffe auf IT-Systeme dennoch dabei helfen, solche Akteure nachhaltig zu schwächen. Eine Kombination aus digital und real geführtem Krieg erscheint daher als Prognose insgesamt realistischer. Peter Sommer von der London School of Economics und Ian Brown vom Oxford Internet Institute sind sich daher sicher: »It is unlikely that there will ever be a true cyberwar.« Auch der Technologieforscher Gaycken geht davon aus, dass es einen reinen Cyberkrieg nicht geben wird: »Man nimmt dadurch schließlich kein Land ein oder verändert die dortigen Machtstrukturen.«

Andererseits kann ein einziger Angreifer mit einem handelsüblichen Computer und dem nötigen Know-how heute quasi per Mausklick Schäden verursachen, für die früher erhebliche militärische Ressourcen eingesetzt werden mussten. Genau das macht Cyber-Soldaten so interessant für Politiker, Geheimdienste und Militärs und unterstreicht ihre Relevanz für die digitale nationale Sicherheit.

Mit dem »Cybermilitary« kommt eine weitere Dimension zu den bisherigen Land-, Marine und Luftstreitkräften hinzu. Für dieses Cybermilitär werden in der Tat keine »klassischen« Soldaten, sondern speziell angeworbene oder geschulte IT-Experten in Uniform benötigt. Damit werden die »klassischen« Soldaten indes keineswegs überflüssig. Die Geschichte hat eindeutig gezeigt, dass weder der für den Luftraum geschulte Pilot noch der Spezialist für den Welt-

raum den »einfachen« Soldaten der Landstreitkräfte ersetzt hat. Mit der Erfassung neuer, komplexer Räume für militärische Operationen wurden immer auch Spezialisten für diese neuen Schlachtfelder benötigt. Und so wie der Soldat der Luftwaffe eine langjährige spezielle Ausbildung benötigt, so brauchen die Soldaten bei Operationen in digitalen Netzwerken eine umfassende technische Ausbildung. Hier ist das Wissen von Programmierern, Informatikern und anderen Spezialisten mit IT-Know-how gefragt.

Da gerade hochentwickelte Staaten im digitalen Zeitalter besonders angreifbar sind, wird die digitale Verteidigung – und mit ihr die »Hacker-Soldaten« – weiter an Bedeutung gewinnen. Und auch um einen Gegner nachhaltig zu schwächen, wird der Cyberkrieg mit dem »digitalen Soldaten« in Zukunft eine größere Rolle im Kriegsgeschehen einnehmen.

Um beispielsweise ein Regime dann aber tatsächlich auch zu Fall zu bringen, werden weiterhin Einsätze mit »klassischen Soldaten« folgen müssen. Eines steht aber auf jeden Fall fest: Ohne digitale Soldaten an der Heimatfront ist jede Industrienation künftig auf dem digitalen Schlachtfeld ein leichtes Ziel für die Viren und Trojaner der Gegenseite. Und rein digital lassen sich Taliban oder al-Qaida gewiss auch nicht besiegen. <<<<

Nedife Arslan hat 2011 den Masterstudiengang »Europäische Studien« an der Universität Osnabrück abgeschlossen.

Quellen und Links:

[Bericht der Zeit vom 21. Januar 2011](#)

[Studie »Reducing Systemic Cyber Security Risk« der OECD von 14. Januar 2011](#)

[Essay »Aufmarsch im Internet« von Sandro Gaycken und David Talbot im *Technology Review* und bei *heise online* vom 8. Oktober 2010](#)

[Masterstudiengang »Internetsicherheit« der Fachhochschule Gelsenkirchen](#)

[Website des »Oxford Internet Institute« der Universität Oxford](#)

Rationalität des Irrationalen

von Andreas Bock



»Brinkmanship« in Aktion: Vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen stellt Benjamin Netanjahu am 27. September das vermutete iranische Atomwaffenprojekt als Gefahr für den Weltfrieden dar.

Foto: UN / J. Carrier



Der Präventivschlag steht kurz bevor – zumindest wenn es nach Israels Ministerpräsident Netanjahu geht. Noch vor November will er den Angriff auf den Iran. Und der iranische Präsident Ahmadinedschad erklärt Israel postwendend zu einer »Beleidigung für die Menschheit«.

Bemerkenswert daran ist, dass beide Akteure gleichermaßen irrational zu agieren scheinen: Wer keine Eskalation will, müsste sich anders verhalten. Um ihren Gegenspieler zur Verhaltensänderung zu zwingen, benehmen sich Jerusalem und Teheran aber mit Absicht alles andere als rational.

>> Seit Monaten wiederholt US-Präsident Barack Obama, stellvertretend für viele westliche Regierungen, dass er eine iranische Atombombe unter keinen Umständen dulden werde. Harte Sanktionen, so die Hoffnung, sollen das Regime in Teheran zum Einlenken bewegen. Im Streit um das iranische Atomprogramm aber droht der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Geduld zu verlieren. In Jerusalem fürchtet man, dass Iran ungehindert weiter an der Atombombe baut. Wie die *Times of Israel* im August berichtete, habe Netanjahu in einem privaten Gespräch Anfang August die Überzeugung geäußert, dass Sanktionen kein Weg seien, die Gefahr eines nuklear bewaffneten Iran zu bannen: »If no one attacks, Iran will get the bomb.« Netanjahu und sein Verteidigungsminister Ehud Barak hätten sich diesem Bericht zufolge »almost finally« festgelegt, Iran noch vor den US-Präsidentschaftswahlen im November anzugreifen. Auch ohne Unterstützung der USA.

Postwendend erklärte Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad laut staatlicher Nachrichtenagentur IRNA, an seiner anti-israelischen und antisemitischen Rhetorik festhaltend: »The very existence of the Zionist regime is an insult to the humankind and an affront to all world nations.«

Der Streit um das – derzeit nur vermutete – iranische Atomwaffenprogramm läuft heiß und steuert auf einen Krieg zu. Bemerkenswert ist, dass Israel und Iran, als die beiden Hauptakteure des Konflikts, sich dabei gleichermaßen irrational verhalten: Wer die Gefahr einer militärischen

Eskalation minimieren und die Kosten eines Krieges, der die gesamte Region in Brand stecken könnte, vermeiden will, verhält sich anders. Aus Sicht eines rationalen Akteurs macht diese Politik von Iran und Israel eigentlich keinen Sinn. Oder steckt mehr dahinter?

In Israel haben Teile der Regierung bereits begonnen, die Folgen eines Krieges gegen die Islamische Republik schönzurechnen. Matan Vilnai, bis August 2012 Zivilschutzminister, ließ öffentlich verlauten, dass man von einem 30-tägigen Waffengang und 500 Toten ausgehe. »Es gibt keinen Anlass zur Hysterie«, sagte Vilnai, denn der Zivilschutz sei so gut vorbereitet wie nie zuvor.

Tatsächlich aber ist kaum realistisch abzuschätzen, welche Folgen ein israelischer Angriff auf Iran haben würde, Folgen auch bei Glaubensbrüdern im »Schiitischen Halbmond«: Wie werden sich Irak, wie der Libanon verhalten? Ziem-

Iran und Israel stehen auf schwachen Positionen.

lich sicher ist, dass die Hisbollah Ziele in Israel beschießen würde. Ihr Generalsekretär Hassan Nasrallah hat am so genannten »Al-Quds-Tag« am 17. August bereits gedroht, »[to bomb] the lives of hundreds of thousands of Zionists into hell«. Zudem könnte Iran versuchen, die für die Weltwirtschaft so wichtige Straße von Hormuz zu >>

blockieren. Immerhin 20 Prozent des globalen Ölexportes müssen dieses Nadelöhr passieren. Würde sie gesperrt, könnte dies den Erdölpreis auf ein Rekordniveau von 150 bis 200 US-Dollar je Barrel treiben – was sich die Industriestaaten kaum gefallen lassen würden. Eine Ausweitung des Krieges wäre fast sicher.

Auch hat Israel in der Vergangenheit wiederholt feststellen müssen, dass der Ausgang von Kriegen und militärischen Aktionen nicht planbar ist: Weder die PLO, noch die Hisbollah im Libanon, noch die Hamas in Gaza konnten von einer der besten Armeen der Welt besiegt werden. 1982 war Israel in den Libanon einmarschiert, um die geschwächte PLO zu zerschlagen. Das misslang Israel allerdings vollkommen; stattdessen wurde die israelische Armee in einen langwierigen und blutigen Krieg mit der Hisbollah verwickelt. Israel musste sich 1985 in eine »Sicherheitszone« entlang der südlichen Landesgrenze des Libanon zurückziehen. Die Kämpfe mit der Hisbollah dauerten weitere 15 Jahre, bevor Israel im Mai 2000 seine Truppen völlig aus dem Land abzog. Im Laufe dieses Konflikts verloren geschätzte 21.000 Zivilisten ihr Leben; aber dennoch gelang es dem Staat Israel nie, seine militärische Überlegenheit in Sicherheit für seine Bevölkerung zu verwandeln.

Ganz zu schweigen davon, dass ein Militärschlag gegen die iranischen Atomanlagen kontraproduktiv wäre, da er das Nuklearprogramm lediglich verlangsamen, es aber nicht dauerhaft verhindern würde. Im Gegenteil: Ein Angriff wür-

de in Teheran die Überzeugung stärken, dass eine Atombombe als Mittel der Abschreckung und Selbstverteidigung notwendig ist.

Wohl darum nannte der frühere Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad, Meir Dagan, einen möglichen Angriff auf Iran »die dümmste Idee, von der ich je gehört habe«. Wohl darum warnte Israels Präsident Shimon Peres in einem

beispiellosen Fernsehinterview die Regierung Netanjahu davor, einen Waffengang ohne Rückendeckung der USA zu wagen. Und wohl darum haben Netanjahu und Barak bislang noch nicht einmal die Unterstützung des eigenen Kabinetts für einen Angriff auf den Iran. Vielleicht hält Israels Premier aber auch genau darum in aller Öffentlichkeit an seinem Vorhaben fest – weil der Plan, den Iran anzugreifen, irrational ist?

Gleiches lässt sich über die (Atom-)Politik Ahmadinedschads sagen. Das Festhalten am Konfrontationskurs mit den USA, Israel und Europa ist höchst irrational. Die Islamische Republik ist politisch isoliert, leidet unter harten Sanktionen und steht am Rand eines potenziell verheerenden Krieges. Denn die Folgen eines israelischen Angriffs sind nicht nur für Jerusalem kaum abzuschätzen. Auch Teheran kann sich nicht sicher sein, ob eine

Ausweitung des Krieges nicht auch Iran schwer und blutig treffen würde. Die Erinnerung an den Ersten Golfkrieg, den Saddam Hussein in den 1980er Jahren mit massiver Unterstützung des Westens geführt hat und der Hunderttausende Iraner das Leben kostete, ist Roger Cohen, Nahostkorrespondent der *New York Times*, zufolge im Iran bis heute sehr lebendig: »You don't spend long in

»Es gibt keinen Anlass zur Hysterie.«

Tehran without someone rolling up a sleeve, pointing to a horrific scar and saying ›America‹. The wound is from gassing during the Iran-Iraq conflict in which the West provided Saddam Hussein with chemical weapons.«

Selbst wenn man ein iranisches Atomwaffenprogramm als rationales Mittel des Regimes betrachtet, das das Sicherheitsbedürfnis Teherans befriedigen soll, so muss man dennoch zu dem Schluss kommen, dass die Politik Ahmadinedschads Ausdruck einer widersprüchlichen und unvernünftigen Sicherheitspolitik ist – sie will mehr Sicherheit schaffen, erreicht aber das genaue Gegenteil: mehr Unsicherheit.

Zwar könnte man unterstellen, dass der Iran und vor allem Ahmadinedschad irrationale Akteure wären. In diesem Sinne scheinbar zutreffend bezeichnet die Bild-Zeitung den iranischen Präsi- >>

ATOMSTREIT IN NAHOST

denen seit Jahren als den »Irren von Teheran«. So betrachtet würde die iranische Politik, das Verhalten und die Rhetorik Ahmadinedschads, so unsinnig sie auch scheinen, »Sinn« machen. Vielleicht aber ergeben sie auch dann Sinn, wenn man den Iran, wenn man Ahmadinedschad als rationalen Akteur begreift? Denn darin sind sich die meisten außen- und sicherheitspolitischen Beobachter, im Gegensatz zur Boulevardpresse, einig: Iran und Ahmadinedschad sind rationale Akteure.

Ist es aber sinnvoll, Ahmadinedschad und Netanjahu, die bewusst irrationales Handeln zeigen, als rationale Akteure zu begreifen? Durchaus. Irrationales Verhalten kann sinnvoll, kann rational sein. Irrationales Verhalten ist in der internationalen Politik – aber nicht nur dort – immer dann rational, wenn Staaten ein bestimmtes Ziel entweder aus einer Position der Schwäche heraus, oder unbedingt, sprich: (fast) egal zu welchem Preis, erreichen möchten. Das klassische Ziel in der internationalen Politik, bei dem beide

Mahmud Ahmadinejad vor der Generalversammlung der UN im September 2011: Seine Auftritte auf dieser internationalen Bühne nutzte er für blanken Antizionismus.

Foto: UN / Jennifer S. Altman



Staaten befinden sich bei ihrem Streben nach Sicherheit in einer schwachen Position.

Die Rationalität irrationalen Verhaltens folgt nun daraus, dass Staaten ihr Bedürfnis nach Sicherheit (fast) immer über Abschreckung

störung, von einem bestimmten Verhalten abzuschrecken, oder zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen. Das Paradoxe an diesen Strategien ist nun, wie Thomas Schelling bereits 1966 in »Arms and Influence« festgestellt hat, »that in threatening to hurt somebody if he misbehaves, it need not make a critical difference how much it would hurt you, too – if you can make him believe the threat«.

Dass diese Rationalität (scheinbar) irrationalen Verhaltens funktioniert, hat jeder von uns entweder selbst schon erprobt, oder, wie Schelling, bei anderen Verkehrsteilnehmern beobachtet: »People walk against traffic lights on busy streets, deterring trucks by walking in front of them.« Wenn wir bei Rot über eine belebte Straße gehen, praktizieren wir formal das gleiche Ver- >>

Wie kann man Netanjahu und Ahmadineschad im Selbstversuch nachahmen?

Bedingungen häufig zutreffen, ist Sicherheit. Staaten wollen ihre Sicherheit unbedingt gewährleisten; dafür sind sie bereit, sehr hohe Kosten auf sich zu nehmen. Und nicht wenige

(deterrence) und Zwang (compellence) zu befriedigen versuchen. In beiden Fällen versucht man, potenzielle Gegner durch die Androhung hoher Kosten, etwa in Form massiver militärischer Zer-

halten wie aktuell Netanjahu und Ahmadinedschad: Wir zeigen irrationales Verhalten. Es kann nicht rational sein, trotz Rot vor fahrende Autos zu treten, und im Falle einer Kollision Gesundheit oder Leben zu riskieren. Allerdings vertrauen wir darauf, dass die Autofahrer nicht irrational

Wer blinzelt zuerst?

agieren – also einfach weiterfahren, weil sie ja Grün haben, sondern bremsen. Irrational wäre das Weiterfahren, weil die potenziellen Kosten dieses Verhaltens – Kosten, die wir den Autofahrern durch unser irrationales Verhalten aufbürden – so hoch sind, dass bremsen deutlich kostengünstiger ist. Damit versetzt uns unser (scheinbar) irrationales Verhalten in die Lage, aus einer Position der Schwäche heraus einen stärkeren Gegner von einem bestimmten Verhalten abzuschrecken – nämlich einfach weiterzufahren – respektive zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen – zu bremsen – und damit unser Ziel durchzusetzen: unbeschadet bei Rot eine belebte Straße zu überqueren.

Auch Iran und Israel wollen, um im Bild zu bleiben, bei Rot eine vielbefahrene Straße unbeschadet überqueren. Beide Staaten sehen sich in einer prekären Sicherheitslage – der Jüdische Staat glaubt sich durch Iran in seiner Existenz

bedroht, und Iran sieht den Fortbestand der Islamischen Republik durch westliche Einmischung gefährdet. Zudem sehen sich beide in einer Position der Schwäche. Iran ist international isoliert, Israel wähnt sich im Konflikt mit dem Iran auf sich allein gestellt, wie Netanjahu aktuell festgestellt hat: »It becomes clear time after time that when it comes to the safety of Israeli citizens, Israel must and can rely only on itself.«

Um die Sicherheit ihrer Staaten aus einer Position der Schwäche heraus zu gewährleisten, haben beide Regierungen die gleiche rationale Strategie gewählt. Sie versuchen durch scheinbar irrationales Verhalten die Gegenseite zu einer Verhaltensänderung zu bewegen: Iran soll sein Atomprogramm stoppen, Israel (und die USA) Angriffspläne und Sanktionen aufgeben. Darum ist das Verhalten Israels und Irans nur scheinbar irrational; tatsächlich gründet es auf einer rationalen Berechnung der Kosten, die man der Gegenseite für den Fall des Fehlverhaltens aufbürdet. Wie die Fußgänger, die die Kosten der Missachtung der roten Ampel den Autofahrern aufbürden – und sie so zum Anhalten zwingen.

Aktuell stellt sich nun nur die Frage, wer von den beiden Staaten Fußgänger, wer Autofahrer ist ...



Dr. Andreas Bock ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg. Schwerpunkte seiner Forschung sind Internationale Sicherheit, Krieg und Terrorismus sowie Globale Gerechtigkeit.

Quellen und Links:

[René Rieger: »The Military Option in the Iranian Nuclear Crisis«](#) Forschungspapier des Center for Applied Policy Research, München vom 19. April 2012

[Andreas Bock: »\(Un-\)Sicherheitsfaktor Atom-bombe: eine Analyse der Krise um das iranische Nuklearprogramm«](#). Forschungspapier der Friedrich Ebert Stiftung vom April 2012

[Bericht: »Irans umstrittenes Atomprogramm. Teheraner Visionen und nukleare Realitäten«](#) von Walter Posch bei [Qantara.de](#) am 17. November 2011

[Peter Jones: »Iran's Threat Perceptions and Arms Control Policies«](#). In *The Nonproliferation Review*, Herbst 1998

[Thomas Schelling: »Arms and Influence«](#), New Haven, CT 1966
(Vorschau über Yale University Press)



Blutiger Campus

von Katharina Sophia Zimmer

In Kolumbien ist der Konflikt zwischen Guerilla und Paramilitär überall präsent, auch an den Hochschulen.

Nach über vierzig Jahren Bürgerkrieg hat sich unter Studenten und Lehrenden eine Kultur der Gewalt fest etabliert.

Ein Stimmungsbild aus der Universidad del Atlántico in Barranquilla

>> Gleichgültig redet Luis Alfredo Garavito im Fernsehen über fast 200 Kinder, die er ermordet hat. Ein Lächeln gleitet über sein Gesicht. Seit 12 Jahren sitzt er nun im Gefängnis. Obwohl er zur Höchststrafe von 40 Jahren verurteilt wurde, kommt er vielleicht schon bald frei. Der in Kolumbien wohlbekannte Serienmörder hat sich gut verhalten. Sogar taufen hat er sich lassen. Nur ein Fall von vielen.

»Ist doch egal, wann er frei kommt«, sagt eine Studentin. »Die Gerechtigkeit holt man sich auf der Straße!« Die Klasse des Studienganges Rechtswissenschaft beginnt wild durcheinander zu schreien. An der verkommenen Decke rattern Ventilatoren. Es ist eine öffentliche Hochschule in Kolumbien. An der »Universidad del Atlántico« in Barranquilla ist man abgehärtet. Hier studieren die Ärmsten, Kolumbianer meist afrikanischer oder indianischer Abstammung. Das Engagieren eines Auftragskillers ist für Viele eine nachvollziehbare Methode – schnell, effektiv und gerecht. Anders als die kolumbianische Justiz.

Die Universität an der Karibikküste ist ein Hort der Gewalt. Regelmäßige Morde an Studenten und Professoren haben ihr einen schlechten Ruf eingehandelt. Dabei ist die Situation an der Universidad del Atlántico vor allem eines: ein Spiegel des Landes, das sich mitten im Konflikt zwischen linker Guerilleros und rechten Paramilitärs befindet. An der Hochschule scheint es besonders leicht, junge Menschen für radikale Ideen zu motivieren. Guerilla und Paramilitär haben diese Möglichkeit schon seit langem erkannt – und machen die Universität zu einem unsicheren Ort. Sie infiltrieren die Hochschule, motivieren >>

»Die Gerechtigkeit holt man sich auf der Straße!«



Rechtsgerichtete Graffiti
am Campus der
Universidad del Atlántico

Foto: El Herald

zur Gewaltanwendung und versuchen Studenten für sich zu rekrutieren.

Die »revolutionären«, marxistischen Guerilla-Gruppen »Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia« (FARC) und »Ejército de Liberación Nacional« (ELN) stehen den paramilitärischen Gruppen der »Autodefensas Unidas de Colombia« (AUC) gegenüber. Beide Seiten verletzen im – seit den 1960er Jahren andauernden – kolumbianischen Bürgerkrieg die Menschenrechte und verüben Anschläge auf die Zivilbevölkerung. Zudem sind sie tief in das internationale Drogengeschäft verwickelt. Die AUC, praktisch ein »Dachverband« der anti-revolutionären »Selbstschutzverbände«, hatten zwar 2002 ihre Entwaffnung angekündigt und im Gegenzug von der kolumbianischen Regierung ein reduziertes Strafmaß zuge-

sagt bekommen. Ihre 2006 offiziell abgeschlossene Demobilisierung scheint jedoch in der Praxis wirkungslos. Noch im selben Jahr ging der UN-Menschenrechtskommissar für Kolumbien davon aus, dass die Demobilisierung nicht zu einer verringerten Präsenz der Paramilitärs geführt habe.

An der Universidad del Atlántico werden Sympathien sowohl für Guerilla als auch Paramilitär von den Studenten in heftigen Protesten ausgedrückt. Die Atmosphäre ist immer angespannt. Kommt ein Hellhäutiger in die Nähe der Universität, wird er angefeindet: Weißer Kapitalist. Hässliche Weißhaut.

Diese Art von Erfahrungen musste auch Natalia Franco Salinas machen: »Vorher habe ich an einer privaten Universität gearbeitet, weswegen ich hier als *bourgeois* angefeindet werde«, erzählt

die heutige Programmdirektorin des Fachbereichs Jura. »Bei meinem Weg in die Uni wird mir im Vorbeigehen regelmäßig gedroht. Beim letzten Protest kamen drei oberkörperfreie maskierte Männer in mein Büro. Mit Gewalt haben sie mich aus der Universität entfernt. Ich solle mich hier nicht mehr blicken lassen.« Salinas kann mittlerweile gut einschätzen, an welchen Tagen sie die Uni lieber meiden sollte. »Bis Dienstag bleiben wir alle zuhause.« So kommt es schon mal vor, dass weder Rektor noch Dekan am Campus auffindbar sind. Die Mitglieder des Direktoriums, der Lehrenden und der Verwaltung warnen sich gegenseitig, wenn Proteste in der Luft liegen.

Überall in der Universität finden sich Graffiti kommunistischer Studentengruppen. Die grauen Wände sind zudem eine Kommunikationsplattform >>

GUERRILLA UND PARAMILITÄR IN KOLUMBIEN

Die **FARC** (»Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia«/»Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens«, eigentlich mit dem Zusatz »Ejército del Pueblo«/»Volksarmee«), wurden 1964 gegründet. Marxistisch-leninistisch ausgerichtet, sollen sie von 1999 bis 2008 bis zu 35 Prozent des kolumbianischen Staatsgebiets kontrolliert und bis zu 20.000 Kämpfer unter Waffen gehalten haben. Heute wird letztere Zahl auf unter 8.000 geschätzt.

Die **ELN** (»Ejército de Liberación Nacional«/»Nationale Befreiungsarmee«), 1966 gegründet, unterscheidet sich ideologisch von der FARC durch eine Mischung aus Marxismus und katholischer Befreiungstheologie. Sie soll rund 3.000 Guerilleros zählen. Beide Guerillagruppen gelten in den USA und in der EU als terroristische Organisationen – wie auch die rechtsgerichteten AUC.

Die **AUC** (»Autodefensas Unidas de Colombia«/»Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens«) haben sich 1997 gebildet; der Verband ist aber seit der Demobilisierung der rechten Paramilitärs 2006 offiziell aufgelöst. Bis zu 31.000 Milizionäre waren in ihnen zusammengefasst. Verschiedene illegale Nachfolgegruppen sind aus ihm hervorgegangen, etwa die »Águilas Negras« (»Schwarze Adler«) im Nordosten Kolumbiens. Die paramilitärischen Gruppierungen sind, auch auf Empfehlung amerikanischer Berater, in den 1960er zunächst legal entstanden. Als Selbsthilfeorganisationen hatten sie den Kampf der Staatsorgane gegen die kommunistischen Guerillas unterstützen sollen. Gerade die rechte »Gegengewalt« gilt als noch brutaler als die Methoden der linken Guerillas.

Auch der Vorsteher des Fachbereichs Jura bleibt von Graffiti nicht verschont: »Raus mit dem Dekan – das verkaufte Stück Dreck. Es lebe Karl Marx!«

zwischen Guerilleros und Paramilitärs geworden. Hier wird Revier markiert. Neue Graffiti entstanden etwa im Namen der AUC: »Reinigung der Universität. Tod – einer nach dem anderen« lauten sie, oder: »Für eine Universität ohne Guerilla«.

Der Student Renzo Támara Capera initiiert eine Reinigungsaktion, um die Malereien zu beseitigen. Kurz darauf erhält er eine Todesdrohung: »Du hast 72 Stunden Zeit, die Stadt zu verlassen. Im Krieg muss das Blut fließen.« Dahinter steckt eine sozialistische Studentengruppe, die sich »Movimiento Clandestino Bolivariano« nennt. Renzo verteidigt sich: Er habe doch nur gewollt, dass alle wieder in Ruhe studieren können. Er und die anderen Kommilitonen, die die Neutralität der Hochschule wahren wollen, haben ein schlechtes Los gezogen.

Auch Alvaro Lastra, der Dekan des Fachbereichs Jura, bleibt von Graffiti nicht verschont: »Raus mit dem Dekan – das verkaufte Stück Dreck. Es lebe Karl Marx!«

Die Studenten befinden sich in einem Zustand ständiger Feindschaft mit den Obrigkeiten. Doch ganz grundlos ist diese Ablehnung nicht. »Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Professoren die Studenten erpressen. Manchmal fordern sie Sex, manchmal Geld oder andere Gefallen. Gute Noten kann man auch über Kontakte bekommen«, sagt eine Studentin aus dem siebten Semester. Die Normalität dieser Vorgänge ist schockierend. Viele der Hochschüler fangen schon mit 15 oder 16 Jahren an zu studieren. Können sie den universitären Anforderungen nicht entsprechen, müssen sich die jungen Menschen entscheiden: >>

»Ich wollte doch nur,
dass alle wieder studieren können.«

Studentenaktivist
Renzo Támara Capera

Foto: El Heraldito



Entweder kommen sie den Forderungen der Professoren nach, oder sie vertun die Chance, ihrem Leben in Armut zu entfliehen.

Die aufgebrachte Stimmung während der Proteste eignet sich zum Austoben krimineller Energie. Eine Vorlesung im September 2011, mittags: Ein mit Pistolen bewaffneter Mann stürmt den Saal. Er raubt dem Professor den Laptop, einem Studenten das Handy.

Bei einfachen Delikten bleibt es nicht. Mitten am Tag werden studentische Vertreter am Eingang der Universität angegriffen, weil sie die Interessen der Studentenschaft nicht ausreichend repräsentieren würden. Gegen den Willen der Mehrheit hätten sie die Universitätsdirektorin Ana Sofía Mesa de Cuervo wiedergewählt. Die Studenten verdächtigen de Cuervo der Korruption. Der »Verrat« wird

hart bestraft: Man verletzt die zwei Frauen schwer im Gesicht und am Körper und bedroht sie anschließend mit Pistole und einer Granate. Auch andere Studentenvertreter erhalten Todesdrohungen und können sich nicht mehr frei bewegen.

Im Jahr 2006 hatten Studenten eine Bombe gebaut, die noch bei ihrer Konstruktion innerhalb des Hochschulgeländes explodierte. Drei von ihnen starben. Die Direktorin zeigte im Jahr 2009 sieben Studenten wegen Terrorismus, Diebstahl, Vergewaltigung auf dem Hochschulgelände und anderer Delikte an.

Jura in Kolumbien – was denken Studierende, die in diesem Umfeld lernen, über ihr eigenes Rechtssystem? »Theoretisch ist das Rechtssystem gut. Seit 1991 haben wir eine neue Verfassung. Es existiert ein Haufen an Gesetzen. Aber es fehlt an

ihrer Umsetzung«, sagt Serjey Fernández aus dem dritten Semester. »Viele studieren Jura, um Helden zu sein und die Realität von heute zu verändern. Die Wurzel aller Probleme, die wir in Kolumbien haben, ist der Konflikt zwischen Guerilla und Paramilitär. Um ihn zu lösen, sollte man der FARC und ELN den Status kriegsführender Gruppen geben.« Gerade die ärmeren Schichten Kolumbiens teilen mit Fernández diese Meinung.

Die FARC würde in diesem Fall wohl vor allem aus Venezuela offiziell Unterstützung erhalten, einschließlich der Möglichkeit, das Nachbarland ganz offen als Rückzugsraum nutzen zu können. Wie das Londoner Institut für Strategische Studien bestätigte, bot ihr Venezuelas Präsident Hugo Chavez 2007 bereits eine Finanzspritze von 300 Millionen US-Dollar an. >>



»Auch wenn wir die FARC besiegen,
ist der Krieg nicht beendet.«

Kein Refugium vor
dem Konflikt: das
Haupttor zum Campus
der Universität

Foto: Katharina Sophia Zimmer

Mittlerweile sieht ein Großteil der Kolumbianer die 1964 gegründete FARC als eine Gruppe von Terroristen an, die unter dem Deckmantel längst verlorener Ideale systematisch Menschenrechtsverletzungen begeht. Kaum anders der Blick auf die ELN.

Doch kann Kolumbien den Krieg gegen seine Terroristen gewinnen? »Auch wenn wir die FARC besiegen, ist der Krieg nicht beendet«, meint ein Hauptmann der kolumbianischen Armee, der den Kampf gegen die Guerilla schon seit vierzehn Jahren kennt. »Es wird immer wieder andere Gruppierungen geben, die die Hauptquelle der Macht für sich in Anspruch nehmen: den illegalen Drogenhandel.« Tatsächlich finanzieren sich beide bewaffnete Parteien zum großen Teil aus dem Kokaanbau und dem Handel mit Kokain. Der

Konflikt in Kolumbien ist also noch längst nicht entschärft. Er ist präsent auf allen Ebenen des Landes, auch in seinen Hochschulen.

In der Universidad del Atlántico wurden die Graffiti schließlich übermalt. Kurz darauf wurde die Universität für einen Monat geschlossen - um die Sicherheit von Studenten und Professoren zu gewährleisten. An den grauen Hochschulgebäuden prangen jetzt große weiße Flecken. Man ignoriert das Offensichtliche und studiert in trügerischer Ruhe weiter. <<<<

Katharina Sophia Zimmer *studiert in Berlin Jura und Politikwissenschaft. Für ein Auslandsjahr war sie 2011 an der Universidad del Atlántico in Kolumbien eingeschrieben.*

Quellen und Links:

[Webpräsenz der Universidad del Atlántico](#)
[Länderprofil Kolumbien der Forschungsgruppe »InSightCrime«](#)

[Webpräsenz der FARC-EP](#)

[Bericht des Guardian vom 15. Oktober 2012 über Friedensgespräche der Regierung und FARC-EP](#)

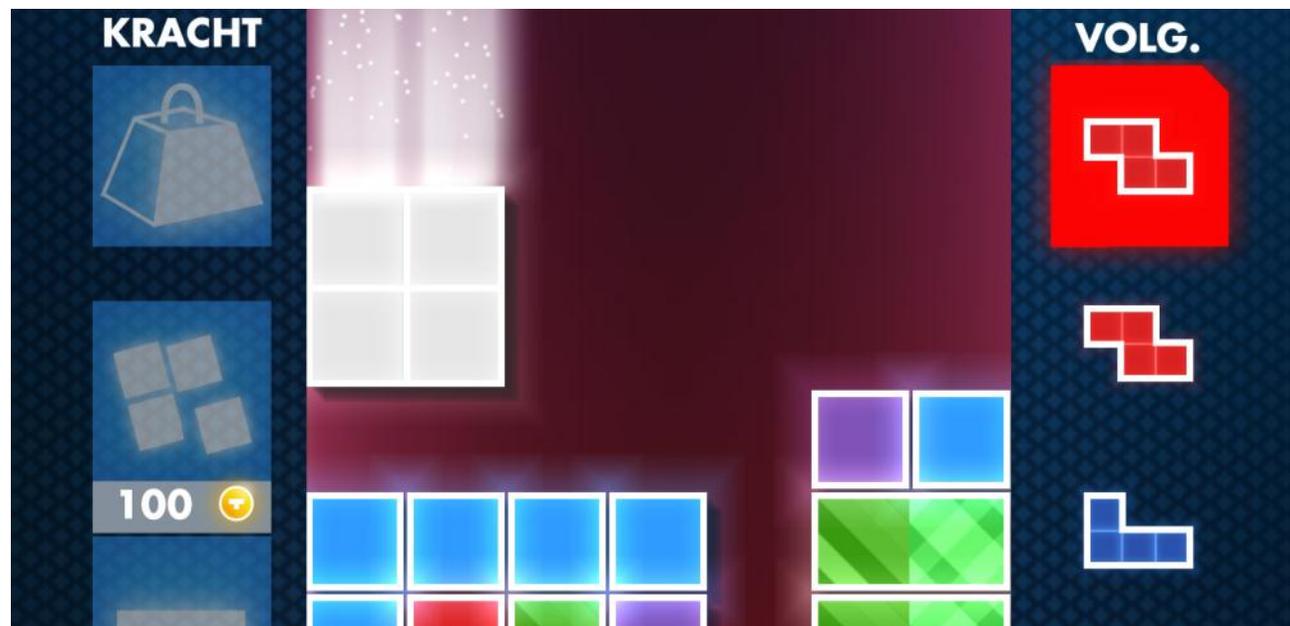
[Meldung der Colombia Reports vom 11. Juli 2012 über angebliche Verbindungen zwischen Kolumbiens Ex-Präsident Álvaro Uribe und Paramilitärs](#)

[Bericht des Guardian vom 23. April 2008 über den »Parapolítica«-Skandal in Kolumbien](#)

NOTIZ

Kommando: Gameboy!

Schon länger nutzt das Militär Spiele als Werbe- und Ausbildungsmittel. Bald vielleicht dient Unterhaltungssoftware aber auch als Heilmittel und Diagnoseinstrument.



»Tetrisk fürs iPad. Screenshot: Electronic Arts Inc.

Post-traumatische Belastungsstörungen haben sich für die Bundeswehr und andere westliche Armeen zur mittlerweile häufigsten Art der Verwundung entwickelt. Bis zu einem Viertel der Afghanistan-Veteranen der ISAF leidet unter PTBS. Computerspiele könnten in Zukunft dabei helfen, PTBS zu mildern und früher zu erkennen.

Zum einen bei der Prophylaxe: Schon 2010 stellte ein Forscherteam der Universität Oxford eine Studie vor, der zufolge das altbekannte Blöckchenrückspiel »Tetris« eine vorbeugende Wirkung haben könnte. Spielten Soldaten unmittelbar nach Extremerfahrungen Tetris, dann beschäftigten sie ihr Gehirn derart, dass es keine traumatischen Erinnerungen ablegen könne. Ebendiese Flashbacks verfolgen Betroffene und gelten als eines der schlimmsten Symptome von PTBS. Tetris sei

eine Art »kognitive Impfung«, so Psychiatrie-Professorin Emily Holmes, die gegen solche schmerzhaften Erinnerungen vorbeugen könne.

Zum anderen zur Diagnose: Die US-Armee hat jetzt Entwicklungsaufträge für Videospiele ausgeschrieben, die sich die Soldaten kostenlos auf ihre Mobilgeräte laden sollen. Besonderes Merkmal dieser Apps: Sie senden die Spielleistung der Soldaten zur Auswertung kontinuierlich ans Pentagon. Eine traumatische Erfahrung könnte einen plötzlichen Abfall der Leistung bewirken und damit ein Warnsignal auslösen. Betroffenen Soldaten könnte dann schneller psychologische Hilfe angeboten werden, PTBS schon im Frühstadium bekämpft werden.

Diese Methoden sind aber – das betonen die Wissenschaftler hinter beiden Entwicklungen –

keine Allheilmittel. Kompetente medizinische und psychologische Betreuung lässt sich also auch in Zukunft nicht spielerisch ersetzen. Unklar auch, ob das Spielen dienstlich befohlen werden kann, damit die Fern-Überwachung auch alle im Einsatz befindlichen Soldaten erfassen kann. **msei**

Quellen und Links:

[Bericht des Blogs *Danger Room* vom 4. Oktober 2012](#)

[Studie des Fachbereichs Psychiatrie der Universität Oxford zur Impfwirkung von »Tetris« vom 10. November 2010](#)

Soldaten contra Staatsschulden

von Matteo Scianna



Während laufend neue Berichte über den desolaten Zustand seiner Finanzpolitik erscheinen, leistet sich Griechenland weiterhin, relativ zum Bruttoinlandsprodukt, den zweitgrößten Militärhaushalt der Nato. Das Sicherheitsbedürfnis der Hellenen ist enorm, ihr Verteidigungsetat hat anscheinend den Bezug zur Realität verloren – dennoch fassen ihn die Krisenregierungen in Athen immer noch mit Samthandschuhen an. Das hat vor allem psychologische und soziale Gründe, kaum aber handfeste sicherheitspolitische.

>> Rund hundert Jahre schon sind in Griechenland Militär und Politik eng miteinander verknüpft. Im Grunde seit den Balkankriegen zu Beginn des 20. Jahrhunderts dominierten Hellas' Soldaten traditionell in Fragen der nationalen Sicherheit die wechselnden Regierungen und Regime in Athen. Erst der Nato-Beitritt 1951 und viel mehr noch die EU-Mitgliedschaft seit 1981 sorgten dafür, die zivile Seite in Belangen der griechischen Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken. Dabei wurden die zivil-militärischen Beziehungen schon nach dem Ende der Militärdiktatur 1974 und mit der neuen Verfassung von 1975 auf eine neue Grundlage gestellt: Die Politik erhielt viel mehr Gestaltungsraum.

Zur selben Zeit löste mit der türkischen Invasion Zyperns ein äußerer Rivale den vermeintlichen Hauptfeind im Innern, eine kommunistische Unterwanderung, ab – was den nationalen Zusammenhalt Griechenlands bestärkte, mithin die Entpolitisierung der Armee, und das demokratische System förderte.

>>

Arbeitgeber Streitkräfte: Wache der griechischen traditionellen leichten Infanterie, der »Evzonen«, vor dem Präsidentenpalast in Athen

Foto: Dion Crannitch / lizenziert gemäß [Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 2.0 Generic](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/)

RÜSTUNGSPOLITIK

Die griechisch-türkischen Spannungen führten aber auch dazu, dass in beiden Staaten, obwohl sie Nato-Partner sind, die Verteidigungsetats kontinuierlich und nachweisbar abhängig voneinander gewachsen sind. Selbst nach dem Ende des Kalten Kriegs gingen in Griechenland die Militärausgaben nicht zurück, sondern stiegen real um 31 Prozent, während die Etats im übrigen Europa allgemein um 15 Prozent sanken.

Seit der türkischen Invasion Zyperns 1974 hat Griechenland rund 216 Milliarden Euro für seine Verteidigung ausgegeben, jährlich im Schnitt rund 4 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das entspricht dem Doppelten des Nato-Durchschnitts und ist EU-Spitze. Im Vergleich dazu wendet Deutschland nur circa 1,4 Prozent seines BIP für seine Bundeswehr auf. Athen ver-

ten fortwährend gegeneinander. Obwohl eine konkrete Kriegsgefahr kaum besteht, rechtfertigt Athen sein hohes Verteidigungsbudget, neben der generellen Notwendigkeit von Streitkräften für die nationale Sicherheit, vor allem in Bezug auf seine Probleme mit Ankara sowie mit der Notwendigkeit, die Außengrenzen der EU schützen zu müssen – wie etwa vor illegalen Immigranten.

Den hohen Verteidigungskosten steht allerdings wenig ökonomische Effizienz gegenüber. So gibt es, wie der *Spiegel* im Sommer berichtete, heute in Griechenland rund 500 militärische Stützpunkte – während Deutschland die Zahl seiner Bundeswehrstandorte von offiziell 330 auf etwas mehr als 250 reduziert. Dieses Missverhältnis ist in den meisten Fällen rein politisch motiviert, da Lokalpolitiker mit Kasernen in ihren Re-

Das Militär behielt auch nach dem Ende seiner Herrschaft innenpolitisch eine starke Rolle.

sucht, die quantitativen Nachteile gegenüber den zahlenmäßig überlegenen türkischen Streitkräften vor allem mit kapitalintensiven Investitionen auszugleichen. Auch hat Hellas einen höheren Militarisierungsgrad vorzuweisen, da 1,7 Prozent der Griechen Militäruniform tragen, gegen nur 0,9 Prozent aller Türken.

Bisher haben alle Versuche, den Konflikt zwischen den Nachbarn und Nato-Partnern zu lösen, keine bleibenden Ergebnisse gebracht; beide rüs-

tionen Fördergelder und Investitionen anziehen wollen.

Innenpolitisch bleiben die Streitkräfte in Griechenland also ein Machtfaktor, auch wenn sie in den letzten drei Jahrzehnten nie eine so eigenständige politische Kraft wie beispielsweise das türkische Militär waren. Sie haben die Staatsgeschäfte, außer in der Zeit der Militärherrschaft von 1967 bis 1974, nie ohne die Zusammenarbeit mit den Parteien beeinflusst, jeweils mit engen

DER ZYPERNKONFLIKT

gilt als Hauptursache für die Spannungen zwischen Athen und Ankara. Ein Putschversuch griechisch-zypriotischer Nationalisten, die ganz Zypern gegen den Willen vor allem der türkischen Minderheit mit Griechenland vereinen wollten, und die anschließende Besetzung des Nordens der Insel durch die Türkei 1974 führten zu einer Teilung in zwei Staaten. Sie wird zumindest mittelfristig bestehen bleiben und die Beziehungen der beiden Mutterländer belasten – auch wenn auf Zypern selbst seit 2008 allmählich wieder mehr Kontakte und Austausch stattfinden.

Klientelverhältnissen zu einzelnen politischen Gruppierungen.

Griechische Regierungen müssen sich bis heute mit den Soldaten arrangieren. Das traf für die sozialdemokratische PASOK-Regierung unter Georgios Papandreou bis 2009 zu, genauso wie es heute für die konservative Administration von Antonis Samaras gilt oder gar eine mögliche Regierung der Radikallinken unter Alexis Tsipras. Auch wenn sich das Militär nicht mehr direkt in die Politik einmischt, will es doch seine Privilegien gewahrt wissen, etwa überdurchschnittliche Bezahlung, Rentenansprüche und soziales Ansehen.

Griechenland ist, aufgrund der nur kleinen eigenen Industriebasis, seit Jahren auch einer der größten Rüstungsimporteure weltweit. Al- >>

RÜSTUNGSPOLITIK GRIECHENLANDS

lein zwischen 1996 und 2000, das heißt, nach dem Kalten Krieg und vor einer wieder intensivierte Rüstungsphase nach den Anschlägen des 11. September 2001 und den Einsätzen griechischer Soldaten in den Kriegen in Irak und in Afghanistan, belief sich Hellas' Rüstungsimport auf 3,6 Milliarden US-Dollar – was das Land in jener Zeit zum siebtgrößten Waffenimporteure weltweit machte. Internationale Zulieferer verdienen bis heute an den überproportionalen Verteidigungsausgaben Athens.

Dabei haben seit den 1970er Jahren verschiedene griechische Regierungen Versuche unternommen, die Abhängigkeit von dem damals einzigen Lieferanten USA zu reduzieren. Das Land hatte begonnen, eigene Rüstungsunternehmen

aufzubauen, nachdem der Westen in der Zeit der Diktatur Griechenland mit einem Waffenembargo belegt hatte.

Heute sind die bestehenden lokalen Rüstungsunternehmen zumeist Tochterfirmen internationaler Konzerne. Die circa 80 Firmen mit rund 20.000 Angestellten produzieren hauptsächlich Munition, tragbare Infanteriewaffen, Geländewa-

gen, Lkws und geschützte Fahrzeuge und führen Wartungs- und Reparaturarbeiten durch. Während private Unternehmen teilweise Gewinne

Die Rüstungsindustrie ist kaum leistungsfähig, aber ein wichtiger Arbeitgeber.

einfahren, sind die staatlich kontrollierten Betriebe für chronische Verluste und Ineffizienz bekannt. Alle stellen meist nur technologisch Unanspruchsvolles her oder fertigen Lizenzbauten, da Kapital und Abnehmer für eigene Forschung und Entwicklung von »High tech«-Systemen fehlen. Zudem schafft die kleine griechische Verteidigungsgüterindustrie keine Spillover-Effekte auf andere Branchen: Sie ist von nur begrenztem Nutzen für die gesamte Volkswirtschaft beziehungsweise deren übrige schwach entwickelte Industriezweige.

Unter anderem vor diesem Hintergrund bleibt Griechenland für die Ausstattung seiner Streitkräfte auf Importe angewiesen. Seit den 1980er Jahren steigen die Staats- und die Auslandsschulden; die Rüstungsimporte haben direkt zum gewaltigen Haushaltsdefizit beigetragen. Die Verteidigungsausgaben belasten fortwährend die Haushaltspläne Athens und verhindern immer noch eine Stabilisierung der Fiskalpolitik. Zwar ist der überdimensionierte Verteidigungsetat nicht der einzige Grund für die hohen Staatsschulden des Landes, allerdings ein wichtiger beitragender Fak- >>



Waffenkäufer
Streitkräfte:
Der vorige Verteidigungsminister Dimitris Avramopoulos inspiziert einen »Leopard 2A6« im Grenzgebiet zur Türkei am 15. Dezember 2011.
Foto: Hellenisches Verteidigungsministerium

RÜSTUNGSPOLITIK GRIECHENLANDS

tor durch die Anhäufung der Auslandsverpflichtungen und deren negative ökonomische Folgen. Paul Haydon, Kommentator des britischen *Guardian*, argumentiert sogar, dass Griechenland in den letzten 20 Jahren 52 Prozent seines BIP hätte ansparen können und eine erheblich geringere Schuldenlast aufgebaut hätte – wenn es seine Verteidigungsausgaben am EU-Durchschnitt von 1,7 Prozent des BIP orientiert hätte.

Bisher wird der Verteidigungsetat allerdings nur mit »Glacéhandschuhen« angefasst, wie der schweizerische *Tagesanzeiger* es ausdrückt. Die

nicht voll nutzen können. So wird in Griechenland heftig kritisiert – wie *Neue Zürcher Zeitung*, *Spiegel* und *Guardian* unisono berichten –, dass europäische Partner wie Deutschland oder Frankreich zwar verstärkte Haushaltsdisziplin von Athen fordern, weiterhin aber bereitwillig Waffen exportieren, deren Notwendigkeit stark in Frage zu stellen wäre.

Einerseits zwingt niemand Griechenland, seine unverhältnismäßige Rüstung weiter zu betreiben, aber Hellas' kleine Rüstungsbranche bleibt neben dem Schiffsbau rein quantitativ einer der

lung auf Freiwilligenstreitkräfte. Allerdings sieht die EU-Troika teure Neueinstellungen von Berufssoldaten sehr kritisch. Daher haben Planer des griechischen Verteidigungsministeriums nun sogar eine Verlängerung der Wehrdienstzeit im Heer um drei Monate auf ein volles Jahr vorgeschlagen – angeblich um befürchteten Personalengpässen entgegenzuwirken. <<<<

Matteo Scianna absolviert einen Masterstudien-gang in *Internationaler Geschichte* an der *Columbia University* und der *London School of Economics*.

Das Ende der Wehrpflicht in Griechenland scheitert an den Kosten für teureres Personal.

vielen Herausforderungen bedürfen raschen Handelns, aber Athen nimmt nur minimale Kürzungen im Vergleich zu anderen Posten in seinem Staatshaushalt vor. So wurden noch 2010 für Waffensysteme aus Frankreich und Deutschland über eine Milliarde Euro ausgegeben, während Einschnitte bei Sozialausgaben fast zwei Milliarden betragen.

Selbst wenn in großem Umfang Geld für neue Panzer und U-Boote ausgegeben wird, kann die griechische Armee häufig auch nach Jahren keine Munition, etwa für den »Leopard 2«, beschaffen. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass Griechenlands Soldaten viele ihrer Waffensysteme nicht brauchen, beziehungsweise ohnehin

wichtigsten Arbeitgeber des Landes. Daneben bietet das Militär alleine schon 139.000 Arbeitsplätze für Soldaten und 17.000 für Zivilangestellte bei einer griechischen Gesamtbevölkerung von knapp 11 Millionen; insgesamt 80 Prozent der Militärausgaben fließen allein in Gehälter und in die Verwaltung. Andererseits wäre es fragwürdig, etwa Gehälter von Kampfpiloten auf ein Minimum zu kürzen, während diese weiter millionenteure Jets fliegen. Geld für Training ist jedoch ebenfalls kaum mehr vorhanden, was den Grundwehrdienst meist in einen langen Wachdienst verwandelt.

Zugleich hegen griechische Regierungen bereits seit einigen Jahren den Plan einer Umstel-

Quellen und Links:

[Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 9. August 2012](#)

[Bericht des Spiegel vom 24. Juli 2012](#)

[Bericht des Guardian vom 19. April 2012](#)

[Kommentar von Paul Haydon im Guardian vom 21. März 2012](#)

[Bericht des Tagesanzeigers vom 20. Februar 2012](#)

[Hintergrundbericht der Zeit vom 7. Januar 2012](#)

[Christos G. Kollias: »The Economic Effects of Indigenous Arms Production in Greece«, Forschungspapier in der Wirtschaftsfachzeitschrift *SPOUDAI*, Ausgabe 2/1993](#)

Ratatata und Kawumm!

Wer von Arne Jyschs Afghanistan-Comic »Wave and Smile« eine differenzierte Betrachtung der deutschen Mission am Hindukusch erwartet, wird enttäuscht. Er verkennt aber auch die Intention dieser Graphic Novel.

>> Obgleich sich der deutsche Einsatz in Afghanistan weiterhin überwiegend des »freundlichen Desinteresses« der hiesigen Bevölkerung erfreut, haben die dortigen Geschehnisse die heimischen Wohnzimmer mittlerweile dennoch in vielfältiger Form erreicht. Von klischeeüberladenen Fernsehreportagen mit Afghanistanbezug über reißerische Spezialeinheiten-Dokus bis zu den unzähligen Erfahrungsberichten in Form von Instantmemoiren – offenbar regt das Thema immer mehr Menschen in immer neuen Formaten zur Reflexion an. Nun also auch als Comic. Das mag auf den ersten Blick befremden, doch spätestens seit Art Spiegelmans »Maus« oder Marjane Satrapis »Persepolis« sollte sich auch hierzulande herumgesprochen haben, dass sich Bildgeschichten durchaus für ernsthafte Auseinandersetzungen mit komplexen politischen Themen eignen können.

Unter dem Titel »Wave and Smile« widmet sich der Storyboardautor, Illustrator und Animationskünstler Arne Jysch in Bildern und Sprechblasen dem Krieg am Hindukusch. Und auch wenn die Afghanistan-Karte mit den eingezeichneten Feldlagern der Bundeswehr auf den inneren Umschlagseiten unwillkürlich Asso- >>



KRIEGSCOMIC

ziationen an eine bekannte Comicbuchreihe hervorruft (Ganz Afghanistan ist von den Taliban beherrscht. Ganz Afghanistan?), enden solche Ähnlichkeiten mit den gezeichneten Helden der Jugend spätestens auf den ersten Seiten.

Auf hohem grafischem und gestalterischem Niveau wirft Jysch den Leser direkt in den staubigen Kriegsalltag in Nordafghanistan im achten Kriegsjahr. Mit viel Liebe zum Detail orientiert sich der Autor dabei ganz offensichtlich an vorhandenen Bild- und Videoquellen, denn die Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände der Soldaten, aber auch die Umgebung, in der sie agieren, sind detailgetreu und genau getroffen. Das, obwohl Jysch selbst nie »gedient« oder gar Afghanistan besucht hat. Zahlreiche Bundeswehr- und einsatzspezifische Abkürzungen und Redewendungen sollen ihr übriges tun, um Authentizität zu vermitteln. Das gelingt, insbesondere im ersten Drittel des Buches, erstaunlich gut.

Jyschs Protagonisten sind deutsche Fallschirmjäger, die sich auf den ersten 60 Seiten durch Hinterhalte kämpfen, gefallene Kameraden betrauern und versuchen, die seelischen Folgen des Krieges zu bewältigen ohne dabei an unsinnigen Dienstvorschriften und einer scheinbar der Realität entrückten militärischen Führung zu verzweifeln. Dabei stellt sich das Comic klar auf die Seite der Soldaten, lässt ihre Perspektive wirken – das fremde Land, die kaum greifbaren Gegner, aber auch die eigene, distanzierte Führung, Politik und

Gesellschaft – sie sind das Andere, dem die Soldaten oft recht hilflos gegenüberstehen. Afghanische Sicherheitskräfte kommen in dieser Sicht ebenso wenig vor wie zivile Aufbauhelfer – im Fokus steht der Krieg. Grundsätzliche Fragen nach dessen Sinn oder Unsinn, nach politischen Zusammenhängen

Liebe zum Detail, ohne selbst vor Ort gewesen zu sein

oder gar Lösungsansätzen werden dabei zwar schablonenhaft aufgeworfen, dienen dem Autor aber vor allem dazu, die Gegensätze zwischen den gezeigten Soldaten und Reportern sowie Zivilisten zu verdeutlichen. Wer hier – wie einige kritische Rezensenten – von Jysch eine differenzierte Debatte oder gar Antworten erwartet, wird enttäuscht, verkennt aber auch drastisch die Intention des Autors. Denn wie am Ende des Buches unmissverständlich klar wird, geht es Jysch hier keineswegs in erster Linie um einen Beitrag zur politischen >>



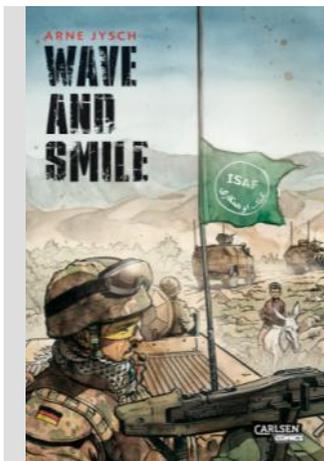
KRIEGSCOMIC

Debatte um den deutschen Einsatz in Afghanistan, sondern um eine davon inspirierte Geschichte, die vor allem unterhalten soll.

Folgerichtig erinnern Dramaturgie und Plot, insbesondere in den letzten beiden Dritteln des Buches, eher an bekanntes Actionkino, irgendwo zwischen Ridley Scotts »Black Hawk Down«, Joseph Zitos »Missing in Action« und Antoine Fuquas »Tränen der Sonne«. Sofern man derlei Filmkost schätzt, wird man, grafisch in jedem Fall perfekt umgesetzt, hervorragend unterhalten – auch wenn das Ende dann doch etwas konstruiert, ja, fast surreal anmutet und die Charaktere zuweilen etwas hölzern daherkommen.

Bleibt als Fazit, dass es selbstverständlich nicht Aufgabe eines solchen Buches sein kann, die Debatte zum Afghanistan-Einsatz in ganzer Breite nachzuvollziehen – aber insbesondere im ersten Drittel schafft es »Wave and Smile«, wenn auch gerafft und zugespitzt, recht überzeugend, den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan darzustellen.

Dabei ist das Buch insbesondere in diesem ersten Teil stellenweise deutlich ehrlicher und gehaltvoller, als so mancher Beitrag in den deutschen »Qualitätsmedien« der vergangenen Jahre. Gerade durch die Form als Graphic Novel hat »Wave and Smile« das Potenzial, eine vorwiegend junge Zielgruppe für das Thema Afghanistaneinsatz zu interessieren und zu sensibilisieren. Angesichts dessen, dass Jyschs Buch am letzten »Free Comic Book Day« auszugsweise in größerer Zahl kostenlos verteilt wurde, bleibt zu hoffen, dass die Lektüre bei einigen Leserinnen und Lesern Neugierde geweckt hat. **doe**



Arne Jysch
»Wave and Smile«

[Hamburg \(Carlsen\) 2012, 200 Seiten,
Hardcover, 24,90 Euro](#)

[Hamburg \(Carlsen\) 2012,
e-Book, 17,99 Euro](#)

Illustrationen: alle Bilder mit freundlicher Genehmigung des Carlsen Verlag





Rodric Braithwaite liefert mit »Afgantsy« eine lesenswerte Erzählung des sowjetischen Engagements in Afghanistan von 1979 bis 1989 ab. Die Parallelen zum Einsatz der Nato am Hindukusch seit 2001 sind so erschreckend wie lehrreich – eine Erkenntnis, die zu spät kommt.

>> Mit einem ersten Vorurteil räumt der britische Ex-Diplomat Sir Rodric Braithwaite schnell auf: Die Kremelführung entschied sich 1979 keineswegs aus Kriegslüsternheit oder aufgrund marxistisch-ideologischer Verblendung für einen Einsatz am Hindukusch. Es waren vielmehr Angst, das Gesicht und einen Pufferstaat gegenüber den Amerikanern zu verlieren, die den Kreml bewegte, nach monatelangem Überlegen in Afghanistan direkt zu intervenieren. Trotz einer Order zur Ruhe aus Moskau hatte Hafizullah Amin gegen Präsident Nur Muhammad Taraki – beide waren Kommunisten – geputscht. Das neue Regime in Kabul liebäugelte nicht nur gefährlich mit den USA; auch fürchtete die Kremelführung um Leonid Breschnew, dass ihr Machtwort nichts mehr wert wäre, wenn sie einen solchen Affront hinnähme. »Normale« strategische Erwägungen also.

In der Folge erzählt Braithwaite gekonnt – auch wenn er sich manchmal im Detail verliert – das Entstehen und den Ablauf eines ungewollten Krieges. Die einzige Unterbrechung des Leseflusses entsteht dann, wenn man zur Sicherheit doch noch einmal auf das Cover des Buches schaut, um sicherzugehen, dass man versehentlich kein Buch über den ISAF-Einsatz liest.

Wie der Westen so schlitterten auch die Sowjets in einen Krieg hinein. Der Kreml hatte anfangs keineswegs die Absicht, überhaupt einen Krieg zu führen. Nach einem raschen Sturz des Regimes von Amin wollten sie das Feld schnell den afghanischen Regierungstruppen wieder überlassen. Die Sowjetarmee sollte als Befreier kommen, nicht als Besatzer bleiben – eine Art »Security Assistance Force« des Kalten Krieges.

Dass sie dann doch fast zehn Jahre im Land bleiben sollten, lag nicht an militärischen Entwicklungen, sondern an politischen. Die von Moskau unterstützte Zentralregierung erwies sich als zu schwach, zu korrupt; die zentripetalen Kräfte der Provinzfürsten als zu stark. Braithwaite bringt es am Ende eines Kapitels über die sowjetische 40. Armee in Afghanistan auf den Punkt: »Sie hatte alle großen Gefechte gewonnen und nicht auch nur einen einzigen Außenposten an den Feind verloren – eine Bilanz, die sicher so manchen >>

KRIEGSGESCHICHTE

Kommandeur tröstete. Aber die Armee war nicht in der Lage, die politischen Ergebnisse zu erzielen, die der Kreml erwartet und erhofft hatte.«

Die Ausgangssituation war dabei gar nicht einmal so schlecht gewesen. In den ebenfalls muslimisch geprägten zentralasiatischen Republiken der UdSSR hatten die Sowjets erfolgreich »state building« betrieben. Und auch in Afghanistan bemühten sie sich, einen modernen Staat aufzubauen: Sie bohrten Brunnen, eröffneten Schulen, Krankenhäuser und bauten Straßen. Um

Braithwaite zeigt, dass Moskau im Umgang mit dem religiösen Widerstands bisweilen erstaunlich weitsichtig war.

das Ganze zu schützen, hätte es aber eine Schutztruppe von über 300.000 Soldaten bedurft – weit mehr als Moskau jemals entsandte. Zu viel, zu teuer für die wirtschaftlich marode UdSSR. So blieb am Ende nur der Abzug mit möglichst geringem Gesichtsverlust.

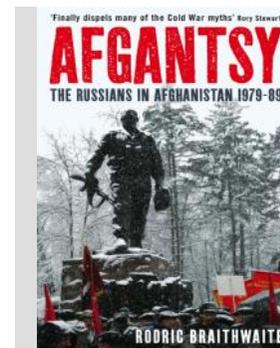
Die Parallelen zum jetzigen Einsatz in Afghanistan sind erschreckend, auch wenn Braithwaite oft der Versuchung widersteht, sie explizit zu ziehen. Dem langjährigen Russlandkenner – er war von 1988 bis 1992 britischer Botschafter in Moskau – geht es vor allem darum, ein umfassendes Bild der russischen Erfahrung zu zeichnen.

Im Gegensatz zum altbekannten Bild russischer Haudrauf-Mentalität zeigt Braithwaite, dass Moskau trotz interner Differenzen und Machtkämpfen zwischen Militär, Außenamt und KGB bisweilen erstaunlich weitsichtig war; etwa, wenn es darum ging, das Problem des religiösen Widerstands zu umgehen. Der Versuch des Kremls, die Kabuler Regierung dazu zu bringen, nicht gegen, sondern mit den Imamen zu agieren, scheiterte aber dennoch. Daneben räumt Braithwaite auch mit anderen überkommenen Legenden auf: Die Niederlage in Afghanistan habe keineswegs das Ende der Sowjetunion bewirkt, auch wenn der Krieg selber zu Unzufriedenheit und einer zuneh-

menden Demoralisierung der Gesellschaft beigetragen habe. Und auch die vielgerühmten amerikanischen Stinger-Luftabwehrraketen hätten in Wahrheit kaum Auswirkungen auf den Einsatz der sowjetischen Truppen gehabt. Hubschrauberpiloten neutralisierten die »Stinger«-Bedrohung sehr schnell durch neue Taktiken.

Es sind viele kleine Erzählungen, die Braithwaite geschickt zu einer großen Geschichte des russischen Afghanistankriegs zusammenfügt. Er schildert die Erlebnisse der Frontsoldaten, der Zivilangehörigen, oder der Mütter in der Heimat ebenso wie die hohe Politik im Kreml oder in der afghanischen Regierung. Daneben stellt er besonders einprägsame Episoden; etwa die der Leichenschauhaus-Kommandos, die ihre Aufgabe – Leichenteile eines von Mudschaheddin buchstäblich kleingehackten Spähtrupps zusammenzusetzen – nur im Dauerrausch ertragen konnten.

Und so leistet Afgantsy zweierlei: Zum einen ist das Buch eine lesenswerte und lesbare Geschichte eines ungewollten Krieges; zum anderen eine Parabel eines anderen ungewollten Krieges, desjenigen seit 2001. Der britische Telegraph hat das Buch hochgelobt und als »timely study« beschrieben, als Analyse also, die gerade zum richtigen Zeitpunkt komme. Das stimmt nicht ganz; denn das einzige wirkliche Manko des Buches ist, dass es elf Jahre zu spät erscheint. Geschichte wiederholt sich nicht, und doch kann man aus der Geschichte lernen. Gerade Strategen und Mächtigenstrategen hat das schon Clausewitz ins Pflichtenheft geschrieben. Mit Sicherheit hätte diese historische Kenntnis um die Realität des russischen Afghanistankrieges auch den Entscheidern und Planern des ISAF-Einsatzes gut getan. **msei**



Rodric Braithwaite

»Afgantsy: The Russians in Afghanistan
1979-1989«

London (Profile Books) 2012,
gebunden, 448 Seiten, 25,00 GBP

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der *ADLAS* erscheint quartalsweise und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Michael Seibold
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Stefan Dölling (doe), Sophie Eisentraut (eis), Katharina Höne (keh) (V.i.S.d.P.), Sebastian Hoffmeister (hoff), Dieter Imme (dim), Christian Kollrich (koll), Marcus Mohr (mmo), Sebastian Nieke (nik), Michael Seibold (mse), Stefan Stahlberg (sts)

Layout: mmo

Autoren: Nedife Arslan, Katharina Behmer, Andreas Bock, Katharina Götsch, Björn Hawlitschka, Vanessa Kaufmann, Elise Kopper, Katharina Meyer, Karolien Michiels, Henri Myrtinnen, Susann Offenmüller, Nicola Popovic, Barbara Renne, Matteo Scianna, Wiebke Söhrens, Oliver Teige, Katharina Sophia Zimmer

Fotografen: Russell Lee Klika, Lalage Snow

Danke: Don T.

Copyright: © *ADLAS* Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

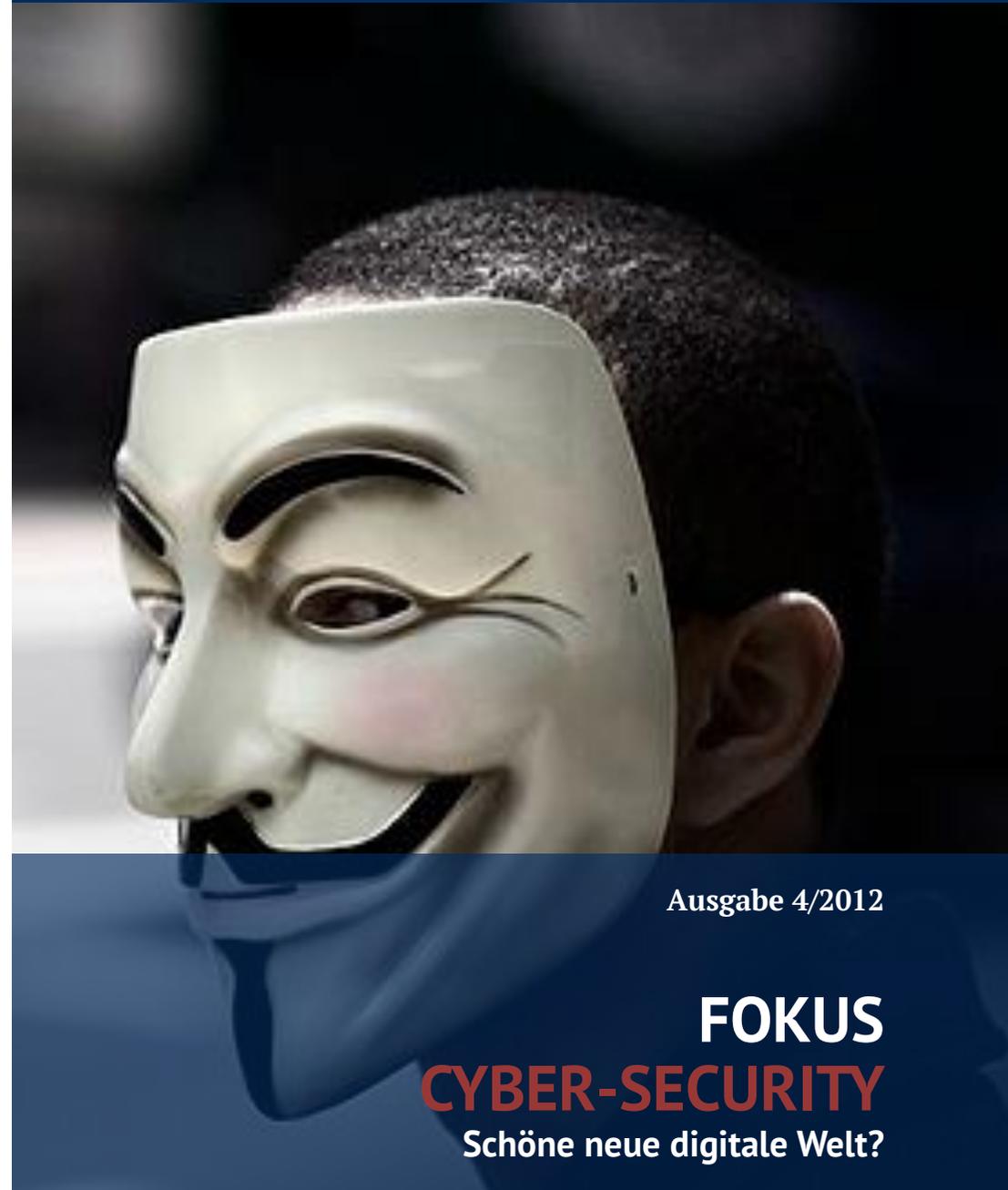
Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder. <<<<

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. Unterstützt wird der BSH durch seine Mutterorganisation, den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. <<<<

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

Foto: Jacob Davis / lizenziert gemäß CC BY-NC-ND 2.0



Ausgabe 4/2012

FOKUS
CYBER-SECURITY

Schöne neue digitale Welt?